

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Meinung der Arbeiterklasse.

Jena, den 22. September 1905.

In der heutigen Debatte über den politischen Massenstreik er-
reichte der diesjährige Parteitag seine hohe und seine historische Be-
deutung in der Reihenfolge der Tagungen. Die politische Entwick-
lung Preußen-Deutschlands in jüngster Zeit hat unserer Partei die
Behandlung dieser Frage aufgedrängt. Nicht wir haben Neues zu
erfinden getrachtet; die wirtschaftlichen und politischen Feinde, die
wachsende Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, wie sie sich soeben
in der Aussperrung von über 8000 Metallarbeitern in Berlin be-
kundet, vor allem aber die andauernden systematischen Angriffe auf
die bürgerlichen politischen Grundrechte, wie sie in Sachsen, in Ham-
burg, in Lübeck und in den Kommunen verschiedener Bundesstaaten
unternommen wurden, wie sie gegen das höchste Volksrecht, das all-
gemeine, gleiche Wahlrecht zum Reichstag, geplant und von maß-
gebenden Regierungsstellen angebroht werden: das alles macht die
Frage brennend, wie das deutsche Volk sich gegen solche gewaltsame
Verhinderung einer geordneten Entwicklung zu schützen und zu
sichern vermag.

Die Behandlung des schweren taktischen Problems in so ernster
politischer Situation war dem Mann übertragen, der seit fast vier
Jahrzehnten als Meister der Taktik der deutschen Sozialdemokratie
ein Gesichtswort war, und wiederum bewies Bebel jene Vereinigung
von Eigenschaften, welche die deutsche Arbeiterklasse durch zahllose
schwierige Kämpfe von Erfolg zu Erfolg geführt haben; jene tiefe
Einsicht in den Zusammenhang der gesamten wirtschaftlichen und
politischen Verhältnisse und jene wunderbare unerhöchliche Jugend-
kraft, die eine ganze Partei, ein ganzes Millionenheer zur Be-
geisterung hinführt und zur Tat ruft. In fast vierstündiger Rede
betätigte Bebel die Debatte. In großzügiger Darstellung schilderte
er die Gestaltung der politischen Verhältnisse während der letzten Jahre.
Nach dem Wahlsiege von 1903 bleibt die Sozialdemokratie, was sie
gewesen ist. Die Regierung und insbesondere der Reichskanzler
mühten erkennen, daß die Hoffnung nichtig sei, die Sozialdemokratie
durch den Schein liberalen Entgegenkommens verwirren und spalten
zu können. Die bürgerlichen Parteien schlossen sich immer enger
aneinander. Das Zentrum wurde immer mehr Regierungspartei.
Im Reichstag verschärfte sich die Gegensätze zwischen den übrigen
Parteien und der Sozialdemokratie. Die Abneigung der leitenden
Kreise gegen Sozialreformen nahm zu, da man sich sagte, daß
man damit doch die Sozialdemokratie weder gewinnen, noch
einen Teil der Arbeiterklasse von ihr loslösen könne.
Durch zahlreiche altemännliche Belege und in scharf satirischen
Bemerkungen, die die lebhafteste Erweiterung des Parteitag
erweckten, kennzeichnete Bebel die zunehmende, oft geradezu sinnlos
sich äußernde Wut der besitzenden Klassen gegen die Arbeiterklasse
und ihre politischen Bestrebungen. Immer mehr verschärfte sich das
Klassenbewußtsein der Bourgeoisie, immer gespannter wird das Ver-
hältnis zwischen den Machthabern und der Sozialdemokratie. Diese
Situation ist geeignet, schließlich zu schweren Konflikten zu führen,
wenn nicht die Arbeiterklasse so stark wird, daß sie es den Gegnern
verteilt, die Dinge zum Äußersten zu treiben. Die kapitalistische
Entwicklung selbst aber begünstigt die Arbeiterklasse, daß sie sich
stärker wird, daß sie auf ihrer Seite immer mehr materielle Macht
ansammelt.

Sobald behandelte Bebel die Wahlrechtskämpfe in den einzelnen
Bundesstaaten und die Stellung der Partei zum Reichstagswahlrecht.
Den Reichstag des allgemeinen gleichen Wahlrechtes wollen die
maßgebenden Kreise des Junkertums, des feudalen Industrialismus
und der Bureaucratie nur noch als notwendiges Uebel der Reichs-
einheit. Die Verbesserungen des Wahlrechts aber in Bayern und
Waden soll man nicht überschätzen, da sie wesentlich dadurch
zustande kamen, daß das Zentrum sie als Mittel der Herrschafts-
gewinnung gebrauchte. Wie das Zentrum das gleiche Wahlrecht preisgibt,
sobald es selbst keinen Vorteil mehr davon hat, zeigen die Vorgänge
in Württemberg. Diese und mannigfache andere Vorgänge und
Anzeichen nötigen dazu, den Schutz des Reichstagswahlrechtes auf
das ernsthafteste ins Auge zu fassen.

Nachdem Bebel die Bedeutung der politischen Rechte und der
parlamentarischen Einrichtungen eingehend und nachdrücklich ge-
würdigt hatte, ging er über zur Behandlung des Verhältnisses
zwischen Partei und Gewerkschaft und zu der Frage, welche Mittel
die Arbeiterklasse in beiderlei Organisationen anwenden kann,
wenn es gilt, reaktionäre Anschläge abzuwehren. Fern von
jeder Kleinlichkeit der Kritik an einzelnen Worten, die auf dem Kölner
Gewerkschaftskongress gefallen waren, forderte er Klarheit über die
gemeinschaftlich anzuwendende Taktik und rief zu brüderlichem Zu-
sammenwirken der beiden großen Organisationen auf. Er erklärte
in Uebereinstimmung mit den Darlegungen der Gewerkschaftsführer,
daß es nötig ist, die anarchistische Generalstreikidee abzulehnen,
die als ein fortdauernd zu propagierendes „Erziehungsmittel“ des
Proletariats, als Sozial-Mittel gedacht ist. Er skizzierte die
Geschichte des Gedankens vom politischen Massenstreik aus den
internationalen sozialistischen Kongressen und hob hervor, daß
insbesondere schon der Züricher Kongress von 1893 die Anwendbar-
keit des politischen Massenstreiks unter bestimmten Umständen be-
schlossen hat. Aber nicht nur gegen den anarchistischen Streik müssen sich
die Genossen wenden, sondern auch gegen den Irrtum der über-
mäßig Engstlichen, die durch Hinweis auf das Strafgesetzbuch
gegen jede Kraftentwässerung der Arbeiterklasse Bedenken erheben.
Der Vergarbeitsstreik beispielsweise habe gezeigt, wie Hundert-
tausende in voller Ruhe den großen Kampf aufnehmen und ebenso
zur rechten Stunde wieder abbrechen können. Wenn aber noch weit
größere Kämpfe und erwarten, so werden wir allerdings noch viel
mehr wagen müssen, wenn es gilt, die höchsten Menschenrechte gegen

Verwältigung und Staatsstreich zu schützen. Erbärmlich ist
die Klasse, nichtswürdig die Nation, die nicht ihr
alles setzt an ihre Ehre!

Aud weiter erörterte Bebel die Brauchbarkeit des politischen
Massenstreiks. Er besprach die Vorgänge in verschiedenen aus-
ländischen Staaten, zog daraus die Lehren und unternahm den
Versuch, im voraus festzustellen, wie im wesentlichen sich die Dinge
gestalten können, wenn es in Deutschland zu Kämpfen um das
Reichstags-Wahlrecht kommen sollte. Er betonte dabei, daß dann
auch mit dem Eintreten der christlichen Arbeiter, ja auch von vielen
des Bürgertums in dem Kampfe gerechnet werden könne.

Bebels machtvolle und den Parteitag unausgesetzt in höchster
Spannung haltende Darlegungen klangen aus in eine Warnung
an die Gegner und eine Mahnung an die Freunde. Die Feinde
der Arbeiterklasse dürfen nicht wähnen, daß die Deutschen
sich alles und alles geduldig gefallen lassen werden; sie sollen
sich überlegen, ob sie glauben, gegen die große Mehrheit der Nation
und unter der Erbitterung des Volkes eine Gewaltherrschaft errichten
und erhalten zu können. Die Arbeiterklasse aber soll sich gewiß
nicht blindlings in Abenteuer stürzen, jedoch durch unablässiges be-
geisterter Werben soll sie politisch und gewerkschaftlich sich immer
besser organisieren, so daß sie allen Stürmen der Zukunft zu trotzen
vermag. So hatte Bebel alles zusammengefaßt, was das politische
Leben in jüngster Zeit bewegte und was die deutsche Arbeiterklasse
lebenshöflich erfüllt. Der Jubel des ganzen Parteitages dankte
dem Vorkämpfer, der allen Jüngeren der Partei die Standarte des
Freiheitskampfes voranträgt!

Die Diskussion der Nachmittagsitzung verabschiedete die
Rundgebung. Wohl zeigte sich unter den Genossen, die das Wort
nahmen, mannigfache Abstufungen in der Auffassung der Resolution.
Die einen betonten mehr die Notwendigkeit, zunächst die Voraus-
setzungen und Bedingungen der Nacht für die Arbeiterklasse zu
schaffen, auf deren Grundlage allein ein politischer Massenstreik mög-
lich werden kann; die anderen legten den Ton auf die Schwierig-
keiten der Durchführung einer solchen Aktion; wieder andere mahnten,
allda große Vorsicht beiseite zu stellen und feuerten zu begeistertem
Wirken an.

In seinem Schlußwort weist Bebel das Schwelgen in Blut und
Revolution ab, in das die Debatte bei einigen Rednern abgetrennt
sei. Noch auf keinem Parteitag sei man so blutrünstig gewesen,
meinte er lächelnd, daran habe er in seinem harmlosen Gemüt nicht
gedacht. Wozu die Angstmeierei, das Ausmalen von Katastrophen.
Keinen Feldzug, keine Reiterattake bedeute die Resolution, nur ein
Warn- und Bedruf solle sie sein. Keine Beschlüsse ins Blaue hinein,
keine Festslegung bedeute die Resolution. Wir ändern in gar nichts
unser Taktik, nur ein neues Kampfmittel ziehen wir in Erwägung.
Besonderen Wert legt Bebel zum Schluß auf die Feststellung, er
habe zu der Debatte über die gewaltsame Revolution keinen Anlaß
gegeben und stehe auf dem alten Standpunkt: wir sind revolutionär
in den Zielen, nicht in den Mitteln; wir sind die Gefeglichen, die
Verantwortung für die Gewalt tragen unsere Gegner.

Es folgten noch in der achten Stunde persönliche Bemerkungen,
die schärfere Ausfälle in der Debatte lokal zurücknehmen und viel-
fach Heiterkeit hervorruften.

Die namentliche Abstimmung erzielt die fast ein-
stimmige Annahme der Resolution Bebels. 288
Stimmen mit ja, 14 mit nein. Zwei enthielten
sich der Stimme. Zur Minderheit gehören meist Gewerkschafts-
führer, die sich durch den Kölner Beschluß gebunden glauben.

So ward die Debatte über den Generalstreik eine Rundgebung
der Einheit und Geschlossenheit der Partei, der Energie, Klarheit
und Besonnenheit unserer Bewegung.

Die Aussperrung in den Elektrizitäts- betrieben Berlins.

Der gewaltige Kampf, den die Unternehmer in der
Elektrizitäts-Industrie gegen die Arbeiter führen, ist in vollem
Gange. Was gestern noch als eine Drohung, als ein Ein-
schüchterungsversuch der Arbeiter angesehen werden konnte,
heute ist es brutale Wirklichkeit geworden. Weil bei Siemens
u. Halske sowie bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft
gegen 500 Arbeiter streifen, und weil diese Arbeiter nicht zu
den Bedingungen, welche die Werksleitungen gewähren wollen,
zur Arbeit zurückkehren, wurde sämtlichen Arbeitern der beiden
Großbetriebe die Aussperrung angedroht.

Wenn die Unternehmer glaubten, diese Drohung würde
die Arbeiter einschüchtern, wenn sie glaubten, die Streikenden
würden unter der Wirkung dieser Drohung zu Kreuze kriechen
und bedingungslos in die Fabriken zurückkehren, so hatten sie
sich getäuscht. Die Ausständigen beugten sich nicht unter das
Joch, das ihnen die Unternehmer auflegen wollen, und so ist
denn geschehen, was die Leiter der genannten industriellen
Werke wollten: Aus einer unbedeutenden Lohnbewegung
einer verhältnismäßig kleinen Arbeiterzahl ist ein gewaltiger,
von den Unternehmern ins Werk gesetzter Machtkampf ge-
worden.

Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, ob diese oder jene
Lohnforderung bewilligt werden soll, sondern der Kampf dreht
sich vielmehr um die Frage: Sollen die Arbeiter das selbst-
verständliche Recht haben, ihre Arbeitskraft zu verweigern,
wenn ihnen die Gegenleistung, die der Unternehmer dafür
bietet, nicht genügt. — Die Leiter der beiden elektrischen Be-
triebe wollen den Arbeitern dieses Recht streitig machen, es
soll ihnen ein für allemal verleidet werden, die Arbeit zu

verweigern, wenn ihnen der Lohn und die sonstigen Arbeits-
bedingungen nicht annehmbar scheinen. Das ist der Grund,
weshalb den Arbeitern in der Elektrizitäts-Industrie der Krieg
erklärt worden ist, und die Unternehmer sind — wie in bürger-
lichen Blättern mitgeteilt wird — gewillt, diesen Kampf mit allen
Kräften durchzuführen. Der Aussperrungsbeschluß ist von den
Leitern der beteiligten Betriebe einstimmig gefaßt und zwar in
einer Versammlung, die am Mittwoch bis 3 Uhr nachts
dauerte. Die recht lange Dauer der Sitzung läßt darauf
schließen, daß es nicht leicht gewesen sein mag, die Einstimmig-
keit zu erzielen. Vielleicht sind doch manchem der Herren Be-
denken aufgefliegen, ob der brutale Gewaltakt den Erfolg
haben wird, den sie erwarten.

Doch, ob nun die Unternehmer einig sein mögen oder
nicht — die Arbeiter sind einig! Sie haben den
Kampf, in den sie gedrängt worden sind, aufgenommen und
ihre Maßnahmen getroffen, um sich mit Erfolg zur Wehr zu
setzen. In dem Bewußtsein, ihr gutes Recht, ja ihre Lebens-
interessen zu verteidigen, sehen sie den Angriffen des Unter-
nehmertums ruhig entgegen.

Augenblicklich befindet sich ja der Kampf erst in den
Anfangsstadien. Immerhin sind schon mehr als 8000
Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie aus-
gesperrt. Doch, wenn die Unternehmer sich nicht eines
anderen besinnen, kann der von ihnen ins Werk gesetzte wirt-
schaftliche Krieg eine Ausdehnung annehmen, die noch weit
hinausgeht über den Rahmen innerhalb dessen sich die Aus-
sperrung nach dem Plane der Unternehmer bewegen sollte,
denn die Arbeiter sind willens, für den Fall, daß auch in
denjenigen Betrieben der elektrischen Industrie, wo bis jetzt
noch gearbeitet wird, die Aussperrung verhängt werden sollte,
der Ausführung dieser Absicht mit einer allgemeinen Arbeits-
niederlegung in allen Betrieben des Künigheimerverbandes
zuvorkommen.

So stehen wir allem Anscheine nach augenblicklich am
Beginn eines gewaltigen Kampfes, einer bedeutungsvollen
Epoche jenes großen Klassenkampfes, die die Arbeiterklasse gegen
die Klasse der Ausbeuter zu führen hat. — Auf der einen
Seite ein rücksichtsloses Unternehmertum, das die Arbeiter
unter seinen Willen beugen will, auf der anderen Seite eine
Kämpferschar von vielen Tausend Arbeitern, die, von der
Sympathie aller Klassenbewußten Arbeiter begleitet, opfermutig
für ihr gutes Recht einsteht.

Ueber die gegenwärtige Situation des Kampfes wird und be-
richtet:

Ausgesperrt sind bis jetzt rund 8500 Arbeiter und
Arbeiterinnen, und zwar von der Allgemeinen
Elektrizitäts-Gesellschaft auf dem Stabelwerk Ober-
see circa 6000, und von den Siemens-Schuckert-
Werken circa 2500; letztere arbeiteten in ihrer großen Mehrzahl
auf dem Werner-Werk, ein geringer Teil in der Kanower
Gießerei.

Gestern waren die Ausgesperrten in vier völlig
überfüllten Versammlungen

zusammengedrungen, um von den Organisationsleitungen Ver-
haltensmaßregeln entgegenzunehmen. Die Versammlungen
fanden statt in der Kronen-Brauerei, in Peters Gesellschaftshaus,
in den Andreas-Sälen und in Kellers Saal. Eine fünfte Versamm-
lung sollte wegen Ueberfüllung der östlichen Säle noch in der
Brauerei Friedrichshain abgehalten werden, doch wurde dieselbe
durch den Polizei-Revierleutnant inhibiert, weil sie, wie alle
übrigen, nicht polizeilich angemeldet war. Ein riesiges

Aufgebot von Schutzleuten
zu Fuß und zu Pferde mitamt den unermüdlichen „Geheimen“
hielt überflüssigerweise die Säle besetzt.

In Anbetracht der ganzen Situation wurde den Ausgesperrten
in allen Versammlungen eingeschärft, sich durch nichts provozieren
und aus der Ruhe bringen zu lassen. Das Streikposten-
sehen soll nur von Vertrauensleuten und Funktionären
der beteiligten Organisationen ausgeübt werden. Das Gros der Aus-
gesperrten solle sich dagegen möglichst zu Hause halten.
Informationen erfolgen durch die Arbeiterpresse und auf Plakaten
an den Anschlagtafeln.

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Cohen, wies
in einer Versammlung besonders auf den Ernst der Lage hin,
gab aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß die ganze Aussperrung
ein Schlag ins Wasser sein werde. Wenn das Unternehmertum
glaube, durch einen Gewaltakt die Arbeiter einschüchtern,
damit sie womöglich be- und wehmütig zu Kreuze kriechen sollen,
so sei das ein großer Irrtum. Durch langjährige, fast permanente
Kämpfe gegen das Kapital geküßt und gehärtet, sei die Arbeiter-
schaft geschult und stark genug, um der Aussperrungswut der
Berliner Elektrizitätsmagnaten entsprechend Widerstand zu leisten.
In kühler, gelassener Ruhe würden die Organisationen der Weiter-
entwicklung der Dinge entgegensehen. Die Arbeiterklasse
werde tun, was sie ihrer Ehre schuldig sei.

Da die Frage aufgeworfen wurde, ob sich die Aussperrung
möglichweise auch auf die übrigen Werke der beiden Gesellschaften
ausdehnen könne, so äußerte sich Cohen daraufhin etwa folgender-
maßen:

Wenn die Herren der Elektrizitätsindustrie es wahr machen
sollten, auch mit der Aussperrung in ihren anderen Werken zu be-
ginnen, oder gar die gesamten Firmen des Metallindustriellen-
Verbandes mit in die Aussperrung hineinzuziehen, so könne es
gar zu leicht eintreten, daß sämtliche Arbeiter dieser Werke schon
vorher an einen Schlag die Arbeit niederlegten. (Stürmischer
Beifall.)

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Inserats-
und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (Zeil-
gebundene) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vielleicht würde sich diese Frage schon am kommenden Montag entscheiden, und dann sei es nicht ausgeschlossen, daß womöglich bereits am Mittwoch oder Donnerstag 60 000 Arbeiter im Streik fänden.

Die Herren möchten also nicht mit dem Feuer spielen, sie könnten sich sonst selbst arg verletzen. Würde es zu einem solchen Niesenstreik kommen, so fällt die Verantwortung für die Folgen lediglich auf die Schultern des Unternehmertums, denn für die Arbeiterschaft handele es sich dann einzig und allein um einen Akt der Ehrennothwehr. (Lebhafte Beifall.)

Am Sonntag wird die gesamte Arbeiterschaft aller Werke der beiden Gesellschaften in 14 großen Versammlungen Stellung zu der Aussperrung nehmen.

Für das Kabelwerk Oberspree hat sich bereits eine unangenehme Folge der Aussperrung bemerkbar gemacht. Die Eisenbahnverwaltung in Ober-Schönhaide hat das genannte Werk aufgefördert, fünfzig Waggons, die für das Werk eingetroffen sind, unbergänglich entladen zu lassen. Das Kabelwerk, das ja die eigenen Arbeiter ausgesperrt hat, übertrug die Entladung des Eisenbahntransportes einem Spediteur, der dieselbe aber nicht ausführen konnte, weil seine Arbeiter sich weigerten, die Streikarbeit auszuführen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September.

Sollkriegs-Spekulationen.

Dem ostelbischen Agrarierium, bekanntlich der feinsten Blüte germanisch-polnischer Edelraffenzüchtung, wäre es sehr unangenehm, wenn die Handelsvertrags-Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zum Abschluß eines neuen Vertrages führten und durch diesen der nordamerikanischen Union nicht nur die Zollermäßigungen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeräumt würden, die durch den neuen Vertragstarif Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien usw. zugestanden sind, sondern außerdem vielleicht noch einige Extra-Zollreduktionen auf amerikanische Landprodukte, z. B. auf Mais und amerikanisches Obst. Viel lieber würden sie es sehen, wenn die deutsche Regierung durch provokatorisches Verhalten gegenüber der Union diese zum Abbruch aller Vertragsverhandlungen und zum Sollkrieg treiben würde. Rußland hat bekanntlich in diesem Jahre eine Missernte gehabt und wird deshalb im nächsten, wahrscheinlich auch noch im Jahre 1907 sehr wenig Getreide ausführen können; wenn nun außerdem noch das amerikanische Getreide vom deutschen Markt durch Infarktsetzung des allgemeinen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902, d. h. durch Erhöhung der Getreidezölle auf 7 M. bezw. 7,50 M. pro Doppelcentner, ferngehalten wird, dann muß unbedingt in den nächsten Jahren der Getreidepreis auf dem deutschen Inlandsmarkt ganz beträchtlich steigen. Das sind für die Profitsucht der ostelbischen Getreideproduzenten höchst verlockende Aussichten, und sie suchen deshalb ihr möglichstes dazu zu tun, daß die deutsche Regierung sich auf ihre Verpflichtung zur Hochhaltung der „nationalen Ehre“ besinnt, d. h. die Union zum Sollkrieg provoziert. Besonders läßt sich Graf Schwerin-Löwitz, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsvereins, zur Erreichung dieses edlen Zweckes keine Mühe verbieten. Er veröffentlicht in der „Deutschen Monatschrift“ einen Artikel, der mit folgenden aufschreienden Sätzen schließt:

„Es liegt nicht nur im eigenen wirtschaftlichen Interesse Deutschlands, sondern zugleich auch im Interesse anderer europäischer Staaten und ihrer Unterstützung gegen die Union, daß Deutschland jetzt volle Gegenseitigkeit verlangt und, falls sie nicht zu erreichen ist, vor einer Differenzierung der Union ebenso wenig zurückzusehen wie andere Staaten. ... Ich schließe deshalb mit der zudringlichen Hoffnung, daß die verbündeten Regierungen und der deutsche Reichstag an dem vom Reichstag in der Sitzung vom 22. Januar 1903 proklamierten Standpunkt, daß die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zur Union „nur auf der Basis voller Gegenseitigkeit“ erfolgen könne, unerschütterlich festhalten und denselben — um mit den jüngsten Worten unseres Kaisers zu sprechen — „nach innen geschlossen, nach außen entschlossen“ vertreten werden.“

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.

Still und wenig beachtet beginnt heute abend in Wiesbaden mit einer Vorgesprechung der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, deren übrig gebliebenen Keinen Häusleins ehemaliger Fortschritts-herlichkeit, die einst unter Eugen Richters Führung im Reichs- und Landtag stolze Triumphe feierte. Heute ist die Partei schwach und kränzlich, wie ihr erster Führer, der zum erstenmal dem Parteitage fern bleiben wird. Mühsam schleppt sie sich vorwärts, nur noch von der Erinnerung vergangener größerer Tage zehrend; denn längst hat sie ihren Halt im politisch-kraftigen Erdreich verloren. Die intelligente Arbeiterschaft, die sich einst größtenteils zur Fortschrittspartei zählte und aus deren vortwärtigdrängendem Kampfesmut sie immer wieder neue Kräfte zog, hat dem traurigen Ueberbleibsel einer überlebten Zeit, das sich heute „Freisinnige Volkspartei“ nennt, völlig den Rücken gekehrt und sich dem neuentstandenen Geistesriesen, der Sozialdemokratie, angeschlossen; während andererseits die einst zur Fortschrittspartei gehörenden großbürgerlichen Elemente längst ihre politischen Ideale hinter sich geworfen und in allerlei wirtschaftlichen Interessengruppen untergeschlupft gefunden haben. So besteht denn heute die Freisinnige Volkspartei fast nur noch aus einigen bürgerlichen Gelehrten und Ideologen, strebsamen Geschäftspolitikern, sowie Kleinkaufleuten und Kleinfabrikanten, untergehenden Elementen, deren Sinnen und Trachten völlig im Erwerbekampf aufgeht und mit denen daher sich große politische Schlachten nicht schlagen lassen.

Deutlich kommt dieses Siechtum in der Verschiedenheit der Aufmerksamkeit zum Ausdruck, welche die Öffentlichkeit dem Jenaer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und dem Wiesbadener Parteitag der Freisinnigen Volkspartei schenkt. Während die Vorbereitungen zum Jenaer Parteitag seit Wochen, ja Monaten die Presse aller Parteien beschäftigt, während die ganze Welt mit gespannter Erwartung nach Jena blickt, nimmt außerhalb der freisinnigen Presse kaum ein Blatt von der Wiesbadener Veranstaltung Notiz und selbst die wenigen Begrüßungsartikel, welche sich die eigene freisinnige Presse leistet, klingen kühl, matt und freudlos. Sogar die Nachfolgerin der Augen Richterischen „Freisinnigen Zeitung“, die „Freie Deutsche Presse“, bringt es nur zu einem kalten „Gruß“, der in die Worte ausklingt:

„Die in Vorbereitung begriffene „Reichsfinanzreform“ greift nach neuen ungerechten indirekten Steuern, während sie die Quellen, die im Falle tatsächlichen Bedarfs für eine Verbesserung der Reichsfinanzen zuerst in Betracht kämen, gänzlich verweigert; da heißt es, auf der Hut sein, damit dem Volke nicht unnötige neue Lasten aufgebürdet und hochentwidelte Gewerbezweige ohne Not dem Untergang geweiht werden. Die Fleißnot wird immer ärger und die Regierenden tun nichts, um den schweren Schädigungen der Volksernährung abzuwehren: es wird Sache des Parteitages sein, wider die einseitige Begünstigung agrarischer Interessen auf das nachdrücklichste zu protestieren. Gegen das ominöse preussische Schul-

Kompromiß, das eine schlimme Gefahr für das Volksschulwesen und damit zugleich für jeden Kulturfortschritt in sich schließt, wird gleichfalls entschiedenste Stellung zu nehmen sein. Weitere Anträge, die sich auf Fragen der Sozialpolitik, der Eisenbahntarife, der Wahlreform, der Rechtspflege, der Organisation und auf andere Gebiete des öffentlichen Lebens beziehen, sind zum Teil von nicht geringerer Tragweite. Alles in allem: an Arbeitsmaterial wird es dem Wiesbadener Parteitag nicht fehlen. So sei ihm denn ein herzliches Glückwünschen! Mögen die Verhandlungen des Wiesbadener Parteitages an ihrem Teil jene wahrhaft liberale Ueberzeugung stärken und fördern helfen, die, jeder Begünstigung einseitiger Bestrebungen abhold, für alles politische Tun und Trachten keine andere Richtschnur gelten läßt, als das Interesse der Allgemeinheit, keinen anderen Vorkurs, als die Wohlfahrt des ganzen deutschen Volkes, jene wahrhaft liberale Ueberzeugung, die maßgebend ist für die gesamte freisinnige Volkspartei.“

Deutsches Reich.

Die russische Justiz und die deutsche Regierung.

Die Antwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes in Sachen Kasprzak ist von Jena aus telephonisch übermittelte worden, es haben sich dabei einige Hörfehler eingeschlichen, die wir richtig stellen müssen.

Der vierte Absatz muß lauten:

„Aus den Berichten des kaiserlichen Generalkonsulats in Warschau, das die Angelegenheit aufmerksam verfolgt hat, ergibt sich der nachstehende Tatbestand.“

Im 7. Absatz, Zeile 6 lies statt „erkannte“ „bejahte“; Zeile 7 statt „einer Entscheidung“ „dieser Entscheidung“; Zeile 19 statt „berechtigt“ „vorher“; Zeile 20 statt „erhält“ „erklärt“.

Abf. 9, Zeile 3 statt „Polizeiprogis“ „Rechtsprogis“; Zeile 13 statt „genauen“ „genaueren“.

Schmoek und der Parteitag.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich auch mit dem Parteitag in Jena. — Natürlich! Man kann ja doch an dem wichtigsten politischen Ereignis des Augenblickes nicht stillschweigend vorübergehen! Aber wie man den Parteitag vertrat, das ist auch danach. —

Die Sensationspresse behandelt die Sache in Bildern, womöglich mit recht pikanten Ueber- und Unterschriften. Da hat der Photograph unserer Vebel auf der Platte erwischt just in dem Moment, wo er das linke Bein emporhebt, und Vollmar — wie pikant! — hebt gerade das rechte. Bernstein sucht in den Taschen seines Rockes „einerseits“ und „andererseits“ vergeblich nach einem abhandlungen gewonnenen Manuskript. Das sind Situationen, die entweder nichtsagend oder amüsant sein mögen, mit dem Wesen eines sozialistischen Parteitages aber nicht das geringste zu tun haben. Genau dieselben Menschlichkeiten hat dieselbe Presse gestern an irgend einem berühmten Weltmarschall, wird sie morgen an einer beliebigen Majestät oder auch einem internationalen Hochstapler illustrieren, vielleicht mit dem einzigen Unterschiede, daß unser Vebel auf dem Wilde seinen Koffer selbst von der Bahn zum Hotel schleppt, während die genannten Herrschaften als Handgepäck nur die Last ihrer Würde tragen.

Schwerer sind die Zeitungsschreiber dran, als die Zeitungsfotographen.

Das bürgerliche Lesepublikum setzt von ihnen als selbstverständlich voraus, daß sie den sozialdemokratischen Parteitag nicht als eine politische Veranstaltung, sondern als eine Tagesensation zu behandeln haben. Dies Publikum hat seine „Favoriten“ und „Tipps“ auf die „Champions“ im Kampfe ums „Goldene Rad“ oder die „Weltmeisterchaft im griechisch-römischen Ringkampf“ gerade so wie in dem Kampfe. Und da stellt nun auf dem Parteitag jede Sensation, jede grobe Nuance, die dieser Sorte von Politikern dafür gelten könnte. Die theoretischen Diskussionen interessieren diese Art „Dessentlichkeit“ nicht, die bewegenden Momente in einer Debatte über die Maisfeier oder den Massenstreik begreifen sie nicht, sie erwarten keinen Kampf der Geister, sondern einen Kampf der Stimmittel. Weil es sein so geartetes Publikum nicht befriedigen kann, beschuldigt nun das Pöbellichter den Parteitag des Vertuschens und Komödientheaters. Er hat das Verbrechen begangen, die Erörterung über den Streit zwischen „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ zuerst einer Kommission zu überweisen, die das umfangreiche Material durcharbeiten und dem Parteitage vorlegen soll. Es handelt sich dabei um einen Stoff, der seines Umfangs und seiner Eigenart wegen in einer Versammlung von 30 Personen zwar zu einer endlosen Debatte, aber zu keinem Ergebnis führen würde. Deswegen war die Kommission technisch notwendig. Schmoek aber jammert, daß man ihm die Sensation geraubt habe und schimpft auf Geheimnisträumer.

Die „Staatsbürger-Zeitung“, bei der man ja begreifen kann, daß sie eine Veranstaltung ledern findet, die nicht im Bildertale verkauft, vermischt auch sonst die Dessentlichkeit. Sie verlangt Auskunft, wieviel Arbeiterergrößen „der Mäntelfabrikant Paul Singer“, „der Schloßherr von Söhnsah“ und der „Ervillensberger von Rügnacht“ jährlich einstreichen. Sie hat nämlich entdeckt, daß die Abrechnung der Partei nur über die Einnahmen, nicht aber über die Ausgaben Auskunft gebe. Wenn wir nicht irren, macht das Blatt diese Entdeckung jeden Herbst. Vielleicht prüft man aber in der Redaktion der „Staatsbürger-Zeitung“ wirklich einmal die Abrechnung, dann wird man finden, daß unter den Einnahmen monatlich regelmäßig unter A. B. und P. S. die Summen von je 50 M. niederkehren, die den Genossen Vebel und Singer formell für ihre Tätigkeit zuteilen, aber nie von ihnen erhoben werden und deswegen wieder in Einnahme gestellt werden müssen.

Würde eine andere Partei ihre Kassenangelegenheiten so verschleiern, wie es auf sozialdemokratischer Seite geschieht, so wären diese Herren sühlich mit dem Peine-Strapazat gar schnell bei der Hand: „Erfahren hat nie die rechte Hand, was hier die linke genommen.“

So meint die „Staatsbürger-Zeitung“. Nun, die Antisemiten haben ja weder über Einnahmen noch Ausgaben zu berichten und kommen deswegen für diese Frage nicht in Betracht. Aber wo um alles in der Welt ist außer diesen armen Besitzlosen die Partei, die so offen wie die Sozialdemokratie gerade in Kassenangelegenheiten verfährt? Und nun gar die, welche ankündigt: „Wir haben Geld für diesen oder jenen politischen Zweck aufgewendet.“

Der Rücktritt des Kolonialdirektors Dr. Stuebel dürfte bereits Ende Oktober erfolgen. Jedemfalls wird der Kolonialdirektor zu Beginn der parlamentarischen Herbstkampagne nicht mehr im Amte sein. —

Der Ausfall der Landtagswahl in Sachsen

läßt sich zwar, wie die „Sächs. Arbeiterzeitung“ schreibt, im ganzen nun überschauen, doch sind Verschiebungen des zu erwartenden Resul-

ts nicht ausgeschlossen. Die Nationalliberalen werden wahrscheinlich um drei Mandate verstärkt in den Landtag einziehen, die Freisinnigen um eins und ob wir schließlich doch im 37. ländlichen Wahlkreis durchdringen, ist noch immer ungewiß. Die Konservativen werden zwei bis drei Mandate ihres bisherigen Bestandes einbüßen und dadurch ihre Dreidrittelmehrheit verlieren. Darüber erheben die Nationalliberalen ein großes Freudengeschrei. In Wirklichkeit bedeutet die Verschiebung nicht viel. Die Konservativen behalten nach wie vor die Mehrheit. Wie bisher, werden sie auch in Zukunft den Landtag und dadurch die Regierung beherrschen. Das agrarisch-konservative Regiment wird also beinahe unbedenklich erhalten bleiben. Dennoch haben die Konservativen am allerwenigsten Anlaß und Ursache, sich des Wahlergebnisses zu rühmen. Ist auch der nationalliberale Ansturm auf ihren Bestand in mehreren Kreisen abgewiesen worden, haben sie auch in Dresden, um das sie am meisten zitterten, die absolute Mehrheit der Wahlmänner erlangt, so gehen sie doch nicht ungerührt aus dieser Wahl hervor. Vor allem hat auch diese Landtagswahl bestätigt, daß selbst bei den erstklassigen Wählern und auch sonst in Bürgertum ein Abfall von den Konservativen zu bemerken ist. Sind auch die Nationalliberalen und Freisinnigen nur in einzelnen Kreisen durchgedrungen, so haben sie doch in anderen Kreisen erhebliche Minoritäten zu verzeichnen, die deutlich bezeugen, daß die jetzige Landtagswahl im allgemeinen als eine Abgabe an die agrarisch-konservative Mehrheit betrachtet werden kann. Die Konservativen haben verhältnismäßig weit mehr Stimmen als Mandate verloren. Und das beweist, daß ihre Anhängerzahl zurückgegangen. Bisher konnte man mit Recht annehmen, daß jede bürgerliche Opposition im Landtag, vor allem die liberale und frühere fortschrittliche Gruppe nur aus konservativen Gnaden bestünde. Das war auch durchaus zutreffend. Die Gesellschaft um Rehner und Opiß hat aber so gewirtschaftet, daß sie sogar den Nationalliberalen noch einmal Mut zu einem selbständigen Vorgehen gemacht und dadurch deren völlig gesunkenes Selbstbewußtsein wieder etwas gestärkt haben. Das ist gewiß nicht hoch anzuschlagen und wie sind die Lehen, die etwas von der Fraktion Dresche erwarten, aber den Konservativen muß diese Wendung sehr unangenehm sein. Ihre „Gottähnlichkeit“ hat einen argen Stoß erhalten.

Das Erfreulichste der letzten Landtagswahlen ist das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Und diese erfreuliche Tatsache ist überall zu beobachten gewesen. Und wenn wir diese erfreuliche Tatsache beurteilen, darf vor allem nicht vergessen werden, daß auf der Seite unserer Partei diesmal die Agitation ebenso unzulänglich wie früher betrieben wurde, ja zum Teil die früher beobachtete Pöflichkeit übertrieben worden ist. Schon die Tatsache, daß wir aus verschiedenen Kreisen, vor allem aus dem 37. ländlichen, wo ein Erfolg möglich war, noch heute kein faires Bild über das Resultat haben, zeigt, daß dort, wo man hätte am intensivsten arbeiten sollen, viel zu wünschen geblieben ist. Hätten wir nur vor den meisten Wahllokalen Stimmzettelerbeiter gehabt, hätte das Resultat am Tage nach der Wahl doch zuverlässig von uns zusammengestellt werden können. Offenbar ist aber diese notwendige Verbindung jeder Wahlberechtigung nicht prompt erfüllt worden. Trifft das, läßt diese Tatsache ein Urteil darüber zu, wie man in den ländlichen Industrieorten agitiert hat.

Täglich finden jetzt noch Nachwahlen statt. Soweit die dritte Klasse dabei in Betracht kommt, sind sie zumeist zu unseren Gunsten ausgefallen. Das gilt besonders von Plessa, Kreuzen und Pflau, wo wir überall mit harter Mehrheit siegen. In Lengsfeld drangen wir jedoch nur in einem Bezirk durch.

In Niederhau wurde bei der Nachwahl die erste Klasse von uns erobert, wodurch sich die Zahl der für Goldstein jetzt festgestellten Wahlmänner um einen vermehrt, denn Niederhau gehört mit zum 37. ländlichen Wahlkreis. Es sind somit für Goldstein 50 Wahlmänner gezählt, so daß ihm nur noch einer an der absoluten Mehrheit fehlt. Eine Anzahl Nachwahlen stehen in diesem Kreise noch aus.

Zur Fleischnot. Etwas spät haben endlich auch die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin beschlossen, vom Reichs- und Staatsbehörden darauf zu dringen, daß Maßnahmen ergriffen werden, welche die Fleischnot zu beseitigen geeignet sind.

Nach der Ueberzeugung des Aeltestenkollegiums kommen nicht nur die Bestände an inländischem Vieh für den Bedarf Deutschlands an Fleisch in Betracht, sondern auch die Mengen von Fleisch, die früher aus dem Auslande eingeführt worden sind, durch die in den letzten Jahren ergangenen Verbote und Erschwerungen aber jetzt vom deutschen Markt ferngehalten werden. Bei dieser Einfuhr handelte es sich fast ausschließlich um Fleisch, das billiger als das im Inlande erzeugte war, da es aus Ländern mit niedrigeren Produktionskosten kam. Würde dieses Fleisch, das in gesundheitlicher Hinsicht zu Bedenken keine Veranlassung gibt und gegenwärtig z. B. in England in bedeutenden Mengen verbraucht wird, noch auf den deutschen Markt kommen können, so würde die Preisverteuerung nicht eine solche Höhe erreicht haben, wie dies jetzt der Fall ist. Da die Arbeiterbevölkerung von der Teuerung des Fleisches am schwersten betroffen wird, ist damit eine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gegeben, während andererseits auch die Konsumfähigkeit des Arbeiters für andere Nahrungsmittel, Kleidung, Haushaltsgegenstände usw. herabgesetzt wird, was auch für diese Industriezweige und die mit diesen Artikeln Handel treibende Kaufmannschaft eine schwere Schädigung bedeutet.

Militärische China-Rachle. Am 26. Juni d. J. wurde in Halle-Saale der Abg. Amert zu 3 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Verleumdung verurteilt, wogegen von dem Angeklagten Revision, die noch in der Schwebelage ist, eingelegt wurde. Die Erbringung des Wahrheitsbeweises wurde von den hiesigen Richtern abgelehnt. Allein, gestützt auf die Prozedurordnung setzte der Angeklagte trotzdem wenigstens die eidliche Vernehmung von einem Unteroffizier und 14 Mann, früheren Angehörigen des nicht mehr existierenden Ostasiatischen Expeditionskorps, durch. Die Menge, die Art und die Wucht der Aussagen dieser Zeugen wirkten im Gerichtssaal erschütternd, in der weiteren Öffentlichkeit verblüffend, ja im höchsten Grade überraschend.

Drei Monate sind seitdem verstrichen, und endlich findet das preussische Kriegsministerium Gelegenheit, sich ebenfalls in der Sache auf seine Weise zu betätigen.

Eine größere Anzahl der Zeugen Ameris — wahrscheinlich alle in Halle Vernommenen — haben durch Militär-Telegramm oder durch eingeschriebenen Brief plötzlich eine Vorladung von dem Gericht der zweiten Garde-Division in Berlin erhalten, um in einer Untersuchungsfrage vernommen zu werden.

Die vor den Militär-Untersuchungsrichter Geladenen wurden zu Protokoll vernommen über ihre Wahrnehmungen in China auf den Gebieten der Verödung, Plünderung und Notzucht. Der richterliche geübten Erwartung, daß bei den Aussagen Partei-rücksichten ausgeschlossen sein sollten, entsprachen die Zeugen durch die Erklärung, daß es für sie nur eine Rücksicht gäbe, und zwar die auf die Wahrheit.

Dem Anschein nach handelt es sich formell um ein Verfahren „wider Unbekannt“; was sonst noch damit beabsichtigt wird, dürfte sich ja wohl bald zeigen. —

Militärjustiz.

München, 21. September. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt hatten sich der Unteroffizier des 3. Eisenbahnbataillons Adam Joo, im bürgerlichen Beruf Zimmermann, und wegen tätlichen Vergehens an einem Vorgesetzten der Kanonier des 7. Feldartillerie-Regiments Martin Brunner vor dem Kriegsgericht der 1. Division zu verantworten. Der Unteroffizier Joo kehrte am Sonntag, den 2. April, in einer Wirtschaft in der Kaiserstrasse ein und setzte sich, ohne zu fragen, ob noch Platz vorhanden sei, an einen Tisch, wo einige Soldaten saßen. Als der Angeklagte Brunner, der auf einen Moment ausgezogen war, wieder an den Tisch zurück-

am, eruchte er den Unteroffizier, sich einen anderen Platz zu suchen, da er seinen Stuhl eingenommen habe. Der Unteroffizier fuhr auf und versetzte mit den Worten: „Du Hammel, Bauertrammel, versuchte Kröte!“ dem Brummer zwei Stöße vor die Brust, der angegriffene Soldat parierte diese, wobei er den Unteroffizier unabsichtlich leicht an der Wange traf. Der hierauf folgende Wortwechsel wurde vom Vize geschlichtet, worauf der Unteroffizier das Lokal verließ. Als nach einigen Minuten ein Kamerad des Brummer, der Kanonier Schönhuber, das Lokal verließ, um ein natürliches Bedürfnis zu befriedigen, erhielt er von dem Unteroffizier mit den Worten: „Warum hast Du Dein frodes Maul so weit aufgerissen?“ zwei Säbelhiebe über den Kopf, so daß Schönhuber 3 Wochen im Lazarett zubringen mußte. Der Unteroffizier als Angreifer erhielt wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt 4 Monate und 20 Tage Gefängnis, der Kanonier Brummer hingegen, der sich in der Abwehr befand und dabei den Unteroffizier leicht berührte, erhielt wegen thätlichen Vergehens an einem Vorgesetzten — 6 Monate Gefängnis!! Dem Unteroffizier wurden die Treiben aberkannt, dem Soldaten zwei Monate erlittener Unterjuchungshaft von der Strafe abgerechnet. —

Kämpfe in Ostafrika.

Im ostafrikanischen Schutzgebiet ist es in der vorigen Woche bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Schutztruppen und den Aufständischen gekommen. Nach einer Meldung des Gouvernements von Deutsch-Ostafrika hat Hauptmann Werfer die Aufständischen zwischen dem 7. und 15. d. Mts. in mehreren Gefechen in den Kitiki-Bergen nordwestlich der Matumbi-Berge im Hinterland von Kilwa geschlagen. Der Gegner erlitt große Verluste, diesseits ist nur ein Farbiger verwundet. Dreißig Mann Marine-Infanterie sollten mit der Verstärkung für Morogoro unter Hauptmann Freyherren von Wangenheim am 21. September mit „Buffard“ nach Bagamoyo geben, um dann nach Morogoro zu marschieren. Zur Beendigung der Positionierung von Morogoro werden nach Eintreffen dieser Verstärkung dem Hauptmann von Wangenheim über 100 Askaris außer der Marine-Infanterie zur Verfügung stehen. Dreißig Mann Marine-Infanterie und zwei Kompanien Farbige werden Mitte Oktober in Kilwa zum Vorgehen auf Usale-Songea bereit sein. — Im Bezirk Lindi steht Hauptmann Seyfried mit 80 Mann Marine-Infanterie und 100 Askaris; erstere sollen eine feste Stellung bei der Missionsstation Masafisi beziehen.

Der Venediktiner-Mit Robert traf mit flüchtenden Missionaren aus Angosera und Peramiso am Njasa-See ein. Der Telegraph nach Tabora ist in Ordnung. Von Mahenge und Songea liegen keine Nachrichten vor. Hauptmann Rigmann hatte mit der Kompanie Tringa Mitte September ein siegreiches Gefecht in Richtung auf der Grenze der Bezirke Mahenge und Tringa gegen Wabehe und Wambunga. Diesseits wurden drei Farbige getötet und vier verwundet. Der Feind erlitt schwere Verluste und zog sich in der Richtung auf Ifarara zurück. Rigmann verfolgt und sucht mit Mahenge Verbindung.

Die Gesamtverluste der deutschen Truppen in Südwestafrika betragen bis zum 15. September d. J. 1777 Mann, davon sind tot 1171 Mann, verwundet und verunglückt 606 Mann. Die Zahl der wegen Krankheit, Uebertritt in das Heer u. in die Heimat Zurückgebliebenen beläuft sich auf annähernd 1000 Mann. — Die Verluste in Deutsch-Ostafrika betragen bis jetzt 9 Männer und 3 Frauen (3 Missionare, 2 Schwestern, 1 Kaufmann, 1 Anstifter, 3 Unteroffiziere, 1 Matrose). —

Die von uns veröffentlichte Erklärung, die die Leipziger Abgeordneten und Delegierten den Mitgliedern des Parteitag abgeben haben, richtet sich gegen die unter den Parteitag delegierten vertretenen Meinung, als sei der in Nr. 88 des „Armen Zeufel“ abgedruckte mit P. M. unterzeichnete Artikel von Franz Wehring verfaßt und stellt fest, daß derselbe in der Redaktion des „Neuen Montagblattes“ und zwar von dem Redakteur Fritz Rautscher geschrieben ist. Zum besseren Verständnis dieser Erklärung sei mitgeteilt, daß unmittelbar vor dem Parteitage, nämlich in der am 17. September erschienenen Nummer des „Armen Zeufel“ aus der Oberlausitz ein Aufsatz über den Journalismus veröffentlicht wurde, dessen Kern sich als die Kritik eines überzogenen Artikels aus einem Bourgeoisblatt vom Juni 1878 darstellt. Darin wird die Stimmung des Volkes nach dem Attentat auf Wilhelm I. (am 2. Juni 1878) beschrieben und die Sozialdemokratie in der widersprüchlichsten Weise begehrt. Unter dem Artikel stehen die Buchstaben P. M. An diesen P. M.-Artikel waren die folgenden Bemerkungen gefügt:

In der sozialdemokratischen Partei gibt es keine „Journalisten“, nur Parteigenossen. Und nur wer sich durch jahrelange Tätigkeit in der Partei das Vertrauen erworben hat, kann Redakteur oder Mitarbeiter einer Zeitung werden, vorausgesetzt natürlich, daß er die nötigen Fähigkeiten dazu besitzt. Weist sind es einfache Arbeiter, die in ihrer einfachen, wortarmen Sprache „plump“, „holprig“, so schreiben, wie eben ein Arbeiter schreibt. „Journalisten“ rümpfen darüber oft verächtlich die Nase. Den Arbeitern fehlen die journalistischen Fähigkeiten. Tant mieux! Denn sonst wäre die Partei nicht, was sie ist! Wenn unsere Parteipresse einmal von „Journalisten“ geleitet würde — dann gute Nacht, Arbeiterbewegung!

Dieser kurz flüchtige mit den wiedergegebenen Worten versehenen, vor dem Parteitage erschienenen Artikel, hatte auf dem Parteitage die Meinung herbeigeführt, als solle Genosse Wehring damit getroffen werden; daher die Erklärung. Wir selbst werden erst jetzt in der Parteipresse auf die Sache aufmerksam, sonst hätten wir den Sachverhalt unseren Lesern sofort mitgeteilt. —

Zur Verhaftung des holländischen Anarchisten Nieuwenhuis erzählt die „Alteutsche Zeitung“, daß Nieuwenhuis gegen § 381, Absatz 2, verurteilt hat, also ohne Erlaubnis verbotenes Landesgebiet betreten hat. Vor vielen Jahren sei Nieuwenhuis in Bielefeld ausgewiesen worden. Die Kölner Polizei habe bereits zweimal an den Minister des Innern berichtet, doch befindet sich heute nach 12 Tagen Nieuwenhuis immer noch in Haft.

Huoland.

Frankreich.

Die Vorverhandlungen zur Marokkonferenz.

Die gestrige Unterredung zwischen dem Gesandten Dr. Rosen und Reboil hat nach einer Meldung der „Agence Havas“ noch nicht, wie man gehofft hatte, zu einer Entscheidung geführt; man glaubt aber immer noch, daß es zwischen den beiden Diplomaten zu einer Verständigung kommen wird. Doch wird heute abend behauptet, daß infolge von Dr. Rosen gestellten Forderungen, besonders bezüglich der Polizei in Marokko und bezüglich des in diesem Lande einzuführenden Finanzregimes, die Verständigung vielleicht nicht mehr so unmittelbar bevorsteht, als man allgemein vorausgesetzt hatte. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, und man ist trotz der neuen Schwierigkeiten überzeugt, daß sie zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung führen werden. —

Die zweijährige Dienstzeit in der Flotte.

Der „Moniteur de la Flotte“ meldet, der Marineminister bereite einen Gesetzentwurf über die Restrukturierung der Marine vor, der besonders die Veränderungen betreffe, die das Gesetz über die zweijährige Militärdienstzeit auch für die in den Marinerollen eingeschriebenen Seelenleute sowie für die Restrukturierung überhaupt zur Folge haben könnte. — „clair“ glaubt, Minister Witte habe Loubet im Auftrage des Kaisers Nikolaus hauptsächlich zu dem Zwecke besucht, um das Programm der vom Kaiser geplanten zweiten Haager Konferenz vorzulegen und den Beitritt Frankreichs zu dem Programm zu erlangen. —

Der „Steuinische „Matin““ veröffentlicht heute einen Bericht, wonach behauptet wird, daß das deutsche Unterseeboot, welches unlängst in Kiel vom Stapel lief, nach den Plänen eines französischen Ingenieurs gebaut sei, und daß es genau dasselbe Modell habe, wie die französischen Unterseeboote. Das Blatt erklärt, die Pläne hierzu müßten aus dem französischen Marineministerium gestohlen und an die deutsche Regierung verkauft worden sein. Infolgedessen verlangt das Blatt eine eingehende Untersuchung und strenge Verurteilung des oder der Schuldigen.

Schweden - Norwegen.

Generalskretz für Erhaltung des Friedens. Die „Laffans Bureau“ aus Stockholm meldet, beschloß die sozialdemokratische Partei Schwedens in einer Versammlung am Mittwoch, falls zwischen Schweden und Norwegen der Krieg erklärt werden sollte, den Generalskretz auszurufen und den Wehrdienst zu verweigern. —

Australien.

Der Sozialismus in Australien. Ueber die Verhandlungen, welche die australische Arbeiterpartei vor einiger Zeit in Melbourne in einer Delegiertenkonferenz gepflogen hat, sind schon einige kurze Mitteilungen durch die Parteipresse gegangen. Erst jetzt liegt aber der ausführliche Bericht über die Verhandlungen vor, die sich um die Festsetzung einer Prinzipienklärung drehten.

Es waren insgesamt 36 Delegierte erschienen; nicht vertreten war Neuseeland. Anwesend war auch der Genosse Tom Man, der ehemalige englische Agitator, als Gast. Eingebacht waren eine Reihe Erklärungen, über die eine ausgiebige Debatte entstand. Die von Neu-Südwaales und Tasmanien gestellte hat folgenden Wortlaut: „Ausbildung einer australischen Gesellschaft auf der Basis der Erhaltung einer reinen Klasse, die Entwicklung eines auf Aufklärung und Selbstvertrauen beruhenden Gemeinwesens. Die Sicherung des vollen Arbeitsertrags für alle Produzenten durch Gemeineigentum aller Nonn-pole und durch Erweiterung und Ausbau der industriellen und wirtschaftlichen Funktionen des Staates und der Kommune.“ — Viel weiter gingen die von Victoria und Queensland gestellten Resolutionen. In der ersteren wird eine „graduelle Nationalisation der Produktionsmittel, der Distribution und des Handels“ gefordert. Noch schärfer bringt die Queensland-Resolution die sozialistische Forderung auf Ueberführung sämtlicher Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zum Ausdruck.

Watson, der ehemalige Premier, trat für die Neu-Südwaales-Erklärung ein. Diese erhalte das vorläufig Erreichbare, später könne man das Ziel erweitern. Reid und Senator Turley dagegen würden eine klare, unzweideutige Erklärung, die das Ziel nicht verschleierte. Die Neu-Südwaales-Resolution sei nur auf Stimmentang berechnet. Bei den Monopolen dürfe nicht Halt gemacht werden, die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel sei das Ziel. Senator Pearce (Queensland) bekennt sich zum internationalen Sozialismus, aber um etwas zu erreichen, will er für die Neu-Südwaales-Resolution stimmen. Reginald Fowler, der es ausdrücklich ablehnt, „Staatssozialist“ zu sein; er bezeichnet sich als Sozialdemokrat, will aber ebenfalls für die Neu-Südwaales-Resolution stimmen. Thomas erklärt, persönlich für eine viel schärfere Fassung zu sein, tritt aber deshalb für die Neu-Südwaales-Resolution ein, weil sie zwischen den beiden Extremen vermittele.

Nach zweitägiger Redebacht kam es zur Abstimmung; die Neu-Südwaales-Resolution wurde mit 23 gegen 11 Stimmen angenommen. —

Die Revolution in Rußland.

Der Prozeß gegen die anständische Besatzung der Schwarzen Meer-Flotte.

Als im Juni dieses Jahres das russische Panzerschiff „Anjas Potemkin“ Odesa bedrohte, schlossen sich seinem Vorgehen bekanntlich die Besatzungen des „Georgij Pobjedonoszew“ und des Lehrschiess „Prut“ an, übergeben sich aber dann den Marinebehörden, die den größten Teil der sog. „Mädelsführer“ festnehmen ließ und gegen sie das Verfahren vor dem Kriegsgericht eröffnete. Die letzte Nummer der „Iskra“ veröffentlicht einige wichtige Dokumente und Mitteilungen über den ersten dieser politischen Prozesse, über die Verhandlungen gegen die Besatzung des „Prut“:

Einige Tage nach dem „Potemkin“-Aufstand hatte sich — wir folgen hier der Anklageschrift — die Besatzung des „Prut“ auf die Offiziere geworfen und sie gebunden, wobei einer von ihnen sowie ein Bootsmann, der Widerstand leistete, getötet wurden. An der Spitze der Aufständischen stand eine von ihnen gewählte Kommission. Der Matrose Alexander Petrov wendete sich an die auf Deck versammelten Matrosen mit einer längeren Rede, worin er ihnen mitteilte, daß er Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sei. Nachdem er ihnen die Aufgaben des revolutionären Sozialismus skizziert hatte, forderte er sie auf, den Aufständischen auf dem „Potemkin“ beizutreten, um gemeinsam für die Vernichtung des Selbstherrschertums und Einführung der demokratischen Republik zu kämpfen. Die Mannschaft jubelte ihm begeistert zu. Den verhafteten Offizieren wurden alle Abzeichen ihres Militärgrades abgenommen und Petrov forderte sie auf, ihr Amt im Dienste der aufständischen Besatzung weiter zu führen, indem er dem kommandierenden Offizier, nach dessen Aussage, sagte: „Wisset, daß es kein Aufbruch, sondern eine Revolution ist!“

„Prut“ ging nach Odesa, unterwegs erfuhr man aber, daß der „Potemkin“-sich Aufstand schon beendet sei. Die Lage der kühnen Schaar war demnach verwickelt. Das kleine Schiff konnte gar nicht daran denken, allein den Kampf weiter zu führen. In der rasch zusammengerufenen Versammlung der Schiffsmannschaft schlug ein Teil der Besatzung vor, nach Rumänien zu gehen; die meisten aber schrakten vor der Perspektive einer langen Existenz in der Ferne zurück und beschloßen, die verhafteten Offiziere auf freien Fuß zu setzen und nach Sewastopol zurückzukehren. Es ist schwer zu sagen, worauf sie eigentlich rechneten. Wahrscheinlich meinten sie, daß im Vergleich mit dem „Potemkin“-Aufstand ihr eigener Versuch zu unbedeutend war, als daß gegen sie der Zarismus seine Grausamkeiten ausbreiten könnte. Sie haben sich geirrt.

In der Untersuchung erklärte sich Petrov für einen Sozialdemokraten und gestand, daß er es, sobald der Aufstand infolge der groben Behandlung der Mannschaft durch die Offiziere ausgebrochen war, für seine revolutionäre Pflicht hielt, den Kameraden vorzuschlagen, sich unter die rote Fahne des Proletariats zu stellen, um im bewährten Kampfe die Republik zu erobern. Vor Gericht sprach er in demselben Sinne. Ein anderer Matrose, der an der Spitze der Bewegung stand, Nikolaus Tscherny, erklärte sich ebenfalls für einen Sozialdemokraten und gestand seine Rolle in der Bewegung zu. Das Kriegsgericht verurteilte diese beiden Genossen sowie zwei andere — Titow und Adamenko — zum Tode. Die anderen Teilnehmer des Aufstandes wurden meistens zu jahrelangen oder lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Aber: das Gericht selbst schrak vor der Grausamkeit dieses Urteils zurück und beschloß, an den Zaren ein Gesuch um die Begnadigung der zum Tode Verurteilten zu richten. Der Zar aber zog sich aus der Affäre, indem er diese Frage vollständig dem Ermessen des Oberbefehlshabers der Schwarzen Meer-Flotte, dem Generalkommandanten, überließ. Tscherny bestätigte darauf das von ihm selbst dem Gericht diktierte Urteil. Die Hinrichtung wurde mit raffinierter Grausamkeit vollzogen. In der Absicht, die revolutionäre Flotte zu demoralisieren, wollte es Tscherny durchsehen, daß die Erschießung der Verurteilten von Matrosen selbst vollzogen werde. Zu diesem Zwecke terrorisierte er zuerst die ganze Matrosenmasse durch plötzliche Verhaftung vieler Handwerker, „Verdächtiger“, die zusammen mit den neunhundert früher Verhafteten unter Militärbesatzung nach Odesa expediert wurden (wie jetzt bekannt, nur in die Landarmee eingereicht und in entfernte Garnisonen verbracht zu werden). Dann wählte man dreihundert junge Matrosen aus, umzingelte sie mit einem Infanterieregiment und erklärte ihnen, daß, falls sie

auf die Verurteilten nicht schießen würden, sie selbst sofort von den Soldaten durch Kreuzfeuer niedergeschossen werden würden. Die Drohung wirkte.

Die Hingerichteten starben wie Helden. Ein Pope, der sie auf dem Wege begleitete, erzählt, daß sie zur Hinrichtung wie zu einer Feiertag gingen.

Einige Tage nach dem Bericht über „Prut“ fand das Gericht über „Georgij Pobjedonoszew“ statt, wobei drei Todesurteile gefällt wurden, von denen zwei auch vollzogen worden sind.

Zu den Unruhen in Oden.

(Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Nach Angaben des persischen Konsuls sind 15 000 persische Arbeiter aus Oden ausgewiesen worden. Die Ausweisung einer gleichen Anzahl steht noch bevor. Auch russische und armenische Arbeiter reisen in großer Zahl ab. Die Wiederaufnahme der Arbeiten in den Naphtha-werken wird wahrscheinlich durch den Mangel an Arbeitern sehr erschwert werden.

Soziales.

Der gesetzliche Zehnstundentag im Züricher Kantonsrat.

Zürich, 20. September. (Fig. Ber.)

Der Züricher Kantonsrat hat in seinen Sitzungen vom Montag und Dienstag die Beratung des neuen Lehrlingsgesetzes fortgesetzt und zu Ende geführt. Den Mittelpunkt der zweitägigen Debatten bildete der Zehnstundentag. Die Kommission war in eine bürgerliche Mehrheit für den Elftundentag und in eine sozialdemokratische Minderheit für den Zehnstundentag gespalten. Namens der letzteren referierte in wirksamer Rede Genosse Walter Winterthur. Er konstatierte, daß mit dem Elftundentag der industrielle Kantone Zürich hinter den westlichen Kantonen und selbst hinter dem landwirtschaftlichen Kanton Bern, sodann aber auch hinter dem Bunde zurückbleiben würde, der im Begriff steht, durch die Revision des Fabrikgesetzes den Zehnstundentag einzuführen. Ohne den Zehnstundentag wird das Lehrlingsgesetz in der Volksabstimmung von der Arbeiterschaft verworfen werden. Die Ablehnung des Zehnstundentages wird auch das Vertrauen der Arbeiter gegenüber der Gesetzgebung und die Stimmung gegen die politische Betätigung verstärken, sowie die Bewegung für die sogenannte „direkte Aktion“ fördern. In diesem Sinne redeten noch unsere Genossen Heuser, Greulich, Dr. Erismann, Dr. Studer und Sigg. Gegenüber der Opposition einiger Dorfmatadoren wurde mit Recht bemerkt, daß im Jahresdurchschnitt der Bauer überhaupt nicht einmal eine zehntägige tägliche Arbeitszeit hat und Greulich verwies auf die heutige intensive Arbeitsweise, die kürzere Arbeitszeit dringend heische, namentlich aber für den jungen Lehrling, der in den Entwicklungsjahren steht. Gegenüber einem neuen Antrage auf Einführung des 60 Stundenwoches, der den englischen Verhältnissen entlehnt sei, bemerkte er, daß man dann aber auch die Beschränkung der Arbeitszeiteinteilung auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und den freien Sonnabendnachmittag aus England mit herübernehmen möge. Greulich hat die bürgerlichen Herren Volksvertreter dringend, der Welt das Schauspiel zu ersparen, daß der zürcherische Kantonsrat zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht einmal den Zehnstundentag zu beschließen wage. Genosse Erismann betonte als Sozialhygieniker besonders die hygienische Seite der Frage. Die Untersuchungen der letzten Jahre haben ergeben, daß eine Grenze der Leistungsfähigkeit für Mittelschüler gezogen ist, die bald eine Ermüdung zur Folge hat. Die Uebermüdung aus zu langer Arbeitszeit hat Appetitlosigkeit und Unterernährung zur Folge, sodas der Organismus schlecht genährt, die Anforderungen der Zeit nicht erfüllt und die Sterblichkeit erhöht werden.

Von bürgerlicher Seite sprachen wirksam für den Zehnstundentag Regierungsrat Dr. Loder, der liberale Fabrikant Frey-Kägeli in Zürich, der landwirtschaftliche Vertreter Volkhard Pfungen. Dr. Loder erklärte entschieden, daß der Zehnstundentag ohne Schädigung des Allgemeinerwerbes eingeführt werden könne. Im ersten eidgenössischen Fabrikinspektionskreise, zu dem der Kanton Zürich gehört, haben bereits 69,6 Proz. der Fabrikarbeiter weniger als 11 Stunden täglicher Arbeitszeit. Im Handwerk macht die Arbeitszeiterweiterung rasche Fortschritte dank der rührigen Arbeiterbewegung. Die Feinereizeit an die Arbeitszeiterweiterung geknüpften Beschränkungen sind nicht in Erfüllung gegangen, und wenn sie heute wieder von den Handwerksmeistern gehegt werden, so liegt dazu kein Grund vor. Die Jugendlichen sollen durch das Gesetz geschützt werden. Der Zehnstundentag ist keine politische Frage; er ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und der menschlichen Fürsorge. Die 60 Stundenwoche bekämpfte er, weil sie jede Kontrolle verhindere. Vor den Gemeinderäten habe er alle Achtung, aber er möchte democh nicht den Vollzug des Gesetzes in ihre Hände legen, denn sie würden die Ueberzeigungsbewilligungen nicht ernstlich behandeln. Dr. Loder beantragte sodann die Festsetzung des Zehnstundentages, Ausschluß der Lehrlinge unter 16 Jahren von aller Ueberzeitarbeit, Beschränkung derselben auf höchstens 2 Stunden täglich und 75 Stunden im Jahre, Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit des Lehrlings, woson für ununterbrochene Betriebe usw. (Wärderei) Ausnahmen gestattet werden können. Der Fabrikant Frey-Kägeli befürwortete den Zehnstundentag aus patriotischen Gründen und um die gesundheitschädlichen Folgen der Ueberanstrengung bei zu langer und intensiver Arbeitszeit zu beseitigen. Der Bäckermeister Volter-Zürich verlangte, das Bäckerergewerbe vom ganzen Gesetze auszuschließen, eine „Bescheidenheit“, die den Bäckermeistern nun einmal eigen ist.

Der günstige Verlauf der Debatte über den Zehnstundentag veranlaßte schließlich auch die bürgerliche Kommissionsmehrheit, ihren Elftunden-Antrag fallen zu lassen und sich für den Zehnstundentag zu erklären.

In der Abstimmung wurde mit 139 gegen nur 14 Stimmen der Zehnstundentag beschlossen.

Aus den weiteren Bestimmungen des Gesetzes seien erwähnt das Obligatorium des Besuches von gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen durch die Lehrlinge, das Verbot, den Lehrlingen Arbeit mit nach Hause zu geben, Ausschluß der Konkurrenzklause, Obligatorium der Lehrlingsprüfung, Bestellung von Inspektoren und Inspektorinnen für die gewerblichen Fortbildungsschulen, Bestellung von Kommissionen, gleichmäßig aus Vertretern von Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt, für das Handels-, Fabrik- und Gewerbewesen zur Ueberwachung des Lehrlingsgesetzes usw. Die Vufen für die Uebertragung des Gesetzes betragen 5 bis 200 Franz.

Vorgesehen ist für den Beratungsweg die Aufstellung näherer Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit, über die für einen Betrieb zulässige Maximalzahl von Lehrlingen. Gleichzeitig wurde die Regierung eingeladen, ein besonderes Gesetz über die beruflichen Fortbildungsschulen auszuarbeiten.

In der beschlossenen Fassung ist das neue Lehrlingsgesetz des Kantons Zürich ein schätzenswerter Fortschritt. Ganz bestrebend ist es indes nicht, namentlich bleibt die Nichtaufnahme des Verbotes der Züchtigung der Lehrlinge durch die Lehrherren zu bedauern. Arbeiterorganisationen und Arbeiterpresse werden darüber um so schärfere Kontrolle zu üben haben.

Aus dem Polizeistaat.

Für ungültig erklärt worden war in zweiter Instanz eine Polizeiverordnung vom 8. Mai 1900, wonach bei Schlachtungen die Ausführung des Veräußerungsgeschäftes erst stattfinden dürfe, wenn der Kopf des Tieres so festgelegt sei und festgehalten werde, daß ein Ausweichen des Tieres vor dem Schlage genügend verhindert werde. Das Landgericht Hagen ging davon aus, daß die Verordnung nur dem Schutz der Tiere gegen Qualerei dienen solle, die Materie der Tierquälerei aber in dem Reichs-Strafgesetzbuch endgültig geregelt sei. Das Kammergericht hob das Urteil am 22. September wieder auf und verwies die Sache gegen Benjamin, der wegen Ungültigkeit der Verordnung von der Anklage ihrer Uebertragung

freigesprochen worden war, zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Das Kammergericht erklärte die Verurteilung für rechtsgültig, indem es ausführte: Die Verurteilung wurde ungültig sein, wenn sie nur den Zweck hätte, Tierquälereien zu verhindern. Das sei nicht so, denn die Verurteilung wolle auch das Publikum vor Gefahren bewahren, die ihm aus schlechten Schlachtungen erwachsen könnten, etwa dadurch, daß mangelhaft betäubtes Vieh in Blut gerate, sich losreiße und auf Personen stürze, die erreichbar seien. Somit sei die Verurteilung gültig.

Damit sind übrigens die Gefahren, die ein solches Tier anrichten kann, noch nicht erschöpft. Eine erreichbare Person kann eine brennende Laterne in der Hand tragen, von dem losgerissenen Tier ins Straß gestochen werden und es kann ein Riesenbrand entstehen. So sind noch viele Gefahren denkbar, zu deren Verhütung die Polizeiverordnung außerordentlich dienlich ist. Diefelben Gefahren können aber auch entstehen, wenn der Schlächter seine Kunst nicht versteht und daneben schlägt. An diese Möglichkeit hat die Polizei offenbar gar nicht gedacht, sonst hätte sie sicher eine entsprechende Bestimmung in ihre Verordnung aufgenommen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Peus-Deffau:

Das Beste an Debels Resolution ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, immer noch mehr die Organisation zu fördern. Hauptsächlich wird das die Hauptwirkung seiner vorzüglichen Rede sein. Ist die Wirkung dieser Debatten die, daß wir uns bewußt werden, daß unsere Macht noch nicht ausreicht, um Attentate gegen Volkrechte abzuwehren, so können wir zufrieden sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß nicht etwa die böse Wirkung eintritt, daß man sich nur noch auf den großen Tag vorbereiten will und die Agitation und Organisation vernachlässigt. Daß wir das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft antasten, daran fehlt noch viel. Wir halten viel zu wenig Versammlungen ab, unsere Presse hat erst $\frac{1}{2}$ Millionen Abonnenten. Das ist viel zu wenig. Wir kommt ein Grauen an, wenn ich daran denke, daß man von Leuten, die noch die „Generalstreiker“ lesen, erwartet, sie werden sich an einem Generalstreik beteiligen. (Hört! hört!) Frau Luxemburg verwies auf Rußland. Aber einmal sind die Verhältnisse dort nicht mit den Verhältnissen hier zu vergleichen. Dann tut man so, als wenn die Russen schon Freiheit und Recht erobert hätten. Sie haben aber noch ein gut Stück Arbeit vor sich. Das die Ende kommt noch nach. (Zuruf: Eine große Reueigkeit!) Bilden wir uns nicht ein, daß wir jetzt neue Waffen ausfindig machen müssen. Stärken wir unsere alten. Sehen wir den bisherigen Weg fort, dann gibt es keine Möglichkeit, uns unser Recht zu nehmen. Dann haben wir die Mittel, sie zu bewahren. (Zuruf: Durch die Umsatzensteuer! Stürmische Heiterkeit.)

Frau Jekin-Stuttgart:

Ich kann mich für das Amendement Beglens nicht erklären, weil ich seine Begründung nicht zu teilen vermag, daß nämlich die Erklärung, unter Umständen sei der Massenstreik ein proletarisches Kampfmittel, anzusehen sei als eine Konzession an den Anarcho-Sozialismus. Ich stehe im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß der politische Massenstreik im schärfsten Gegensatz steht zu der Empfehlung des Generalstreiks, wie sie von den Anarcho-Sozialisten betrieben wird. (Sehr richtig!) Der Unfland, daß die Vertreter dieser Idee so viele Proletarier zur Begeisterung entflammen konnten, die bis jetzt mit uns zusammen auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Schlachten geschlagen haben, scheint mir bedeutsam als ein Symptom dafür, daß innerhalb breiter Proletariatsmassen das Bedürfnis empfunden wird, unter dem Druck der geschichtlichen Situation, unter der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes, unter der fortschreitend reaktionären Gestaltung unseres gesamten politischen Lebens, das Bedürfnis empfunden wird, eine Antwort auf die Frage zu suchen: stehen uns außerhalb, neben den bereits erwähnten und erprobten Kampfmitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes unter bestimmten Ausnahmefällen noch andere Kampfmittel zu Gebote?

Aus dieser Situation heraus sind nicht nur die Forderungen und Wirkungen des Anarcho-Sozialismus zum Teil hervorgegangen, aus diesem Bedürfnis heraus ist es überhaupt zu verstehen, daß sowohl gewerkschaftliche wie politische Organe nicht um die Frage der Erörterung des politischen Massenstreiks herumkommen sind. Für mich gibt es nichts Wichtigeres, als den politischen Massenstreik, wie er auch von der Sozialdemokratie unter den Kampfmitteln des Proletariats akzeptiert werden kann, in reinlicher Scheidung von der Idee des Anarcho-Sozialismus loszulösen. Genosse Schmidt hat freilich hier die Auffassung vertreten, als ob der Massenstreik, wie er von Debels befürwortet ist, eine Halbheit bedeutet, während der vom Anarcho-Sozialismus propagierte Generalstreik das konsequente Kampfmittel sei. Ich finde in dieser Auffassung eine große Unklarheit. Das Proletariat kann wohl in einer gegebenen revolutionären Situation, die von seinen Todfeinden herausbeschworen wird, mächtig genug sein, um geplante Attentate zurückzuweisen durch einen Massenstreik. Aber es braucht durchaus noch nicht über die gesamte politische Macht zu verfügen, die erforderlich ist, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Hier liegt nicht nur eine Unterabstufung vor betreffend der Quantität der Macht, aber die das Proletariat verfügen muß, sondern noch eine weit wesentlichere Verwirrung der Begriffe in bezug auf das ganz verschiedene Wesen des politischen Massenstreiks und des anarchistischen Generalstreiks. Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren wirtschaftlichen, geistigen, sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, engbegrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben oder auch einzelne ihrer wesentlichen Institutionen, wie z. B. den Militarismus, wie es Domela Nieuwenhuis gefordert hat. Dieser Standpunkt übersteht vollständig, daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nach unserem Belieben einführen können, wie wir einen Hut umstempeln lassen, sondern daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung erst dann durchsetzen können, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dazu reif sind, und deshalb, weil das der Anarcho-Sozialismus wie der Anarchismus überhaupt übersteht, hat Genosse Robert Schmidt vollständig unrecht, wenn er meint, Debels habe sich einer Inkonsistenz schuldig gemacht. (Sehr richtig!) Der politische Massenstreik steht infomern im schärfsten Gegensatz zur Auffassung des Anarcho-Sozialismus vom Generalstreik, weil er seiner Ansicht ins Gesicht schlägt, daß es ein allein selbstmachendes Kampfmittel des Proletariats gebe. (Sehr richtig!) Er ist vielmehr ein weiteres Kampfmittel in der Reihe der bisher bewährten Kampfmittel, nicht bestimmt, sie zu verdrängen, sondern um eventuell ihren Gebrauch erst zu ermöglichen. (Sehr richtig!) Angesichts der Tendenzen welche die Reaktion hat, den Standpunkt des Herrtums in eigenen Hause nicht nur innerhalb der einzelnen Betriebe, sondern auch im politischen Leben mit aller Brutalität und Skrupellosigkeit zu vertreten, kann der politische Massenstreik unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen eine Notwendigkeit werden, um den Arbeitern den bisherigen Boden des gesetzlichen Kampfes zu erhalten und zu schützen. Nun allerdings müssen wir damit rechnen, daß die herrschenden Gewalten diesen Boden der Gesetzlichkeit selbst nicht immer wahren werden. Da bekümmere ich mich nach wie vor zu der Auffassung, daß das Proletariat sich durch die Zwirnspäden der bürgerlichen Gesetzlichkeit nicht unter allen Umständen frei gebunden halten darf. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesetzlichkeit ist schließlich nichts als ihre in juristische

Normen gebrauchte Gewalt. (Sehr richtig!) (Der Vorsitzende gibt zum zweitenmal das Zeichen, daß die Redezeit abgelassen ist.) — Bei den anderen ist auch dreimal gestimmt worden. (Große Heiterkeit.) Ich sage, wir müssen damit rechnen, daß die bürgerlichen Klassen jederzeit die Waags des gesetzlichen Kampfes gegen uns fallen lassen und mit brutaler Gewalt gegen uns ankämpfen, und da meine ich: Auf einen Schein gehören anderthalb. Wenn die Reaktion ruffisch mit uns reden will, dann wird auch das Proletariat ruffisch antworten können. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, den granitenen Felsen der revolutionären Macht des Proletariats im Bewußtsein der Massen zu schaffen durch unaufhörliche Agitation und Aufklärungsarbeit. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Michels-Warburg:

Ich stehe anders zu der neuen Richtung in unserer Partei. (Zuruf: In unserer Partei? Außerhalb der Partei!) Anders als Debels hätte ich gewünscht, daß Friedberg das Wort zu dieser Frage gestattet worden wäre. Die Anarcho-Sozialisten sind gekommen nicht, wie Debels meint, wegen der Treibereien und der Unzufriedenheit im Isolationsorganisierten Lager. Das ist eine historische Unmöglichkeit. Rein, was hinter ihnen steht, sind unsere eigenen Fehler, unsere eigene Zweideutigkeit. Ich stimme mit Friedberg nicht überein in vielen Punkten, so nicht in seiner Polemik gegen Marx. Die deutsche Sozialdemokratie krankt nicht an zu viel Marx, sondern an zu wenig Marx. (Sehr richtig!) Nicht zu verwirren bin ich mit ihm in seiner bodenlosen Unterschätzung des Parlamentarismus und in seiner Ueberschätzung des Psychismus. Aber gerade in dieser Frage hat er den richtigen Ton angeschlagen: wir haben zwar Zahl auf Zahl gekauft, aber sie nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt. Was haben bisher die Sozialdemokraten geleistet, wenn sie in Konflikt zwischen ihren Pflichten als Sozialdemokraten und ihren Pflichten als Staatsbürger geraten. Wo haben wir je erlebt, daß Soldaten, unter denen doch auch viele Sozialisten sind, rezipiert hätten und Mißhandlungen mit gleicher Münze bezahlt hätten. In Italien, in Frankreich sind die Organisationen viel kleiner, aber kein Arbeiter läßt sich das beim Heere gefallen. Medner erinnert an die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter an Festen, wo Monarchenloste ausgebracht wurden, an denen sie sich beteiligten und an die Tatsache, daß zur Homburger Parade 440 000 Zerkarten in Frankfurt a. M. verkauft wurden, während verschiedene Fabriken auf Verlangen der Arbeiter feierten. Was hat da die sozialistische Erziehung für einen Zweck? Auch die russische Revolution ist von vielen von uns nur als Sensation betrachtet worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zick-Hamburg:

Genosse Heine sagte auch, er stehe auf dem Boden, daß hinter dem politischen Streik der Wille zur Revolution stehen müsse. Aber, sagte er hinzu, wir möchten angeben, wie der granitene Boden der Macht geschaffen werden könne. Es ist auch von anderen Rednern gefragt worden: Woher nehmen wir denn die Mittel, um den Massenstreik durchzuführen, und woher nehmen wir denn die Massen? Und auf die Bemerkung Debels, die Massen würden dann eben einmal ein paar Wochen hungern, antwortete Schmidt, das höre sich ganz häßlich an, habe aber keinen praktischen Wert. Genossen und Genossinnen! Ich möchte an Sie die Frage richten — und wenn wir die Frage an die Massen darüber richten würden, würde die Antwort doch ganz anders ausfallen — wenn ich Sie fragen würde, wer von uns als Kind und später unter der Kränke des Kapitalismus schon gehungert hat, so würden wohl nur wenige in diesem Saale mit „Nein“ antworten. Wenn wir das aber getan haben, so müssen wir es erst recht tun, wenn es sich darum handelt, unsere politischen Rechte zu verteidigen. Ich bin ferner mit der Genossin Luxemburg der Meinung, daß wir bei der Erörterung dieser Frage nach Rußland schauen müssten. Wie haben sich denn da die Massen gehalten? Dort wird bereits seit so langer Zeit gestreikt, überall brechen die Streiks aus und überall tauchen sie, wenn sie eine Zeilung aufgehört haben, wieder auf, und überall beteiligen sich die Massen, und zwar ohne Organisation. Genoss! muß da mancher hungern. Aber dadurch lassen sich die Genossen nicht abhalten, den Kampf ums Recht zu führen. Sollen wir hinter diesen Genossen an Opferwilligkeit und Begeisterung zurücksehen? Ich persönlich bin übrigens der Meinung, daß der politische Streik bei uns nicht wochenlang dauern würde. Nicht deswegen, weil wir nicht bereit seien, ihn so lange durchzuführen, o nein, wenn wir den politischen Streik auf eine bestimmte Zeit beschließen würden, so würden wir ihn von vornherein wirkungslos machen. Wenn aber ein politischer Streik in Deutschland ausbricht, spontan und mit aller Gewalt ausbricht, so würde das zur Folge haben, daß die organisierten Machtmittel unserer Regierung außerordentlich desorganisiert werden, und unter dem ungeheuren Druck einer solchen spontanen Bewegung würde die Regierung nachgeben müssen, bevor unsere Mittel erschöpft sind. Wenn gefragt wird, woher wir die Massen nehmen und den granitenen Boden der Macht schaffen, so ist schon von Debels und vorher in der Presse von anderen betont worden, daß die Vorbereitung für die Durchführung des Massenstreiks natürlich die Agitation und Organisation ist. Dafür müssen wir mit ganzer Kraft eintreten, müssen die Massen politisch fähig und denken lehren, ihr Klassenbewußtsein schärfen und vertiefen. Wenn das geschieht ist, wenn wir es dahin gebracht, daß die Massen die Verletzung ihrer politischen Rechte als brennende Schmach empfinden, dann werden sie auch mit ganzer Kraft sich wehren.

Genosse Schmidt meinte, die Massen würden nicht so gut Disziplin halten wie das Militär. Ja Genossen, wenn die Massen des Volkes zu der Disziplin erzogen wären, die wir im Exere haben, dann könnten wir allerdings seinen Generalstreik durchführen (Lebhafte Zustimmung), denn mit Massen, die zum Kadavergehorsam erzogen sind, kann man allerdings solche Kämpfe nicht führen. (Lebhafte Beifall.) Ich verweise Sie auf den Vergarbeiterstreik. Ist da die Disziplin nicht musterhaft aufrechterhalten worden? Diese Massen haben eingesehen, daß es notwendig ist, sich unterzuordnen. Ich bin der Meinung: Wenn wir glauben, daß es angesichts der politischen Situation notwendig ist, unserem Kampf neue Waffen zuzufügen, so muß jeder daran arbeiten, die Aufklärung in die breitesten Massen zu tragen, um so die Wirksamkeit des politischen Streiks im gegebenen geschichtlichen Moment zu garantieren. Wollen wir das erreichen, dann muß die Richtlinie unseres Handelns sein: Agitation und nochmals Agitation und abermals Agitation! (Lebhafte Beifall.)

Liebnecht-Berlin:

Die Wahl von 1903 hat gewissermaßen den formalen Parlamentarismus zu Tode geführt. Die Sozialdemokratie hat eingesehen, daß die Hoffnung trügerisch ist, mit Stimmenerfolgen alles zu erreichen. Man sieht, daß trotz der großen Wahlerfolge alles beim alten geblieben ist. Daraus erklärt sich der Stimmungsumschwung, der darin besteht, daß man nach außerparlamentarischen Aktionen sucht und daß deshalb der Generalstreik immer mehr Anhänger findet. Es ist durchaus verfehlt, den Unterschied zwischen Generalstreik und Massenstreik für spitzfindig zu erklären. Der erste will den parlamentarischen Kampf ersetzen, der zweite ihn erst ermöglichen und wirksam gestalten. Das ist ein grundlegender Unterschied. Legen wir uns nicht unter Umständen allerdings die Frinten auf die Schultern nehmen. Aber diese Frinten sollen uns; wohl aber steht ein Mittel der Arbeitserverweigerung zu Gebote. Daß der Massenstreik gleichbedeutend sei mit Revolution, ist nicht unter allen Umständen richtig. Genosse Heine und Schmidt haben eine große Anzahl praktischer Bedenken geltend gemacht. Aber Legien hat uns erklärt: Ja, gewiß, der Massenstreik ist an sich wohl möglich. Das sollte doch Schmidt bedenklich machen. Die Gewerkschaften werden in dieser Beziehung wohl mehr hinter Legien als hinter Schmidt stehen. Wenn der Streik für wirtschaftliche Kämpfe ein geeignetes Kampfmittel ist, so muß er unter Umständen auch für politische Zwecke brauchbar sein. Das Blut des Volkes ist auch und teuer, aber die Ideale und politischen Rechte des Volkes sind und ebenfalls zu wertvoll, als daß wir sie widerstandslos und tauben lassen sollten. Die Jurisprudenz ist leider zu

sehr geeignet, zu verknöchern. Das hat Heine gezeigt. — (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Reiss-Köln:

Das Reichstagswahlrecht ist uns nicht durch Kampf zu Teil geworden, sondern gewissermaßen in den Schoß gefallen. Nachdem uns dies Recht gewährt worden war, begannen die Kämpfe auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem wir zu arbeiten verpflichtet sind. Viel ist dabei nicht erreicht worden und kann trotz aller Wahlerfolge nicht erreicht werden. Trotzdem mehren sich die Versuche, das Wahlrecht zu beschneiden. Diese Versuche dürfen wir nicht geschehen lassen, ohne uns zu wehren. Es ist ja die Absicht der Reaktion selbst, uns dabei die Frinten auf die Schulter zu zwingen. Das haben Bronsart v. Schellendorf, Fröcher, Oldenburg offen erklärt und offen mit Gewalt gedroht. Sollen wir da tatenlos zusehen und etwa sagen, wir müssen erst drei Millionen Arbeiter in den Organisationen haben, ehe wir uns wehren können. Mit diesem Standpunkt wäre es nie gelungen, eine Revolution zu machen. Ich begrüße diese Debatte und hoffe, daß die politische Bewegung davon großen Nutzen haben wird. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Eichhorn-Mannheim befürwortet und Wels-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Um 7 Uhr erhielt Debels das Schlusßwort, und $8\frac{1}{2}$ Uhr wird zur Abstimmung geschritten. Das Amendement Beglens zur Resolution Debels wird abgelehnt, und die Resolution in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 14 Stimmen, bei 2 Stimmen haltenden, angenommen. Dagegen stimmen Edmund Rißler, Frische-Berlin, Heine, Kolb-Karlsruhe, Köstlin, Legien, Lindemann, Rauch-Hannover, Robert Schmidt, Silberstein, Trautwein-Mannheim, Uhlig-Dröden, Wesper-Donauw., Wulfschlag-Berlin; es enthalten sich Bömelburg und Wolf-Witten. Sitzung dauerte bis $8\frac{1}{2}$ Uhr. Ausführlicher Bericht morgen.

Die Organisationskommission hat ihre Arbeiten beendet. Der von ihr vorgelegte Entwurf weicht nur unerheblich von dem ersten dem Parteitag unterbreiteten ab. Knistat 25 Prozent der sich aus den Beiträgen der Wahlkreise ergebenden Einnahmen sollen 20 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden. Ueber die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird bestimmt, daß dieselbe vom Parteitag festgesetzt wird, während es bisher heißen sollte, daß der Vorstand aus acht Personen besteht. Der „Vorwärts“ soll nach wie vor Zentralorgan der Partei bleiben.

Versammlungen.

Verband der Hafenarbeiter (Berlin II). In der Versammlung am 17. d. M. erstattete der Delegierte zur Gewerkschaftskommission Bericht. Als Delegierter wurde Aug. Schmidt wiedergewählt, zum Stellvertreter Wille. Die Entlassung von Kollegen bei der Firma Fischer u. Holberg wurde nicht als Maßregelung angesehen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 18. September eine Mitgliederversammlung ab, in der unter anderem einige Reichstagsangelegenheiten besprochen wurden. Dabei wurde mitgeteilt, daß gegen das freisprechende Urteil gegen Kamenz wegen Ausbringen eines Dochs auf die revolutionäre Sozialdemokratie am 1. Mai vom Staatsanwalt Verurteilung eingeleitet ist. Die Forderungen der Kollegen bei Schieman u. Wapfen wurden bewilligt, während die Verhandlungen bei Reusfeld noch nicht erledigt sind. Außerdem wurde ein Beschluß gefaßt, welcher besagt, daß Maßnahmen oder Veranstaltungen, die den Beruf betreffen und der Organisation nicht zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, nicht zu unterstützen sind, wenn der Zweck nicht bekannt und eine Benachrichtigung der Organisationsleitung nicht erfolgt ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die österreichische Sozialdemokratie und die Wahlrechtsfrage.

Wien, 22. September. (B. Z. B.) Heute hat die von der Gesamtzentrale der Sozialdemokratie Oesterreichs einberufene Reichskonferenz sämtlicher nationaler sozialistischer Parteiverbreterungen stattgefunden. Die Konferenz beschloß einhellig, ein Manifest an die Arbeiterkammer Oesterreichs zu erlassen, in dem gegen die Wahlrechtsreform in Ungarn energisch protestiert und die Befreiung der privilegierten Wahlrechts in Oesterreich und die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts gefordert wird. In ebenso einhellig angenommenen Resolutionen wird die Arbeiterkammer Oesterreichs aufgefordert, den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit aller Energie weiterzuführen. Den ungarischen Genossen, die den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit so viel Energie führten, wurde die Anerkennung und Sympathie ausgesprochen.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 22. September. (B. Z. B.) Hier herrscht große Beunruhigung über die Lage in Baku. Seit drei Tagen ist man ohne jede Nachricht, da die Zensur alle Telegramme unterdrückt.

Mitau, 22. September. (B. Z. B.) Der Generalgouverneur von Kurland erlaube den Gutsbesitzern, auf eigene Rechnung bewaffnete offizielle Gutschutzwachleute anzustellen. Dieselben dürfen aber keine Ausländer zu sein.

Der Generalgouverneur scheint ein verkappter Revolutionär zu sein, daß er den bereits angeworbenen deutschen Finkertons nicht erlauben will, ihr Blut für den russischen Absolutismus zu verspritzen. Einheimische Wächter werden den kurländischen Baronen nicht sehr zuverlässig erscheinen.

Helsingfors, 22. September. (B. Z. B.) Gestern Abend $9\frac{1}{2}$ Uhr fand in Wasa im Marienpark eine heftige Bombenexplosion statt, die in der Stadt und der Umgebung gehört wurde. In dem in der Nähe befindlichen Gouvernementsgebäude wurden 55 Fensterstücken zertrümmert. Die Bombe war ansehend mit Dynamit gefüllt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Der Täter ist unbekannt.

Explosion.

Wien, 22. September. (B. Z. B.) Heute mittag fand in der Zelluloidfabrik der Gebrüder Sattler im 18. Stadtbezirk aus unbekannter Ursache eine furchtbare Explosion statt, welche in wenigen Minuten das Fabrikgebäude in Flammen setzte. Bisher wurden zwei ganz verkohlte Leichen gefunden, außerdem sind drei Personen schwer und sechs leichter verletzt. Man befürchtet, daß noch andere Personen den Tod in den Flammen gefunden haben, was, da die Leichen mitverbrannt sind, erst nach Begräbnis des Schuttes konstatiert werden kann.

Die Cholera.

Stettin, 22. September. (B. Z. B.) Auf dem Bahn Nr. 74 des Schiffers Dittmann wurde heute, wie die „Stettiner Abendpost“ meldet, Dittmanns Kind, anscheinend an Cholera verstorben, tot vorgefunden. Das Kind wurde in die hiesige Isolierstation und die Angehörigen nach der Cholera-Ueberwachungsstation Liebenwerda bei Stettin gebracht.

Stettin, 22. September. (B. Z. B.) Wie die „Stettiner Abendpost“ aus Anklam meldet, hat der Schlosser Karl Grote, der mit dem Akerbürger Karl Passow wegen Grenzstreitigkeiten im Prozeß steht, bei einem heute mittag auf dem Grundstück der Parteien stattgefundenen Lokalkern vor den Augen der Richter und Rechtsanwälte die Schmeißer Frieda des Akerbürgers Passow mit einem Gewehr erschossen. Hierauf erschof der Mörder sich selbst.

Stettin, 22. September. (B. Z. B.) Der Dampfer „Orient“, von Leitz nach Danzig mit Stützgut bestimmt, ist heute mittag hier gestrandet. Vergangendampfer sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jena, den 21. September 1905.

Vierter Verhandlungstag.

(Schluß der Nachmittagsitzung.)

Ordnungs-Rotwales spricht zum Antrag 16. Der Antrag bedarf keiner Begründung; es versteht sich von selbst, ich bitte, ihn anzunehmen.

Der Antrag 16 wird ohne weitere Debatte angenommen. Die Anträge 17 und 18 beantragt Liebkecht-Berlin dem Parteivorstand zu überweisen. Wir haben doch auf der Tagesordnung des nächsten Parteitag vorausichtlich die Erziehungsfrage. Ich bitte Sie, meiner Bitte nachzukommen und dadurch Ihre Sympathie mit dem Antrag zu bekunden.

Frau Baumann-Altona:

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Diskussion über die Erziehungsfrage in der „Gleichheit“ lenken und Sie bitten, unser Frauenorgan nach Kräften zu unterstützen. Wenn wir die Frauen gewonnen haben und sie mit sozialistischem Geist durchdringen, so wird das von großem Vorteil für die heranwachsende Jugend sein. Wirken Sie überall dahin, daß die „Gleichheit“ neue Abonnenten gewinnt! (Beifall.)

Pfanusch:

Den Anregungen der Vorrednerin werden Sie wohl alle zustimmen. Wir können uns mit der Uebersetzung des Antrags 17 an den Parteivorstand einverstanden erklären, dagegen möchte ich mich gegen den Antrag 18 erklären. Die Frage der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist noch nicht spruchreif; wie können wir da schon eine Zeitung herausgeben? Warten wir, bis der nächste Parteitag in der Frage der Jugendberziehung Beschluß gefaßt hat!

Löbe-Dreslau:

Den besten Anfang mit einer Jugendpropaganda könnten wir machen, wenn die vorzügliche Zeitschrift der „Gleichheit“ von der gesamten Presse abgedruckt werden dürfte. Es würde sich wohl empfehlen, daß die Parteileitung zu diesem Zweck mit dem Verlage der „Gleichheit“ verhandelt.

Klara Jettin:

Es ist gewiß sehr erfreulich, daß Löbe den Wunsch geäußert hat, die schwachen Ansätze zu einer Vereinigung der Jugend in unserem Sinne, welche in der Kinderbeilage der „Gleichheit“ gemacht worden sind, auf die weitesten Kreise einwirken zu lassen. Trotz alledem auch ich im Namen des Verlanges erklären, daß die Erfüllung seines Wunsches unmöglich ist und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir dadurch der Verbreitung der „Gleichheit“ selbst entgegenwirken würden. Es gibt aber ein sehr einfaches Mittel, um dem Wunsche Löbes im weitesten Umfange Rechnung zu tragen, und das besteht darin, in recht reger Weise für die Verbreitung der „Gleichheit“ zu agitieren und dafür zu sorgen, daß sie möglichst in ebenso großem Umfange verbreitet wird, wie unsere Parteipresse insgesamt. (Große Heiterkeit.) Wenn wir davon auch noch weit entfernt sind, so ist es doch das Ziel.

Was die Anträge anlangt, so bin ich fest überzeugt, daß die Partei aus den verschiedensten Gründen um eine eingehende Erörterung der Jugend- und Erziehungsfrage nicht herumkommen wird. Dazu werden wir, wenn wir es nicht selbst tun wollten, durch die konzentrierte Energie gedrungen, mit welcher in den letzten Jahren unsere Gegner, insbesondere die Merkmalen, auf dem Gebiet der reaktionären Vereinigungen der Jugend gegen uns arbeiten, und wir würden gewissermaßen Selbstmord begehen, wollten wir nicht auch auf diesem Gebiete in volstem Maße unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir haben aber noch andere Gründe. Je mehr die Parteiarbeit wächst, je intensiver sie unsere erwachsenen Männer und Frauen ergreift, desto schwieriger wird dem mitten in dem Tageskampf stehenden Genossen die theoretische Weiterbildung, die Beherrschung der ganzen Fülle des Lektürematerials und der sich aus ihm ergebenden theoretischen Erkenntnisse.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß bereits in der Jugend die zwei Wurzeln der Kraft unserer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung genährt und gepflegt werden. Diese beiden Wurzeln heißen: theoretische Kenntnis und Schulung und persönlicher Idealismus, der vor keinem Opfer zurückweicht. Wollen wir, daß aus diesen Wurzeln Zweige, Blätter, Blüten und Früchte emporwachsen, so dürfen wir nicht warten, bis das Leben den erwachsenen Menschen zurechtgehämmert hat, nein, wir müssen ihn mit unserer Aufklärung durchdrängen, nicht in aufdringlicher Weise, indem wir in den Dreißigern den Sozialismus hineintrichten, sondern indem wir Charakter und Geist des Kindes mit unserer Anschauung erfüllen. Das ist eine außerordentlich schwierige Frage, und ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir zum Ausdruck bringen, daß es die Pflicht aller Genossen und Genossinnen und aller Mütter insbesondere ist, an der Lösung dieser Frage mitzuarbeiten und dieser hochwichtigen Materie ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich so vorzubereiten für die gründliche Erörterung der Frage. Wenn dann der Boden geistig aufgewühlt und reif geworden ist für diese Diskussion, dann wollen wir sie auf einem Parteitage in aller Gründlichkeit und Tiefgründigkeit behandeln und die praktischen Schlussfolgerungen ziehen. Ich möchte Sie ersuchen, in diesem Sinne die Anträge dem Vorstande als Material zur Berücksichtigung zu überweisen. Wie tief das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung über diese Frage empfunden wird, dafür ist ein lebendiges Zeugnis die Diskussion, die in der „Gleichheit“ über das Thema „Jugend und Sozialismus“ stattfindet, zu der schon zehn Veröffentlichungen erfolgt sind und noch mehr als zehn weitere vorliegen. Es hat mich besonders gefreut, daß ein ganzes Komitee gewerkschaftlich organisierter Textilarbeiterinnen in ihrer Eigenschaft als Mütter der künftigen Generation zu dieser Frage Stellung genommen hat. Wenn nicht besonders unerwartete Ereignisse eintreten sollten, so wird sich, glaube ich, schon der nächste Parteitag mit der gründlichen Erörterung dieser Materie befassen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Singer teilt mit, daß Löbe formell beantragt hat, der Parteivorstand möge den Verlag der „Gleichheit“ ersuchen, der Parteipresse den Abdruck der Zeitschrift der „Gleichheit“ zu gestatten.

Adolf Hoffmann-Berlin:

Ich halte den Antrag Löbe für unannehmbar, aber nicht aus dem von der Genossin Jettin angeführten Grunde. Der Abdruck einzelner Teile der Jugendbeilage würde der „Gleichheit“ nicht schaden, sondern sie im Gegenteil empfehlen. Aber die „Gleichheit“ würde, wenn sie allgemein den Abdruck dieser Artikel gestattete, ungeheurer ihren Mitarbeiterkreis beschränken. Bei solchen Fragen kommt doch auch der Lohnarbeiter, der Mensch in Betracht, der für sein tägliches Brot arbeiten muß. Wir können auch nicht verlangen, daß alle Arbeiter neben der politischen und gewerkschaftlichen Zeitung nun auch noch die „Gleichheit“ halten; das würde vielen Arbeitern tatsächlich zu viel sein. Es gibt aber ein anderes Mittel: die „Gleichheit“ könnte mit ihrer Jugendbeilage zur Zeitschrift unserer gesamten Parteipresse gemacht werden. Ich möchte dem Parteivorstande empfehlen, das für den nächsten Parteitag zu erwägen. Wir haben ja leider noch immer Blätter, die bürgerliche Unterhaltungsbeilagen haben. Das ist ein Unfug, der aufhören muß. Die Kosten der Durchführung meines Vorschlags würden sehr gering sein.

Löbe-Dreslau:

Ich habe den Antrag gestellt, weil es in der Tat die finanziellen Kräfte vieler Arbeiter übersteigt, neben den anderen Blättern auch noch eine besondere Jugendzeitschrift zu halten. Den Einwand Hoffmanns halte ich nicht für maßgebend, nötigenfalls könnten die Honorare der Mitarbeiter entsprechend erhöht werden. Der von der Genossin Jettin geltend gemachte Gesichtspunkt der Konkurrenz kann nicht entscheidend sein. Ich hoffe, daß Verhandlungen mit dem Verlage von Erfolg begleitet sein werden.

Frau Pfum-Effen:

Unbedingt muß für die Jugend mehr getan werden als bisher. Das zeigt schon ein Blick auf die literale Arbeit an der Jugend, wie sie namentlich im Westen betrieben wird. Schon fangen die Behörden an, Angst vor der Jugend zu haben. Als wir z. B. in der Nähe von Essen ein Konzert abhalten wollten, verlangten sie, daß die Kinder nicht daran teilnehmen dürften. (Hört! hört!) Auf der Jugend beruht unsere Zukunft; deshalb müssen wir möglichst früh anfangen, auf sie einzuwirken, damit sie nicht in der nämlichen Verblöschung aufwächst wie wir. Wenn sie dann das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht hat, wird es uns leichter fallen, sie für uns zu gewinnen. (Beifall.)

Klara Jettin:

Gegenüber dem Genossen Hoffmann erkläre ich ausdrücklich, daß die „Gleichheit“ auch für ihre Zeitschrift wie für ihren übrigen Inhalt nur Parteigenossen als Mitarbeiter hat. Bürgerliche Kreise versichern uns zwar gelegentlich, daß sie uns sehr wohlmeinend gegenüberstehen und auf dem Gebiete allgemeiner Kulturarbeit sehr gern bereit sind, im Interesse der Arbeiterklasse tätig zu sein; ich habe aber aus diesen Kreisen bis jetzt auch nicht eine Zeile erhalten. (Hört! hört!) Ich muß wirklich sagen, eine so eingetragene alte Marxistin ist ein, es ist das gewissermaßen eine Desillusion, eine Enttäuschung für mich gewesen. Ich hatte erwartet, daß jene Kreise den guten Willen haben würden, daß sie für die Hebung der Arbeiterklasse auf einem Boden, wo für die Idee des kulturellen Fortschritts außerhalb des eigentlichen Klassenkampfes gekämpft wird, tüchtige Mitarbeiter sein würden. Das ist nicht der Fall und ich bin überzeugt, daß alle diese Leute, die uns versichern, Interesse für unsere kulturelle Arbeit zu haben, die aber nicht den Mut haben, in der großen Öffentlichkeit die Schlachten der Arbeiterklasse schlagen zu helfen, daß sie auch nicht die nötige Freudigkeit besitzen, um dieselben im Verborgenen und ungenannt mit uns zu arbeiten. Im übrigen muß ich erklären, daß der ganze Mitarbeiterstab der „Gleichheit“ mit der größten Uneigennützigkeit arbeitet; es gibt vielleicht kein Partei-Organ, dessen Mitarbeiter sich mit so geringem Honorar begnügen, wie es bei der „Gleichheit“ der Fall ist; sie betrachten ihre Mitarbeit nicht vom Standpunkte des Erwerbs, sondern von dem des Rufens für unsere allgemeine Bewegung. Hoffmann hat mich mißverstanden, wenn er meint, ich hätte etwas dagegen einzumenden, daß Artikel der „Gleichheit“ abgedruckt werden. Ganz im Gegenteil begreife ich das, weil wir wissen, daß das der Verbreitung des Blattes nur dienen kann. Sogar wir uns wenden, ist, daß die Zeitschriften der „Gleichheit“, die ihrem Wesen nach ein Unbegreifliches sein sollen zur Einführung des Blattes in die Kreise, die noch nicht sozialistisch geklärt sind, von der „Gleichheit“ losgelöst werden. Vergessen Sie nicht, welche vielseitigen Aufgaben der „Gleichheit“ gestellt sind. Sie soll zu gleicher Zeit ein Mittel der Agitation unter den noch rückständigen Frauen und ein geistiges Bindemittel unserer Genossinnen sein. Soll sie diesen Aufgaben genügen können, so muß dahin gewirkt werden, daß nicht nur die Zeitschriften der „Gleichheit“, sondern die ganze „Gleichheit“ in möglichst weite Kreise der Frauen hineingetragen wird. Wenn Sie in dieser Beziehung Ihre Schuldigkeit tun, dann werden Sie nützlich für die sozialistische Erziehung unserer Jugend wirken, denn Sie werden dann dafür sorgen, daß unsere sozialistisch gekulten Mütter ihre Kinder zu Menschen erziehen, die ganz genau wissen, wo ihre Freunde stehen, Sie werden sie dann zu Soldaten erziehen, die nicht Soldaten der Reaktion, sondern der Freiheit und des Kulturfortschritts sind. (Lebhafter Beifall.)

Kell-Karlsmühle:

Ich spreche nur, um meine vollste Zustimmung zu den Worten der Frau Jettin auszusprechen. Das tue ich schon deshalb gern, weil Frau Jettin ziemlich wörtlich daselbst gesagt hat, wie das, weshalb mir heute morgen der Kopf gewachsen worden ist. Sie hat gesagt, wir müssen auf den nächsten Parteitag die Frage der Jugendberziehung setzen, weil uns das Zentrum dazu zwingt. (Widerpruch.) Jurist: Die Kirche, die Merkmalen! Derartige Behauptungen können eben mißverstanden werden, jedenfalls habe ich in den Monatsheften daselbst sagen wollen, was Frau Jettin eben gesagt hat. Man wolle aber nicht mit zweierlei Maß messen, den einen herunterreißen und dem anderen zuzubehalten.

Frau Jäger-Nizdorf:

Auch wir wünschen, daß mehr für die Jugend geschieht; auch sollte die „Gleichheit“ verständlicher geschrieben sein. In meinem Orte wird die „Gleichheit“ sehr viel abbestellt, die Frauen sagen, sie sei zu unverständlich, und die Genossen meinen, es stehe meist daselbst drin wie im „Vorwärts“. (Frau Jettin: Ist ja nicht richtig!) Es sollten die Genossen des Kreises Kellow-Beestow mehr dahin wirken, daß ihre Frauen die „Gleichheit“ lesen.

Singer: Zur Klärung der Verhandlungen möchte ich bemerken, daß wir nicht über den Inhalt der „Gleichheit“ verhandeln, sondern über Jugendorganisation. (Weiterkeit.)

Frau Wagner-Chemnitz:

Als wir in der „Gleichheit“ lasen, daß das Thema: „Jugendberziehung“ behandelt werden solle, waren wir sehr erfreut. Aber daß wir der Jugend durch die Literatur eine andere Auffassung beibringen, halte ich noch für verfrüht. Zu allererst muß die Mutter geklärt werden. In der Schule wird den Kindern möglichst viel Religion eingeblasen und so uns entgegen gearbeitet. Schule und Haus geraten so in Gegensatz.

Adolf Hoffmann-Berlin:

Frau Jettin meint, ich hätte sie mißverstanden. Die Redaktion der „Gleichheit“ habe nichts dagegen, daß einzelne Artikel nachgedruckt werden. Darauf kommt es aber nicht an. Löbe wollte, daß der gesamte Inhalt der Kinderartikel den Parteiblättern zum Nachdruck freigegeben werde. Beim Nachdruck einzelner Artikel verschwinden sie und werden von der Jugend nicht gelesen, in Form einer Beilage aber könnten sie zusammengefaßt den Kindern in die Hand gegeben werden. Dadurch, daß das Kind sie den Geschwistern vorliest, propagiert auch die Mutter, die indirekt durch das Kind erzoogen wird.

Schulz-Dremen:

Aus der überflüssig ausgebreiteten Diskussion habe ich mir das eine entnommen, daß es unbedingt notwendig ist, die Frage der Jugendberziehung auf dem nächsten Parteitag zu debattieren. Bevor aber die literarische und agitatorische Seite der Aufgabe beschlossen werden kann, muß der Parteitag prinzipiell zur Frage der Jugendberziehung Stellung nehmen. Das beste ist, alle Anträge dem Parteivorstand als Material zu überweisen. Wir können die Anträge nicht annehmen, weil wir noch gar nicht wissen, ob die Vorschläge, die sie enthalten, brauchbar sind. Die Anträge 17 und 18 werden dem Vorstand als Material überwiesen, der Antrag Löbe abgelehnt. Es folgt Antrag 10.

Höffe-Nizdorf:

begründet ihn: Ein ähnlicher Antrag ist in Bremen abgelehnt worden, weil die Agitation unter den jungen Leuten leicht Verwirrung stiften kann. Es muß aber auch auf diesem Gebiete etwas

geschehen. Kanonen und Gewehre sind die Stützen der herrschenden Klasse. Angefächelt der Militärkriechhandlungen müssen wir alle jungen Leute über ihre Pflichten und Rechte aufklären und sie ermutigen nicht so feige zu sein, sondern von ihrem Beschwerderecht Gebrauch zu machen. Die jungen Leute sind aber nicht leicht in Versammlungen zu bekommen. Am besten wirken noch Flugblätter. Dabei könnte uns die Gewerkschaftsbewegung ein gut Teil der Arbeit abnehmen. Besonders sollten die Rekruten-Abschiedsfeste benützt werden. Die wirksamste Agitation ist die Aufklärungsarbeit in der Familie, aber da fehlt es noch an dem notwendigen Material. Das muß geschaffen werden. Wenn die jungen Leute erst ein paar Wochen in der Kaserne sind, dann sind sie abgeschlossen von der Welt und einer strengen Erziehung unterworfen, so daß sie auf Befehl auf Vater und Mutter kriechen. Haben die Leute ausgehient, so müssen sie wohl noch nicht genug geschult sein, denn sie schließen sich den Kriegervereinen an. (Sehr richtig.) Wer die Agitation auf dem platten Lande betreibt, der weiß, welche Rolle diese Vereine dort noch spielen. Die Kommissbrot-Verdauungsmaschinen haben, wenn sie los kommen, noch so viel Kommissbrot in den Knochen, daß sie in die Kriegervereine eintreten. (Weiterkeit.)

Liebkecht-Berlin:

Mir scheint es, als ob die politische Situation sich seit Bremen außerordentlich verändert hat und damit auch die Stellung der Partei zu diesem Antrage. In diesem Antrage, der jetzt wahrscheinlich angenommen werden wird, gelangen wir nur zu der Ausführung des internationalen Kongresseschlusses von 1900 (Paris), der die antimilitaristische Propaganda unter der Jugend zur Pflicht macht. Die antimilitaristische Propaganda ist eine Frage, die immer mehr das internationale Proletariat beschäftigt. (Sehr richtig.) So muß es auch sein. Natürlich ist der Militarismus nicht vom Kapitalismus losgelöst. Aber so wie die Macht des Staates sich in gewissem Sinne selbstständig auch gegenüber dem Kapital, so berechtigt sich auch der Militarismus und wird zur Spitze des Kapitalismus. Was sollen wir dagegen tun? Der Sozialismus bekämpft den Militarismus einmal, insofern er Anhänger des Friedens ist, und andererseits weil der Militarismus die Sozialdemokratie als inneren Feind betrachtet. Nun ist in Bremen allerdings ein schwächlicher Antrag, der nicht ohne Nebenwirkungen, unter einem gewissen Vorbehalt abgelehnt worden. Aber die Verhältnisse haben sich geändert und die Stunde ist gekommen, wo es uns zur besonderen Pflicht wird, gegen den Militarismus manhaft einzutreten. Die erste Seite des Militarismus wird bereits behandelt in der vom Parteitag beschlossenen Resolution zur Wahrung des internationalen Friedens. Die neuerlichen internationalen Verwicklungen sind im wesentlichen zurückzuführen auf die Vorgänge in Ostasien, wobei ich den Marokkohanbel nicht erst zu berühren brauche. Andererseits ist der nächste Punkt der Tagesordnung, der Generalstreik, ein lebendiges Beispiel dafür, daß auch im Innern Gefahren und Konflikte zwischen der organisierten Staatsgewalt und dem Proletariat drohen. Schon deshalb müssen wir dem Militarismus zu Leibe gehen. Ich glaube, wir sind es anderen Freunden in Rußland, Frankreich und England schuldig, unter Jurisdiktion von allerhand opportunistischen Erwägungen die antimilitaristische Propaganda energisch zu betreiben. Die antimilitaristische Agitation kann von der Partei ohne weiteres in ihrem Spezialstunde durchgeführt werden. Des weiteren ist es auch notwendig, daß die aufgehobene Mannschaft über ihre Rechte und Pflichten belehrt wird. Kein Mensch kann uns die Veranlassung von Veranlassungen hierzu verwehren. Es wird nur Sache des Faktors der einzelnen Redner sein, etwaige Gefahren zu vermeiden. Aber ich habe das Vertrauen zur Partei, daß sie sich die nötigen Schranken auferlegen wird. Wenn sich der Parteitag auf der Höhe der politischen Situation befindet, die die Weltlage und die innere politische Lage Deutschlands im Gegensatz zum Vorjahre heraufgeführt hat, wird er den Antrag annehmen und damit ausbilden, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen und die deutschen Verhältnisse irgendwie erlauben, den Militarismus, die größte, die brutale Gefahr, die sie bedroht, bekämpfen will und nicht eher ruhen wird, bis es ihr gelungen ist, diesen rocher de bronze zu untergraben, diese feste Feste in der Burzel zu zerstören und damit einer friedlichen, kulturellen proletarisch-sozialistischen Entwicklung die Wege zu ebnen. (Bravo.)

Rebel-Berlin:

Wenn jemals einem Antrag von einem Beisitzer ein schlechter Dienst erwiesen worden ist, so ist es eben von dem Genossen Liebkecht geschehen. (Lebhafter Zustimmung.) Ich gestehe ihm ganz offen, wenn er zu dem Antrage nicht geredet hätte, so wäre ich und meine näheren Freunde vom Parteivorstande geneigt gewesen, den Antrag 10 mit Haut und Haaren zu verwerfen. Nachdem aber Liebkecht eine große prinzipielle, weltpolitische Rede gehalten und klar gesagt hat, was man aus dem Wortlaut gar nicht erkennen kann (Zustimmung), habe ich mir den Antrag genauer angesehen und bin jetzt anderer Meinung geworden. Der erste Teil des Antrages kann allerdings in dem Sinne, wie Liebkecht ihn begründet hat, ausgelegt werden, aber der zweite Teil steht hierzu in unabweisbarem Widerspruch. (Zustimmung.) Da ich nun den zweiten Absatz, der eine rein sachliche Aufklärung der jungen Leute, die ins Militär eintreten, wünscht, für recht beachtenswert und nützlich halte, so stimme ich diesem Teil zu und bitte, ihn anzunehmen. Um so dringender muß ich Sie dann aber ersuchen, den ersten Teil des Antrages nach der Begründung, die ihm Liebkecht soeben gegeben hat und durch die er einen ganz anderen und viel gefährlicheren Charakter erhalten hat, abzulehnen. Um es gerade herauszusagen, Genosse Liebkecht hat dem Antrage eine so gefährliche Auslegung gegeben, daß ich mich gestraut habe, ob er sich denn nicht bemüht ist, daß er als Jurist vielleicht in der Lage ist, wenn er ein solches Thema behandelt, den Schlingen des § 113 zu entgehen, daß aber die meisten Genossen nicht imstande sein werden, sich so genau auszudrücken, daß ihnen das möglich ist. Darum halte ich es im Interesse unserer Partei für dringend geboten, eine derartige Gefahr durch Streichung des ersten Teiles des Antrages zu beseitigen. Außerdem erkläre ich rund heraus auf die Gefahr hin, daß man so absurd sein sollte, mich deshalb auf meine alten Tage der Feigheit zu bezichtigen, daß ich nicht die Verantwortung übernehmen kann, für einen Antrag zu stimmen, dessen Konsequenz ganz sicher bei der nächsten Reform des Strafgesetzbuches die Schaffung einer neuen Bestimmung gegen solche Versuche sein würde. (Sehr richtig.)

Ich bitte Sie also dringend, den ersten Satz abzulehnen und den Antrag dann so zu fassen: Der Parteitag beschließt, der Parteivorstand möge dahin wirken, daß in jedem Jahre vor der Abreise zum Militär usw. Das können wir akzeptieren, das ist eine durchaus nützliche Sache, die keine Gefahren in sich birgt und die vielleicht schon längst hätte durchgeführt werden können. Wenn der Antrag in dieser Form schon in Bremen vorgelegen hätte, wäre er schon damals angenommen worden. Diesmal hat man versucht, mit dem gefährlicheren den gefährlicheren Teil des Antrages durchzuschmuggeln. Ich glaube, ich habe genug gesagt; lehnen Sie bitte den ersten Teil ab. (Beifall.)

Der erste Teil des Antrages wird zurückgezogen, der zweite angenommen.

Darauf verlegt sich der Parteitag.

Vorsitzender Singer verliest einige Beglückwünschungschriften, darunter ein Antworttelegramm des Genossen Löwenstein-Nürnberg auf ein Telegramm Simons. Singer sagt hinzu: Ich bin überzeugt, Sie alle stimmen mir zu, wenn ich dem Genossen Löwenstein unseren Dank und unsere besten Wünsche für seine baldige Genesung zum Ausdruck bringe. Ich möchte wünschen, daß jeder Parteigenosse mit solcher Liebe und Hingebung für die Partei tätig sein möge, wie der jetzt 80jährige Genosse Löwenstein seit über 50 Jahren (Beifall.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Eine Anzahl Begrüßungs- schreiben sind eingelaufen. Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung:

Der politische Waffenstreik und die Sozialdemokratie.

Hierzu liegen vor die Resolution des Referenten (151), 116*) 118 (zweiter Satz), 119, 123, 127.3. Sämtliche Anträge finden mit Ausnahme von 119 die nötige Unterstützung. Referent ist

Bebel:

Parteienossen! Es dürfte wohl unter uns einstimmig die Meinung obwalten, daß die vorliegende Frage nicht nur eine der wichtigsten auf diesem Parteitag, sondern eine der wichtigsten für die Partei überhaupt ist. Die Frage ist in Versammlungen, in der Presse, in der wissenschaftlichen und in der Broschürenliteratur behandelt worden. Zweifellos hat ein großer Teil der Parteienossen bereits für oder gegen die Frage Stellung genommen. Gleichwohl ist es dringend notwendig, nicht nur von allen Seiten die Frage an sich zu untersuchen, sondern in ganz besonderem Maße zu prüfen — und das ist bisher ziemlich unzulänglich geschehen —, wie es gekommen ist, daß wir überhaupt gezwungen sind, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Was ist geschehen, was uns dazu nötigt, Stellung zu nehmen? Welcher Art ist die politische Lage, speziell gegenüber der Arbeiter- klasse und der Sozialdemokratie? Und erst nachdem wir uns in dieser Beziehung nach allen Richtungen Klarheit verschafft haben, werden wir weiter zu untersuchen haben, was wir einer solchen Situation gegenüber gegebenen Falls zu tun haben, ob unsere bisherigen Kampfsmittel ausreichend sind oder ob wir uns nach neuen Mitteln umsehen müssen, und welcher Art diese Mittel sind. Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben zweifellos eine gewisse Wandlung in unseren politischen Verhältnissen herbeigeführt. Der große Stimmenerfolg unserer Partei bei diesen Wahlen hat selbstverständlich bei unseren Genossen großen Jubel, bei unseren Gegnern die entgegengesetzten Gefühle hervorgerufen. Schon diese eine Tatsache wirft ein grelles Licht auf gewisse Bestrebungen, die in der letzten Zeit innerhalb unserer Partei aufgetaucht sind. Wir haben Euch zu bedeutenden Malen gesagt: Seid Ihr im Zweifel, ob Euer Handlung richtig oder falsch sind, dann seht auf Euer Feinde, und wenn die das, was Ihr tut, bedauern, fürchten, verurteilen, so seid Ihr auf dem richtigen Wege. Danach hätten in erster Linie die Handeln sollen, die innerhalb der Partei allerlei Treibereien ins Leben riefen, wozu sie, wie ich später nachweisen werde, auch nicht die geringste Berechtigung haben. Dafür, wie unsere Feinde den Ausgang der Wahl beurteilten, ist vielleicht am charakteristischsten in einer Äußerung zutage getreten, die einer der Führer des Zentrums, der Abgeordnete Trimborn, in einer großen Kölner Versammlung getan hat. Da sagte Trimborn: Bedenken Sie, drei Millionen Stimmen hat die Sozialdemokratie; wach ungeheure Zahl! Wo soll das hinaus, wenn es so weiter geht? Die Gegner haben seitdem gezeigt, daß derselbe Schreck, der nach dem Ausgang jener Wahl dem Abg. Trimborn in die Glieder gefahren ist, auch ihnen bis heute schwer in den Gliedern, speziell im Magen liegt. In unseren eigenen Reihen hat dieser Erfolg selbstverständlich auch seine Wirkung geübt. Nicht nur, daß man allgemein Freude empfand, sondern es ist sehr charakteristisch, aber auch natürlich — man möchte sich wundern, wenn es anders gewesen wäre, — daß bei den verschiedensten Richtungen in der Partei, deren Existenz ich gar nicht wegzuleugnen Ursache habe, um so weniger, da verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie seit dem ersten Tage bestanden, wo sie anfang Bedeutung zu erlangen —, ich sage also, es ist natürlich, daß innerhalb dieser Strömungen die Frage auftaucht, was wird nun die Sozialdemokratie tun? In der „Neuen Zeit“ war Knutsky — und das gleiche geschah seitdem in anderen Blättern, es geschah in Versammlungen, es geschah in der Rede von Vollmar — die Frage auf, werden wir nunmehr bei diesen gewaltigen Stimmenerfolgen nicht eine andere Taktik einschlagen müssen? Sie wissen, daß die Fragen auch den Dresdener Parteitag beschäftigt haben. Es ist dabei zu sehr heftigen Erörterungen gekommen und noch heute gibt es nicht kleine Kreise der Partei, die meinen, daß diese Erörterungen der Partei in hohem Grade nach außen geschadet hätten, vielleicht auch nach innen. Es wird mir eben zugeworfen: Sehr richtig! Ja, wir haben selbst in den Spalten unseres Zentralorgans wiederholt bis in die letzten Monate hinein derartige bedauerliche Äußerungen laut werden sehen — ich will hier nicht polemisieren, ich konstatiere nur — und nun gar in der gegnerischen Presse hört ja das Gezeter und Geschrei über den Dresdener Parteitag gar nicht auf, als wenn die Herren bedauerten, daß es so gekommen ist, während sie doch in Wahrheit sich freuen. (Sehr richtig!) Nun, was hat der Dresdener Parteitag denn getan? Es waren in diesen Erörterungen über das, was kommen sollte, eine ganze Reihe Differenzpunkte aufgetreten, und der Parteitag hat gegenüber diesen Fragen klare Stellung genommen und hat mit einer enormen Mehrheit die Taktik der Partei auf neue festgelegt mit einer Klarheit, die bei Freund und Feind keinen Zweifel über die Stellung der Partei ließ, das ist die große historische Tat des Dresdener Parteitages trotz allerlei Schlägen, die ihm anhafteten, das ist seine historische Bedeutung. Sein Geschäftsführer der Partei wird umhin können, gerade diese Verhandlungen des Parteitages in vollstem Maße zu würdigen.

*) 116. Parteienossen in Düsseldorf: „Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die sich in bedenklicher Weise mehrenden Attentate auf die an und für sich durchaus unzulänglichen Rechte des werktätigen Volkes. Angesichts dieser Enttötung weist der Parteitag die Erörterung des politischen Waffenstreiks unter den Genossen nicht von der Hand. Er erklärt es für die selbstverständliche Pflicht des Proletariats, im entscheidenden Augenblick alles an alles zu setzen.“

118. Die Parteienossen Stuttgarts erklären, daß sie den anarchistischen Generalstreik entschieden ablehnen; hingegen halten sie die Diskussion des politischen Waffenstreiks, der nicht beufen ist, die gewerkschaftliche, politische Organisationsarbeit zu ersetzen, sondern deren eifrigste Betätigung zur Voraussetzung hat, für durchaus geboten.“

119. Die am 20. August tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins der Wahlkreise Merseburg-Duerfurt erachtet die Frage des politischen Waffenstreiks als ein hochwichtiges parteitaktisches Problem, und begründet deshalb die Verhandlung dieses Punktes auf dem Parteitag in Jena mit besonderer Freude.

123. „Durch die sich immer mehr und mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit — insbesondere durch die brutale Wahlentziehung auf die arbeitende Klasse in den einzelnen Bundesstaaten, wird das Proletariat seines Einflusses in den maßgebenden Körperschaften entbunden und durch die verfehlte Reichspolitik der Regierung und der herrschenden Klassen in eine bittere Notlage gedrängt. Diese PreSSIONen müssen auf die Dauer zu einer unabweidlichen Katastrophe führen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß sich das Proletariat über die Form und Waffe des politischen Waffenstreiks klar wird. Daher empfiehlt der vierte Berliner Reichstags-Wahlkreis, der Parteitag in Jena möge beschließen: den politischen Waffenstreik in allen Wahlvereins- und Parteiversammlungen zu diskutieren — um ihn im gegebenen Falle als Abwehr- oder Angriffswaffe desto erfolgreicher in Anwendung bringen zu können.“

137. Parteienossen Eiberfelds: „Der Parteitag erkennt an, daß der politische Waffenstreik in Ländern mit derart hochentwickelter Industrie, wo die Produktion vornehmlich in der Großindustrie beruht, in gemeinschaftlicher Aktion der Partei und Gewerkschaften unter bestimmten Verhältnissen als Angriff- oder Abwehrkampfsmittel mit Erfolg angewendet werden kann.“

Mit einem Schläge war allen den vielerlei Zweifeln innerhalb und außerhalb der Partei der Boden abgeschnitten. Ich erinnere daran, mit welchen Worten der Kritik die Abstimmung derjenigen unserer Freunde aufgenommen wurde, die für die Dresdener Resolution stimmten, obwohl man in bürgerlichen Kreisen geglaubt hatte, daß sie dagegen stimmen würden. Es hat sich gezeigt, daß jene Kreise sich gründlich verrechnet hatten, wenn sie glaubten, daß die Parteigenossen daran denken könnten, aus solchen Meinungsdivergenzen eine Kardinalfrage zu machen und es auf eine Spaltung der Partei ankommen zu lassen. Nach dieser Richtung ist Klarheit geschaffen worden. Man hat in der Tat in bürgerlichen Kreisen, die sich in auffälliger Weise an einige unserer Freunde mit Nachsicht herangedrängt haben, seinem Unmut über ihr Verhalten sehr lebhaft zum Ausdruck gebracht. Auch Fürst Bälou hat von diesem Augenblick an seine Taktik geändert. Er legt es jetzt gewissermaßen auf das Torreden der Sozialdemokratie an. (Heiterkeit.) Es scheint mir, als ob Fürst Bälou mit gewissen liberalisierenden Neigungen, die auf seinen langen Aufenthalt im Auslande zurückzuführen sind, sein Amt angetreten habe. Er scheint des Glaubens gewesen zu sein, mit der Sozialdemokratie läßt sich etwas machen, behandelt sie mit Sammelstücken, dann kehrt er vielleicht einen Teil hinterzuziehen, und dann ist die Partei gebrochen. Dieses Fazit habe ich aus der merkwürdig veränderten Taktik Bälous und gegenüber gezogen. Als seine Hoffnungen, seine Wünsche durch den Dresdener Parteitag durchkreuzt waren, macht er seinem Unmut seitdem Luft. (Sehr richtig!)

Auch bei unseren Modalitäten tauchte in Dresden auf einmal der Vorschlag auf Kommissionen einzusetzen, die dem Reichstage Arbeitergesetze präsentieren sollten, in der Hoffnung, daß dieser sie sofort apporieren würde. In Dresden schon habe ich vor solchen Hoffnungen gewarnt, und was seitdem im Reichstag geschehen, hat mir recht gegeben! Was hat sich in der Stellung der Partei zu allen bürgerlichen Parteien seit 1903 verändert? Unsere Stimmen wuchsen von 210000 auf rund 3 Millionen; unsere Mandate von 51 auf 80 bzw. 81, eine sehr erhebliche Steigerung. Aber unsere Stimmen stellen doch nur 1/3 der überhaupt abgegebenen Stimmen; unsere Mandate nur 1/3 aller Mandate dar. Wir sind noch weit von der Mehrheit entfernt. Die Stimmverhältnisse im Reichstag sind die alten geblieben. Nach wie vor ist das Zentrum die ausschlaggebende Partei, noch immer hat es die Möglichkeit, zwei Mehrheiten zu bilden, mit der Rechten eine agrarisch-reaktionäre, mit der Linken und uns eine liberale. Ran ist gestern von Bernstein gesagt worden über die steigende Ohnmacht des Reichstags. Das ist grundfalsch, das Gegenteil ist wahr. Ich habe die ganzen Dinge sich entwickeln sehen und da erkläre ich, daß die Macht des Reichstags in seiner Gesamtheit, wenn er einmal seine Stimme erhebt, heute viel mehr Bedeutung, viel mehr Entscheidung hat wie jemals in einer früheren Periode. Wenn man unter der Herrschaft des Fürsten Bismarck von einer vollständigen Ohnmacht des Reichstags gesprochen hat, dann hatte man recht. In selbst noch unter dem Regiment des Grafen Caprivi und auch noch unter Fürst Hohenlohe könnte man das mit Recht sagen, aber seitdem hat der Reichstag sich allmählich der Regierung gegenüber eine Position erobert, er hat in einer ganzen Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richtet sich die Regierung. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen, die das Regiment haben, nicht unsere Freunde, sondern unsere Gegner sind. Ich erinnere nur an die Fragen der Steuerpolitik, der Marinepolitik, der Flottenpolitik — was der Reichstag vom bürgerlichen Standpunkt, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus betrachtet notwendig haben muß, das bekommt er, er vertritt hier seine eigenen Klasseninteressen. Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausüben, der urteilt vollkommen falsch, denn eine Partei kann, solange sie nicht in der Regierung sitzt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann setzt Euer Programm in die Tische, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich sage Euch, die besten unter uns werden dann Geheimere Oberregierungsräte (Große Heiterkeit), wenn nicht noch mehr werden. (Heiterkeit.) O, Paris ist eine Messe wert und das Ziel die Sozialdemokratie zu gewinnen ist ein paar Ministerposten und Geheimere Oberregierungsräte wert. (Heiterkeit und Beifall.) Darüber täuschen Sie sich nicht. Ich habe das so drastisch ausgesprochen, um einmal mit den falschen Auffassungen all dieser Dinge auszuräumen, werde aber näher zeigen, daß wir, daß ich die Lage durchaus nicht rosig ansehe. Weiter ist seit dem Dresdener Parteitage die Hoffnung auf eine große liberale Partei zerstört, die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis etwa zu den Nationalliberalen gereicht hätte. Fragen Sie doch einmal die Raumann, Gerlach, Barth, wie sie eigentlich in ihres innersten Herzens Schrein über das deutsche Bürgertum und den deutschen Liberalismus denken. Wenn sie aufrichtig sein wollen, so müssen sie sagen: Hoffnungslos bis zur Verwerfung! (Lebhafte Zustimmung.) Die liberale Partei, ob groß oder klein, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde. Die Klassengegensätze haben sich seit 1903 in einer Weise verschärft — verschärft, betone ich, nicht gemildert (Lebhafte Zustimmung) — daß der Kapitalismus und sein politischer Repräsentant, der Liberalismus, allezeit, wenn er vor der Frage steht, ob er, wenn auch in ganz unwichtigen Dingen mit oder gegen die Sozialdemokratie gehen soll, immer gegen sie geht, aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Charakteristisch hierfür ist die Äußerung eines sächsischen Industriellen aus dem letzten Wahlkampf. Der erklärte in einer Verammlung: „Ich bin nationalliberal, aber ich stimme konsequent.“ (Heiterkeit.) Wie ist das möglich. Der Mann sagte sich: Wenn ich liberal stimme, kann es passieren, daß die Sozialdemokratie ausschlaggebend wird oder gar einen Sitz erobert, und das wäre eine so ungeheuerliche Tatsache, daß ich lieber für den Konservativen stimmen will. — So stehen die Dinge. Sodann ist es Tatsache, daß sofort zu Beginn der ersten Session des neuen Reichstages ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Arbeiter draußen begann; eine ungeheure Fülle sozialreformeller Anträge wurden auf einmal eingebracht, so viel, wie früher kaum in mehreren Legislaturperioden zusammen. In erster Linie beteiligte sich das Zentrum an diesem Wettrennen, weil es einfach, daß es alles tun müsse, um die in steigendem Maße abfallenden Arbeiter an seiner Fahne zu halten. Deshalb stellte es diese Anträge, die einem großen Teile seiner Parteimitglieder in innerster Seele zuwider sind. Wenn nicht taktische Gründe für diese Anträge sprächen, dann würde im Zentrum eine Mehrheit gegen die Anträge vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Anträge wird die Anziehungskraft der Städte für die Landarbeiter ja noch erhöht, und das Zentrum läuft Gefahr, daß es immer mehr seine rückständigen Landarbeiter verliert. Ich richte hier noch ein Wort an die Anarchosozialisten. Man muß eben auf dem Standpunkt des von Ihrer Seite so sehr verlässerten historischen Materialismus stehen, um diese Entwicklung beurteilen zu können. Dieser Standpunkt lehrt und erst begreifen, was sonst sicher unbegreiflich wäre. Das Zentrum ist gezwungen gewesen, einer ganzen Reihe anderer Fragen nachzugeben. Auf dem Straßburger Katholikentag hat ein Redner eine so radikale Rede gehalten, daß sie mit Ausnahme weniger Sätze von jedem von uns hätte gehalten werden können. Noch mehr, das Zentrum ist seit jeder ein Feind der Wissenschaft, in der deutschen Intelligenz sind die Katholiken in geradezu skandalös schwacher Weise vertreten. Das Zentrum empfindet auch längst, daß hier Reformen an Haupt- und Quader in seinen Reihen notwendig sind, um die moderne Wissenschaft nicht zu bekämpfen — das tut das Zentrum nicht, denn es weiß, daß ein Sieg ausfichtlos ist — sondern sich mit ihr zu verständigen zu versuchen. Und da tritt ein anderer Redner auf dem Katholikentag auf und sagt: benachrichtigt Euch der Wissenschaft, erobert sie, macht Euch ihre Früchte zu Diensten. Selbst Daedel hätte keinen schöneren Vortrag nach diese Richtung halten können. Also auch nach dieser Richtung

KonzeSSIONen. Und wenn nun gestern Kolb in unbegreiflicher Verleumdung der wirklichen Verhältnisse ausfuhrte, es sei zugestanden worden, daß wir mit unseren Anträgen zur Gewinnung der Jugend dem Zentrum folgten, so hat er übersehen, daß das Zentrum kraft seiner Stellung zur katholischen Kirche seit Jahrhunderten durch die Schule, durch die Kirche, durch die Stellung der katholischen Geistlichen zur katholischen Familie die Jugendziehung in der Hand hat. (Sehr richtig!) Diese privilegierte Stellung hat es ihm ermöglicht, sich eine so bedeutende Macht im Staate zu erobern. Diese Stellung ist es auch, die das Zentrum unseren evangelischen Kreisen so sympathisch macht, sie erblicken in ihm eben die Macht, die, wenn selbst die Bajanette versagen, noch den herrschenden Klassen hilft. Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir genötigt, auch die Jugend für unsere menschenheitsbefreienden Ideale zu gewinnen.

Nun aber ist andererseits gar kein Zweifel, daß namentlich seit den Kollkämpfen im Reichstag sich auch dort die Gegensätze bedenklich verschärft haben. Die Kollegen, die bereits in früheren Sessionen im Parlament waren, werden wissen, daß — wie das bei dem fortwährenden Zusammenarbeiten ja natürlich ist — sich allmählich ein — ich will nicht gerade sagen freundschaftliches, aber doch eine Art Verhältnis zwischen den verschiedenen Parteien herausgebildet hatte, daß die Gegensätze bis zu einem gewissen Grade verschwanden, das hat sich mit den großen Kämpfen um den Zolltarif vollständig verändert. Der Präsident des Reichstags stand bis zum Herbst 1902 mit einer Unparteilichkeit, die über jeden Zweifel erhaben war, uns gegenüber. Da ist mit einem Schläge diese ganze Unparteilichkeit und Liebdenwürdigkeit nicht nur in die Veräße gegangen, sondern da hat man auch, um den Klaus so rasch wie möglich in Sicherheit zu bringen, unter Leitung desselben Präsidenten, der bis dahin das Muster der Unparteilichkeit war, zum Verfassungsbruch und zum Bruch der Geschäftsjagd gegriffen. (Sehr wahr!) Seitdem hat der steigende Gegensatz sich in sehr akuter Weise auch im Reichstage herausgearbeitet. Ich bedauere das durchaus nicht, sondern halte es im Gegenteil für sehr nützlich. (Sehr richtig!) Ist genug habe ich zu Liebhelt gesagt, das Parlament kann man mit einem Hofparlament vergleichen; wie da, so sind auch auf dem parlamentarischen Parkett viele ausgeglitten. Wenn man da kommt und sagt, es gibt doch ein ganz Teil sozialdemokratischer Abgeordneter, von denen man nicht unterscheiden kann, ob sie Sozialdemokraten sind, wenn nicht hinter ihrem Namen das Wort Sozialdemokrat stünde, die Reden halten, die man von denen der bürgerlichen Opposition nicht unterscheiden kann, Ihr scheint der Meinung zu sein, Ihr seid die Herren der Welt, Ihr seid eine Art höheren Wesens — wenn in diesem Stil mit uns geredet worden wäre, ich glaube, ich müßte mich sehr in mir selbst irren, wenn ich nicht erwidert hätte, es ist sehr schön, sehr notwendig, daß Ihr das mal sagt. Also, wenn Ihr da als die Wächter der Prinzipien, als die Wächter der alten revolutionären Taktik der Partei auftrittet gegen Eure Vertreter, wie Ihr es eigentlich immer tun solltet. (Sehr richtig!) dann habt Ihr der Partei einen guten Dienst geleistet. Es ist unbestreitbar, daß trotz allem scheinbaren Eifer für Arbeiterschutzgesetz, von den launmüßigen Sejidgerichten abgesehen, so gut wie nichts geschehen ist. Aber meine verdammte Gerechtigkeitssmelei veranlaßt mich, selbst für die Regierung — hören Sie gut zu, Genosse Friedeberg (Heiterkeit) — eine Lanze zu brechen. Sie müßte angesichts des Rufes sozialpolitischer Anträge, womit sie aus dem Reichstage heraus überschüttet wurde, abwarten, für welche Anträge sich der Reichstag entscheiden würde, bevor sie selber Stellung nehmen konnte. Die ganze politische Situation machte es unmöglich, diese Körbe sozialpolitischer Anträge auszuräumen. Das Zentrum sah nach kurzer Zeit ein, daß es unmöglich für den Reichstag sei, damit fertig zu werden, und verwandelte seine Anträge in Resolutionen. So sehr wir uns sträubten, waren wir gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, um zu verhindern, daß nur die Zentrumsvorstellungen zur Verhandlung gelangten, während unsere Anträge auf die lange Bank geschoben wurden. Die Resolutionen sind nun erledigt, und der Bundesrat hat die ganze Bescheidung vor sich: er muß nun sagen, was er davon denkt.

Deswegen bleibt es aber doch wahr, daß die Abneigung gegen die Sozialreform zugenommen hat und zwar deshalb, weil man sich sagt: was hilft es uns! Dringen wir vernünftige Gesetze ein, so stimmt die Sozialdemokratie zwar dafür, aber gewinnen werden wir sie nicht. Darauf aber kommt es ihnen selbstverständlich allein an. Seit 1903 aber hat sich nicht nur der Gegensatz zur Sozialreform verschärft, auch die ökonomischen Gegensätze haben sich verschärft. So ist es gekommen, daß die reaktionärste Vertretung in der Welt, das preussische Herrenhaus, das ein so gemäßigter liberaler Mann wie Herr v. Treitschke als eine überflüssige, unnütze, dem Gemeinwohl schädliche Institution verurteilt hat, jetzt zum Hort der Bourgeoisie und des Kapitalismus geworden ist. Das hat besonders die letzte Session gezeigt. Schon im vorigen Jahre hat das Herrenhaus eine Resolution gegen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage gefaßt. Dann kam eine Resolution gegen die Reichserbschaftsteuer, dann seine Stellung zur Vergesellschaftung, wo es das Abgeordnetenhaus an Arbeiterentschließung zu übertrumpfen suchte, und wo Fürst Bälou die größte Mühe hatte, es zum Rückgeben zu bewegen. Und schließlich seine Resolution, worin eine neue Justizhaushaltsveranschlagung verlangt wird und wofür Graf Vallestrom und die katholischen Herrenhausmitglieder stimmten. Das Herrenhaus hat seine Macht gezeigt, indem es den Fürsten Bälou zwang, ihm zur Verhütung einer Kenderung des Krankenversicherungsgesetzes zu versprechen, die den Einfluß der Arbeiter in diesen Kassen bricht. Das sind die Momente, die jene liberalen Fabrikbesitzer veranlaßten, jenen Brief zu schreiben, den das konservative Blatt, das „Reich“ veröffentlicht hat und in dem es heißt: „Tausende von Verfassenden danken der konservativen Partei in beiden Häusern für ihre stramme Haltung. Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego! zugerufen wurde.“ (Heiterkeit.) Wohin soll es denn kommen? Will man uns völlig ausziehen? (Heiterkeit.) ufm.“ So malt sich bei diesem Fabrikanten die Welt. Und er fährt fort: „Man will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Völker zu Heloten des Proletariats gemacht“ (Heiterkeit und diesen Menschen zweifels Millionen an den Hals geworfen.“

Es ist unbestreitbar, daß die Unternehmerverbände seit 1903 an Bedeutung und Macht beständig zugenommen haben. Es gibt Industrieverbände, wo nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb steht, während wir leider noch Hunderttausende von Arbeitern haben, die weder den freien Gewerkschaften noch den christlichen Verbänden angehören. Der Massencharakter, das Massenbewußtsein der deutschen Bourgeoisie ist dem der deutschen Arbeiterklasse bedeutend überlegen! (Lebhafte Zustimmung.) Das muß ausgesprochen werden, wenn wir wissen wollen, was wir tun müssen. Dort haben wir die vollste Offenheit, hier bei den Arbeitern die Spaltung in verschiedene Organisationen. Sind doch die christlichen Gewerkschaften nur gegründet, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. Wenn man einem christlichen Unternehmer sagen würde, er müsse sich einer christlichen Unternehmerorganisation anschließen, er würde lachen und sagen: Ach was fällt Ihnen ein! Es ist mir doch gleich, ob der Mann Jude, Christ, Heide oder Mohammedaner ist, er ist doch Fleisch von meinem Fleisch, er ist Kapitalist. Wir Unternehmer wären doch Toren, wenn wir uns solchem Unterschiebe zu Liebe selber schwächen wollten! (Sehr richtig!) Nur die Arbeiter lassen sich infolge ihrer Dummheit, ihrer Unwissenheit, in der sie künstlich erhalten werden, spalten, obwohl doch gerade sie es nötig hätten, einig und geschlossen zusammenzustehen. (Bravo!)

Aus der ganzen Situation heraus ist auch die Angriffsfront des Unternehmertums gewachsen. Deshalb die Ausperrungen in Berlin, Rheinland, Westfalen, den Unterweserorten, Bayern, Sachsen und Thüringen. Die Ausperrung in Bayern hat mich gefreut, so sehr ich das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter bedauere habe. Aber in dem kleinstädtischen Bayern haben nun die Unternehmer den scharfen Klassengegensatz, den scharfen Klassenkampf mit Sturmgloden eingeleitet. (Sehr richtig!) Es ist aber nur von Vorteil, wenn die Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, weil dadurch eine klare Situation geschaffen wird, bei der es kein Ausweichen, kein Vertuschen, keine Kompromisserei mehr gibt. (Lebhafte

Zustimmung.) Auch dem dümmsten Arbeiter wird durch diese Ausprägungen der Klassengegensatz begreiflich gemacht, und wer das einmal erlebt hat, der ist für immer für die Liberalen oder das Zentrum verloren. Die Angst vor dem Verfall bei der Unternehmerrasse in steigendem Maße überall bemerkbar. Ein Ende dieser Kämpfe ist nicht abzusehen, ja sie müssen naturgemäß immer stärker und häufiger werden, weil die kapitalistische Entwicklung in Deutschland in rascher Weise ihrem Höhepunkt entgegengeht. Seit 1895 haben wir eine kolossale industrielle Entwicklung erlebt. Auch die Arbeiterklasse hat dadurch an Macht gewonnen, eine Macht, die auf ihrer Zahl beruht. Die Macht der Bourgeoisie beruht auf dem Gelde, aber die Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich nur dieses Umstandes bewußt wird, eine so ungeheure Macht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und habe sie Hunderttausende von Millionen im Tresor, schließlich überwindet. (Bravo!)

Aber das muß man der Arbeiterklasse bemerkbar machen, es darf nicht vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht gebührend gewürdigt wird, und auch die Agitations- und Aufklärungsarbeit in der Presse ist zu einem großen Teil durchaus falsch. (Sehr richtig!) Da muß von Grund aus aufgeräumt, da muß endlich auf diesem Parteitag Klarheit geschaffen werden, da müssen wir endlich alle wissen, was wir zu tun haben, da müssen wir wissen, daß wir einer Situation gegenüber stehen, aus der mit Notwendigkeit Katastrophen resultieren, wenn nicht die Macht der Arbeiterklasse Kraft ihrer Zahl, ihrer Bildung und Macht so stark wird, daß sie den Gegnern das Gefährliche Katastrophen hervorzurufen, ein für allemal verweigert. Es ist ein großer Irrtum, wenn man sagt, die Sozialdemokratie arbeite auf Revolutionen hin. Hält uns gar nicht ein, was haben wir denn für ein Interesse daran, Katastrophen zu erzeugen, unter denen die Arbeiter in erster Linie schwer zu leiden haben? Sehen Sie nach Rußland, wo die Katastrophen notwendig waren. Es ist kein anderer als der große Friedrich von Preußen, der in einem seiner Werke auseinandersetzt, wie die Katastrophen entstehen, daß nicht die Massen, sondern die Regierenden selbst sie machen. Das ist derselbe Standpunkt, den v. Plunisch in seinen guten Jahren als Staatsrechtler eingenommen hat. Selbst ein Vint, wie das katholische „Echo“ für das Rheinland schrieb im Mai dieses Jahres, daß es eine völlig unhistorische Auffassung sei, daß Revolutionen von wenigen Völkern und Völkerverführern gemacht werden; Revolutionen können in geschichtlich gewordenen Staatsweisen nur entstehen und Erfolg haben, wenn die Verhältnisse vorhanden sind, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. Solche Revolutionen werden auch immer Erfolg haben. „Es mag noch so viel geeifert werden gegen die Sozialdemokratie, wir werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die gerechten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich Sozialdemokraten.“ Sehr vernünftige Aufzeichnungen! Durchaus korrekt! Alles, was wir sagen. Aber das ist ja der Blick einer herrschenden Klasse, daß sie im entscheidenden Moment ihrer eigenen Geschichte niemals zur Einsicht kommt und daß niemand tut, was er tun sollte.

Wir Sozialdemokraten befinden uns in der günstigen Position, daß wir, was immer unsere Gegner gegen uns machen, weiter wachsen. Wir müssen wachsen, weil die kapitalistische Gesellschaft wächst und in einem höheren Grade die Bedingungen schafft, die die Sozialisten erzeugen. So wenig man unter dem Sozialisten gleich unser Herr geworden ist, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßnahmen greift. Wie ich weiß gar viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeisehen, wo dies geschehe. (Sehr richtig!) Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind. (Lebhafte Zustimmung.) Was haben wir in den zwölf Jahren nicht alles der Polizeigewalt gezeigt! Aber nicht nur die wirtschaftlichen Klassengegensätze wachsen, sondern auch die politischen. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sieht es kraft ihrer Machtmittel, ihrer sozialen Stellung als selbstverständlich an, als eine — ich sage das, obgleich sie nicht an Gott glauben — gottgewollte Einrichtung an, daß sie den Staat repräsentieren und die Staatsmacht haben, daß sie, um mit Bismarck zu reden, die Künste der Gehegung in der Hand haben, um nach ihrem Willen, d. h. nach ihren Interessen, die Gesetzgebung zu machen. Sie sagen sich: Wir repräsentieren die kolossalen Vermögen und zahlen die Steuern, also müssen wir auch den Staat repräsentieren. Ja, wenn sie sich diese Vermögen im Schweige ihres Angeichts erarbeiten, dann ließe sich darüber reden. Aber diese Vermögen sind ja mit Euren Schweiß erarbeitet; von dem ungeheuren Ueberfluß, den Ihr ihnen schafft, zahlen sie ihre Steuern. Dieser Ueberfluß dieser Folschloß ist immer gemacht worden und die großen Massen sind heute darauf hineingefallen, denn sonst wären sie alle Sozialdemokraten. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie ist in den letzten fünfzehn Jahren, speziell in den letzten zehn Jahren, riesenhaft gewachsen. Von der Höhe der Vermögen, die die letzten zehn Jahre, die Syndikate, Ringe, Trusts den Unternehmern gebracht haben, haben Sie gar keine Ahnung. Man muß nur sehen, was heute diese Bourgeoisie verlor und bergend, weil sie nicht mehr weiß, wohin sie mit ihrem Geld soll. Was heute — man kann das ja am besten in Berlin sehen — in der Bourgeoisie verschwendet wird, bleibt hinter dem zurück, was in den vorbesten Zeiten des römischen Kaiserreichs verschwendet wurde, wo man die Gasse mit Pflaumenäugen füllte. Wir ist wiederholt gesagt worden, daß es bei den großen Essen in Berlin keine Seltenheit ist, daß für ein Essen 20, 30, 40, ja 50 000 M. ausgegeben werden! (Hört! hört!) Das sind Summen, gegen die die Gehälter unserer Minister verschwinden. Daher kommt es auch, daß die Bourgeoisie sich tüchtige Beamte einfach kauft, indem sie ihnen drei- und vierfache Gehälter zahlt und als Ersatz für die Pensionberechtigung mit Kapitalien absündet, deren Zinsen weit über das hinausgeht, was sie als Beamte jemals an Pension bezogen hätten. Durch diese Beamten hat man dann zugleich großen Einfluß auf ihre früheren Kollegen in den Reihen der Regierung, der Ministerien. (Sehr richtig!) Da hat man die Gesetzgebung an erster Stelle in der Hand. Das ist der Einfluß der Industriellen, den die großen Massen sich nicht träumen lassen, von dem sie keine Ahnung haben, den wir aber ins Land hinauszutreiben müssen, den wir an alle Türen anschlagen müssen, damit das Volk weiß, wie ungeheuer es betrogen und ausgebeutet wird. — Ich sage also, die Bourgeoisie begreift es nicht, wie man bei solchen Klassengegensätzen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht haben kann: Der rohen, plumpen, unwilligen Masse, der Zahl der Köpfe das Schicksal der Nation überantworten! Denn zu den Besten der Nation zählt sich nicht nur der Adel, sondern erst recht unsere Aristokratie, die Aristokratie des Geldes. Nicht umsonst hat ein Wallis, hatte ein Krupp, haben eine ganze Reihe ähnlicher Größen mehr und bereitwilliger Eingang bei Hofe gefunden als so mancher altblütige Herr, der auf einen Stammbaum von 600, 700 Jahren, älter als die Hohenstauner, zurückblicken kann. Das ist wieder die Macht der Bourgeoisie, die Macht des Geldes, die alles in der Hand hat. Hier wird das Wort unserer großen Führer Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Jahre 1848 zur Wahrheit: Die Regierungen sind nichts als der Verwaltungsausschuß für die Interessen der herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) Das wird der Fall, hat mir ja vor jetzt 18 Jahren, als ich ähnliche Ausführungen im Reichstage machte, der damalige Staatssekretär des Reichsadmirals des Innern Herr v. Voitticher durch ein stilles „Sehr richtig!“ bestätigt. Ja habe natürlich nicht verfehlt, diesen stillen Beweis der Sympathie des Herrn v. Voitticher mit mir sofort recht laut dem Reichstage zu demütigen. — Eine agrarische Politik ist bei uns notwendig — vielleicht nicht so dumm, so kopflos wie jetzt angeht die Fleischsteuerung — aber agrarisch muß ja die Regierung sein im Interesse der herrschenden Klassen. — Wo soll denn sonst das herrschende Junkertum seine standesgemäße Haltung hernehmen, wenn nicht aus den kolossalen Agrarzöllen und den sonstigen Revenuen des Staates, zumal es mit der Bourgeoisie n und für sich nicht mehr konkurrieren kann und sich die Goldschäkel — zumal aus dem verfluchten Judentum, wo es ja die höchsten Goldschäkel gibt (Weiter!) — aus der Bourgeoisie holen

muß, um ihre alten Wappen zu vergolden, weil sie selbst sich nicht um die Landwirtschaft kümmern und weil ihre Söhne als Kavallerie-Offiziere sich mit Pferden, schönen Frauen und sonstigen netten Dingen abgeben. Daher der Haß gegen das allgemeine Wahlrecht, daher Erklärungen wie vor einigen Wochen in der „Kreuz-Zeitung“. „Da kommt dieser unglückliche Reichstag wieder zusammen, ist wieder beschlußunfähig, dann haben wir die langen Reden der Sozialdemokraten, der Reichstag ist nur noch ein notwendiges Uebel.“ Es ist ja un- wahr, daß der Reichstag erst seit den letzten Jahren beschlußunfähig ist, er leidet vielmehr bereits seit 1872 an chronischer Beschlußunfähigkeit. Die „Kreuz-Zeitung“ verschweigt auch, daß das preussische Dreiklassenparlament mit seinen 15 M. Diäten ebenfalls ständig beschlußunfähig ist, daß es preussische Abgeordnete gibt, die schonlos genug sind, nachdem sie Wochen und Monate unentgeltlich gefest haben, nachher die gesamten Diäten einzuziehen, daß es ihrem früheren Chefredakteur Geheimrat H. Wagner nachgewiesen wurde, daß er eine ganze Session seinen Schritt in den Landtag gesetzt und am letzten Tage bei der Rasse die Diäten für die ganze Session eingezogen hat. (Hört! hört!) Ein nationalliberaler Abgeordneter hat sich selbst mir gegenüber über dieses empörende Vorgehen seiner Kollegen beklagt. — Aus allen diesen Gründen sagt man: hermiter mit dem allgemeinen Wahlrecht. Geheiß es gab eine Zeit, da betrachtete es auch der Liberalismus als selbstverständlich, daß das allgemeine Wahlrecht gewährt werde. Der Nationalverein hat diese Forderung als Hauptprogramm gehabt und als Bismarck durch die politische Konstellation gezwungen war, seinem Norddeutschen Bunde das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zugrunde zu legen, erließ im Jahre 1868 der Ausschuß der nationalliberalen Partei einen Aufruf in dem es hieß: „Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht muß zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht werden. Wie verhehlen uns nicht die Gefahren, die es mit sich bringt, solange Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsrecht verkümmert werden.“ Das also war die Gefahr des allgemeinen Wahlrechts, daß nicht genügend andere Freiheiten existierten. Auch auf die Diätenlosigkeit wiesen die Nationalliberalen damals hin, während sie noch ein Jahr vorher Bismarck den Gesellen getan hatten, auf die Diäten zu verzichten. Weiter hieß es: „Das beschränkte Klassenwahlrecht hat sich überlebt. Der nächste Landtag wird zu wählen haben, in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht durchzuführen ist.“ So erklärte die nationalliberale Partei offiziell und feierlich im Jahre 1868 und bis heute hat diese Partei entsprechend ihrem allbekannten Mameudentumcharakter ihr Programm mit Füßen getreten, ja im Gegensatz dazu überall gegen eine Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts gewirkt. Sie hat im Jahre 1887 im damaligen Reichstagsparlament ihre Mehrheit mit den Konservativen benützt, um die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Und in den letzten Jahren sind Forderungen auf Forderungen gegen das allgemeine Wahlrecht sich gefolgt. Ich erinnere auch daran, wie Freiherr v. Redlich von dem Bundesrat verlangte, er solle dagegen wirken, daß immer mehr süddeutsche Staaten zum allgemeinen Wahlrecht übergingen, wo man doch im Norden daran ginge, das elendeste aller Wahlsysteme noch zu verschlechtern. Ich erinnere an die Wahlverschlechterungen in Sachsen, in Hamburg, Lübeck — heiläufig: unter den Parteigenossen sind Meinungsverschiedenheiten über die Wahlverschlechterungen in Baden und Pfort, ich bitte Sie daher, diese beiden Namen aus der Resolution zu streichen — aber im übrigen wissen Sie alle von den zahllosen Wahlverschlechterungen speziell in Sachsen. Dabei mache ich Sie darauf aufmerksam, daß solche Verschlechterungen gerade in Gegenden durchgeführt sind, die als Hochburgen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, wie Hamburg und Sachsen. Warum da die Partei nicht getan hat, was man von ihr erwarteten darauf komme ich später. Und weiter konstatierte ich, daß gerade der Liberalismus gewesen ist, der überall hier mit für die Verschlechterung des Wahlrechts gewirkt hat. Im inneren Herzen sind eben fast alle Liberalen Gegner des allgemeinen Wahlrechts, die Zahl der bürgerlichen Vertreter, die wahre Anhänger des Wahlrechts sind, ist an den Fingern zu zählen. Was hat dem Liberalismus in Preußen getan, um das Wahlrecht zu verbessern? Nicht hat ein paar Mal Anträge in dieser Richtung gestellt und ist von seinen Freunden deshalb scharf angegriffen worden. In Nürnberg besteht der Magistrat in seiner Mehrheit aus Vertretern der freisinnigen Volkspartei und dieser freisinnige Magistrat hat seine Macht dazu genutzt, um die Wahlbezirke derartig zusammenzulegen, daß 15 000 bürgerliche, aber 22 000 sozialdemokratische Stimmen siegen konnten. Nach all diesen Vorgängen wäre es eine Lüge zu behaupten, daß der Liberalismus ein Anhänger dieses wichtigsten aller Volksworte sei. — Und wie steht es mit dem Zentrum? Das Zentrum, mit dem im Augenblick unsere Genossen in Bayern für das allgemeine Stimmrecht eintreten? Und doch widerspricht auch diese Tatsache keineswegs dem, was ich ausgeführt habe. Wenn Sie glauben, daß das Zentrum politische Prinzipien habe, dann täuschen Sie sich. Es hat gar keine festen Grundzüge wie den einen, um jeden Preis die Macht der Kirche zu stärken. Das Zentrum tritt für die gottgewollte Ordnung ein. Diese gottgewollte Ordnung ist immer die dem Zentrum unliebig. Es ist die Ordnung, die die Macht der Kirche und des Zentrums stützt. Das Zentrum hat sich im Laufe der Jahrtausende, wie ich in Straßburg unwiderleglich nachgewiesen habe, mit allen Staatssystemen und allen Wirtschaftsordnungen abgefunden, und ich sage Euch Parteigenossen: wenn es einmal zur letzten Entscheidung kommt und das Zentrum sich sagt: jetzt können wir des Sozialismus nicht mehr Herr werden — dann setze ich tausend gegen eins, werden die Krebiger der christlichen Liebe, die jetzt für die bürgerliche Ordnung eintreten, wie sie früher für die feudale und antike Ordnung eingetreten sind, anfangen, für den Sozialismus einzutreten (Zustimmung und Heiterkeit), und sie werden Euch dann mit einer Schärfe und Klarheit, gegen die Ihr alle Stämme seid (Heiterkeit), beweisen, daß ja das Neue Testament an den und den Stellen nämlich für den Kommunismus sich ausspricht. (Sehr richtig!) So wird das Zentrum eines Tages handeln, wenn es nicht mehr anders kann; es wird freilich bei uns dann seine Rechnung nicht finden. Nun hat das Zentrum allerdings in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht gewirkt. Wehhalb? In Bayern ist das Zentrum auf Grund des bestehenden Wahlrechts nicht in der Lage, die Macht zu erlangen, die es haben will, eine Macht, die ihm in der Staatsverwaltung und Staatsvertretung die absolute Herrschaft verschafft, und da unsere Genossen in Bayern das Interesse hatten, um jeden Preis — will ich einmal sagen — dem jetzigen Wahlsystem den Hals zu brechen, da ferner der Liberalismus, getreu seiner Stellung als Repräsentant des Kapitalismus, sich zu keiner Konzession herbeilassen wollte und jede Reform hintertrieb, war ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Zentrum eine Notwendigkeit. In dem Augenblick jedoch, wo das Ziel dieses Zusammengehens erreicht ist, wird naturgemäß der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in einer Schärfe entbrennen, wie er niemals zwischen Liberalismus und Zentrum entbrennen konnte. So lagen die Dinge. Das Zentrum wird in Bayern deshalb für das allgemeine Wahlrecht, weil nur so die Stimmen seiner bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger zur Geltung kommen können. Wehhalb lagen die Dinge in Baden, wo auch die Macht des Nationalliberalismus nur durch das allgemeine Wahlrecht gebrochen werden konnte. Deshalb, nicht aus prinzipiellen Gründen, trat es in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht ein, während es in Preußen seit 1875, als noch Windthorst lebte, keinen Finger gerührt hat, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzuführen. Ja, das Zentrum hat das Gegenteil getan, es hat bei der sogenannten Wahlreform 1892/93 so reformiert, daß es auf die eigenen Kosten kam, und sich unter faulen Nebensätzen von der Forderung des allgemeinen Stimmrechts gedrückt. Und wie ist es in Württemberg? Dort steht eine Verfassungsänderung bevor; es besteht das allgemeine direkte Wahlrecht seit vielen Jahrzehnten, allerdings bei sehr ungleichen schlecht verteilten Wahlkreisen. Jetzt soll die Reform

einsehen mit dem Hinanzwerfen der 24 Privilegierten, sollen auch diese 24 Mandate mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts besetzt werden. Da tritt nun der Führer des Zentrums in Württemberg, der Reichstags-Abgeordnete Gröber, auf und erklärt, daß gehe nicht, denn das hieße, der Sozialdemokratie eine gewaltige Macht zuzuwenden. So pfeift das Zentrum in Württemberg. Da malt Gröber, der ja ein riesig geschickter Herr ist, der Kammer ein Gemälde an die Wand, daß den Herren die Gänsehaut überläuft, was für eine Gefahr die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Württemberg sei, denn dann würden die Sozialdemokraten auch jene 24 Sitze bekommen. Ach, wenn es nur wahr wäre! Aber Gröber weiß genau so gut wie ich, daß das nicht wahr ist, daß es nicht wahr sein kann, weil die ökonomischen Vorbedingungen hierfür in Württemberg noch nicht gegeben sind. Gröber schlägt vor, man solle die 24 Abgeordneten zwar durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wählen lassen, aber nach Ständen, um sich so die Herrschaft in der Kammer zu sichern. Sie sehen, wie recht ich habe, wenn ich sage, das Zentrum handelt stets nur so, wie es seinem Vorteil entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Ueberfluß erinnere ich daran, was die „Kölnische Volkszeitung“ im April d. J. über die Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg schrieb. „Es ist ja richtig,“ schrieb sie, „daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen muß.“ Da sehen Sie das Programm des Zentrums. Es ist für das allgemeine Wahlrecht, so lange es die gegenwärtige Mehrheit sichert, aber wenn das allgemeine Wahlrecht eine sozialdemokratische Mehrheit schafft, dann ist es etwas anderes. Wir wollen die Staatsmaschine zum Stillstand bringen? Ach nein, wir wollen sie erst recht benutzen mit einem bisher noch unerhörtem Tempo, um den alten Schutt wegzuräumen. (Sehr gut!) Weiter schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Darüber sollen die Sozialdemokraten sich nur gar keinen Täuschungen hingeben.“ Recht Euch das alle recht sehr für künftige Wahlagitationen und für Euer ganzes politisches Verhalten!

Es herrscht gar kein Zweifel, daß eines Tages die Dinge sich so entwickeln, wie ich es geschildert habe. Darüber sind sich Marxisten und Revisionisten einig, daß der Proletariat sich mehr und mehr vermehrt und schließlich die ungeheure Mehrheit der Nation bildet. Das ist die Grundlage der Nation, das ist die Grundlage unseres Reichthums, ist die Grundlage unserer Wohlhabenheit, ist die Grundlage unserer Steuerfähigkeit, ist die Grundlage unserer Besteuerungsfähigkeit, ist die Grundlage von all und jedem. Diese Masse bildet die Grundlage der Gesellschaft, auf ihrem Rücken ist die gesellschaftliche Pyramide aufgebaut, und wenn man diese Pyramide einmal in ihren Grundvesten angreift, dann stürzt sie zusammen. (Sehr wahr!) Ich mache nicht graulich. Die Möglichkeit ist da, und die Entwicklung, in möglichst friedliche Bahnen zu lenken, das hängt auch mit von uns ab, das hängt ab von der Macht, die wir unseren Organisationen geben, das hängt ab von der politischen Gesinnung, die wir in die deutsche Arbeiterklasse hineintragen, die jede Stunde in der historischen Entwicklung des Landes genau wissen muß, wo sie zu stehen, was sie zu tun und zu lassen hat. (Lebhafte Heilung.) Nach dieser Richtung hin Klarheit! Kein Vertuschen, kein Verheimlichen, kein Verheimlichen, die Verheimlichen geht über Euch weg. Wir sehen, daß die bürgerlichen Parteien sich mehr und mehr zusammenfalten, daß die Gegenstände sich mehr und mehr verringern. Die bürgerlichen Parteien sagen sich, können wir das Ueberheuer nicht aus unseren Augen hinwegschaffen, das uns Tag und Nacht so viel Sorgen macht, das uns in unseren Träumen erscheint, dann wollen wir wenigstens zusammensetzen. Daher der Zusammenschluß unserer Feinde bei den Wahlen seit 1903! Ein klassisches Schulbeispiel sind ja die Landtagswahlen in Ehlingen, wo von der süddeutschen Volkspartei, dem radikalsten Flügel der Bourgeoisie, bis zu den Konservativen alles ein Herz gegen die Sozialdemokratie war, und wo unsere Genossen durch ihre Energie den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten über den Haufen rannten! Wenn ich je mit unseren württembergischen Genossen zufrieden war, so bei der Wahl in Ehlingen. (Sehr wahr!) Ein Hüben, ein Drüben nur gibt es, es ist nicht mehr möglich zu passieren, und aus dieser Situation heraus haben ja auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet, geben sie ihr Geld dafür aus, daß sie eine politische Prätorianerbande als Redner wegziehen, die ohne Rücksicht auf die politische Stellung nur die Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, d. h. sie zu beschmutzen.

Wie falsch diejenigen urteilen, die die parlamentarische Tätigkeit gar zu sehr unterschätzen, zeigt auch der große Bergarbeiterstreik. Das moralische Ergebnis war ein Sieg der Bergarbeiter, keine Niederlage. (Sehr wahr!), ein Sieg, der die stärkste Gewalt in Deutschland, die Regierung, zwang, den Bergarbeitern Rechnung zu tragen und eine Reform der Vergeltung einzuleiten. Aber die Regierung wagte nicht, an den Reichstag des allgemeinen Stimmrechts zu gehen, sondern sie ging an das Dreiklassenparlament, weil sie wußte, daß dort eine Reform zustande kommt, die keine Reform, sondern ein laubtes Ei ist. (Sehr richtig!) Und da machte das Zentrum mit, weil es um jeden Preis verhalten wollte, daß die Vorlage an den Reichstag kam. Da haben wir den schlagendsten Beweis, welche moralische Macht das allgemeine Stimmrecht und speziell die Unversehrtheit von Sozialdemokraten auf Grund dieses allgemeinen Stimmrechts auszuüben vermag! Da betrog man die Bergarbeiter um ihr Erstgeburtsrecht, da schuf man eine Vorlage, die nicht entfernt das war, was die Arbeiter zu beanspruchen berechtigt waren. (Sehr wahr!) Da sagte man auch noch die Resolution, die eine neue Jugendhausvorlage forderte, da kam Wilkows Versprechen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuführen. Auch ein Beweis dafür, was geschähe, wenn keine Sozialdemokraten im Reichstage säßen! Und angesichts einer solchen Mißhandlung der Bergarbeiter, da wagt man, uns zu empfehlen, wir sollten auf die parlamentarische Tätigkeit verzichten. Dort in Rußland tobt ein ungeheurer Kampf, in erster Linie um die Erlangung politischer Rechte, um ein modernes Staatssystem zu erhalten! Da steigen unsere Genossen mit freudigem Kampfesmut auf die Barrikaden, da opfern Männer und Frauen, da setzen sie ihr Höchstes, ihr Leben ein, um endlich einen modernen Staat zu bekommen. (Lebhafte Heilung.)

Selbst der konservative General Liebert, ein Mann, dem nichts ferner liegt, als der Sozialdemokratische Konzeptionen zu machen, spricht die Ueberzeugung aus, ein Krieg gegen das Proletariat sei unmöglich. Und da sagt man, das Proletariat habe keine Macht und keine Bedeutung! Da sagt man von einer Seite, von der ich das nicht für möglich gehalten hätte, die Macht der Partei sei eine sehr minimale. Und das, obwohl bereits vor Jahren Caprioli unserem verstorbenen Genossen Grillenberger erklärt hat, die Regierung besche sich jede Vorlage darauf hin, welchen Einfluß sie auf die Sozialdemokratie habe. Aber wir haben keinen Einfluß, wir spielen keine Rolle! Es wird gesagt, wir haben nichts zu sagen, obwohl doch die ganze auswärtige Politik mit Rücksicht auf die Stimmung der Sozialdemokratie zum Teil gemacht werden muß. Man verliert freilich, Wilow als Minister des Auswärtigen zu einer Irr politischen Kapit zu machen, dadurch, daß man jeden, der vertritt, die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu kritisieren, mundtot macht. Das geschah Jaurès, das geschah unseren Freunden in Konstanz, das passierte mir sogar neulich selbst in Basel. Der Ueberwachende hatte viel gehört, er war schon lange nervös (Heiterkeit), es pochte ihm gar nicht, was ich sagte, und als ich auf die Parokostfrage zu sprechen kam, da erlaubte er nicht, darüber zu reden. (Hört! hört!) Ich wollte die Versammlung nicht zur Auflösung bringen, und da außerdem die Unterbrechung ja das Schönste war, was geschehen konnte, so habe ich mich gefügt. Und sehen wir doch die ganze auswärtige Situation an! Der Kampf in Rußland siph unseren Regierenden viel mehr in den Knochen als Sie glauben. (Sehr richtig!) Sie haben eine Heidenangst, daß das Feuer überspringen könnte, sie sagen sich, wenn das in Rußland möglich ist, wo gar keine Organisation besteht, wo das Proletariat im Verhältnis gering an Zahl ist, was kann dann in Deutschland geschehen, wo wir politisch aufgekärte Massen, ein organisiertes Proletariat haben, wo es bereits ganze Regimenter in des

Armeen gibt, die aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sind, und wo, wenn man die Reserve und Landwehr einberuft, lauter Sozialdemokraten einziehen. Da fragt man sich, was soll da aus werden? Na, sie wären dann da oben, wenn sie sich das nicht fogten. Das gehört auch zum Kapitel von der Macht der Sozialdemokratie. Die beständigen Fehlschlüsse der Kolonialpolitik, die verfehlte auswärtige Politik, all das, darüber täuscht man sich oben nicht, ist Stoff für die Sozialdemokratie, Material, das wir bloß zu verwenden brauchen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß wir, da wir die Minorität sind, in der Politik auf die Defensiv, die Kritik angewiesen sind, die wir übrigens so energisch üben, daß Herr v. Einem z. B. heilfroh wäre, wenn durch Gesetz verhindert würde, daß Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. (Weiterleit.)

So ist die Situation, in der jeder aufmerksame Genosse sich fragen muß, nachdem die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, gewisse Mittel ummäßig zu machen: Sind die politischen und agitatorischen Mittel, die wir bisher angewandt haben, genügend, oder müssen wir neue hinzufügen?

Da ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gekommen. Es ist eine Torheit, solche Diskussionen dadurch zu beseitigen, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogelstreichpolitik. (Sehr richtig!) Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angesprochen wird, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muß jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, die diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat der Gewerkschaftsfrage in Köln gelauscht, die Dinge durch die Annahme der Resolution Bismarck abgelauscht. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarcho-Sozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiterhin keine Diskussion. Was ist damit erreicht worden? Das gerade Gegenteil. Nach der Annahme der Resolution Bismarck, die in Form und Inhalt an einer großen Unklarheit leidet, ist die Diskussion erst recht in Fluß gekommen. Wie groß die Unklarheit ist, beweist, daß man selbst v. Ein vorwirft, er habe diese Resolution mißverstanden, v. Ein, mit dem ich zwar oft in Meinungsverschiedenheiten geraten bin und schon häufig die Dinge gekreuzt habe, in dem ich aber doch einen sehr berühmten Vertreter sehe, über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und über die Bedeutung der Generalstreik-Resolution ein Urteil abzugeben. Man muß in der Tat die Resolution mit der Lupe studieren, um herauszufinden, daß man nicht so weit gegangen ist, die Diskussion des Generalstreiks zu verbieten. Aber man kann beim Lesen der Resolution und auch ihrer Begründung allerdings den Eindruck gewinnen, daß die Diskussion des Generalstreiks unterbleiben soll. Da sie jedoch auch anders gedeutet werden kann und wir alle Verantwortung haben, gerade in dieser Frage mit den Gewerkschaften zusammenzugehen, so müssen wir ganz objektiv an die Prüfung der Sache herangehen. Auch eine andere Stelle in dem Einigen Artikel ist mir aus der Seele gesprochen. Es heißt da, es wäre weit besser gewesen, statt eine so unklare und widersprüchliche Resolution zu fassen, eine energiegeladene Resolution zu beschließen, in der den Nachhabern unabweislich erklärt wird: Sagt Ihr es, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern. (Sehr richtig!) Diesen Standpunkt Ein halte ich für ganz richtig. Es heißt in dem Artikel weiter, weit mehr als die politische Partei seien die Gewerkschaften am allgemeinen Wahlrecht interessiert. (Sehr richtig!) Denn mit dem Wahlrecht seien zugleich Vereins- und Versammlungsberechtigt und das Wahlrecht bedroht. (Sehr richtig!) Ein sagt ferner, die politischen Führer würden gar nicht in Verlegenheit kommen, wenn Ausnahmegesetze erlassen werden, denn die würden dann zur Taktik von 1878 zurückkehren. (Sehr gut!) Das ist vollkommen richtig. In dieser Zeit sind die heimlichen Organisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Wir spielen mit der Polizei wie die Käse mit der Maus. (Weiterleit.) Das war ein Gaubium, ein Privatvergnügen für unglückliche Genossen. (Lebh. Zustimmung und Weiterleit.) Und wenn wir unter uns sind, ist es unsere schändliche Unterhaltung, wenn wir uns unsere Erlebnisse aus dieser Zeit erzählen, wie wir damals die Polizei an der Nase herumgeführt haben (Weiterleit), wie wir mit ihr gespielt haben. Und wenn auch einmal eine Anzahl Genossen ins Gefängnis wandern mußten — nun, wir haben alle schon drin gewesen, und es kommt vielleicht mal dahin, daß der nicht für voll gilt, der nicht mal im Gefängnis gewesen hat. (Weiterleit.) Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und Strafgesetze einschüchtern ließe! (Lebhafte Beifall.) Eben erleben wir die russischen Vorgänge, und da sollten wir nicht den Mut haben, einige Monate Gefängnis und Schlimmeres zu ertragen, um die Rechte zu erhalten, die wir be-

halten? (Lebhafte Beifall.) Also der Kölner Beschluß hat nur Unklarheit und Verwirrung erzeugt und der Streit ist seitdem ins Unendliche gegangen. Interessant ist aus dem Referat, das Genosse Bismarck damals erstattete, die Begründung, warum man die Frage erst die Tagesordnung gesetzt habe. Er sagte, das sei geschehen, um die Gefahr zu beseitigen, daß die Gewerkschaften sich später Beschließen fügen müßten, die einseitig von anderer Stelle gefaßt sind. Diese „andere Stelle“ ist der Parteitag. Man wollte und also quasi contrarecurrere und unsere Entschlüsse beeinflussen.

Es ist nun gar kein Zweifel, daß, wenn eine Frage Partei und Gewerkschaften gleichermaßen interessiert, es die Frage des politischen Massenstreiks ist. Denn die Gewerkschaftler sind nicht nur Gewerkschaftler sondern auch Staatsbürger und als solche haben sie das lebhafteste Interesse an den politischen Zuständen des Staates und nicht nur an den wirtschaftlichen Zuständen der Gesellschaft. Was ist denn der Staat? Wer sich darüber gründlich informieren will, dem empfehle ich die Schrift von Engels über die Entfaltung der Familie, des Privateigentums und des Staatswesens, und wenn er sie beim ersten Lesen nicht versteht, so lese er sie zwei- oder dreimal. Dann erzählt er, was der Staat ist, daß der Staat erst notwendig wird, wenn an Stelle des Zustandes der kommunikativen Familie das Privateigentum tritt. Sobald diese Entwicklung eintritt, entstehen die Klassenunterschiede, jetzt werden die Eigentümer die Feinde der Nicht-Eigentümer und umgekehrt. Die besitzende Klasse macht sich zur herrschenden Macht, die die Massen unterdrückt und den Staat nach ihren Interessen wandelt. In dem Maße, wie dann die Produktionsformen sich entwickeln, ändert sich notwendigerweise auch der Staat, da wächst allmählich der Feudalstaat hervor; dann kommt der Gegensatz zwischen den Feudalen und den Städtern, bei der sich als lauchender Dritter der absolute Staat entwickelt. Diesen löst dann die moderne Bourgeoisie ab, die in den großen Revolutionen, die Europa erschüttert haben, die vertriebenen Gegner niedergeworfen hat. Es ist lauchhaft, wenn man uns vorwirft, wir wollten die Revolution, wo doch alle bisherigen Revolutionen vom Bürgertum gemacht worden sind. Das Bürgertum räumt den Arbeitern eine Reihe von Rechten ein, aber das entscheidende Recht, das Wahlrecht, verweigert sie ihm so lange es geht. Darum muß nach derselben Logik, nach der bisher alle unterdrückten Klassen im Laufe der Geschichte nach der Staatsgewalt gegriffen haben, um dann im Interesse ihrer Klassenstellung die ganze Gesellschaft umzumodeln, auch das Proletariat als die letzte unterdrückte Klasse die politische Gewalt erobern, um mit Hilfe dieser Gewalt auf sozialem Gebiet die Einrichtungen zu schaffen, die seine Macht unerschütterbar machen. Damit hat dann allerdings die letzte Stunde des Staats geschlagen, weil es dann in der neuen Gesellschaft keine Klassenunterschiede mehr gibt und der Staat als solcher seine Existenzberechtigung verloren hat. Aber bis die Dinge so kommen — wann, weiß ich nicht, es kann lange dauern — müssen wir, koste es, was es wolle, nach der Staatsgewalt trachten und, Genossen, es wäre wider alle Logik, es wäre ein Schauspiel der merkwürdigsten Art, wenn ein so gewaltige Klasse, wie es die moderne Arbeiterklasse materiell, physisch und geistig geworden ist, sich das nehmen ließe, was alle unterdrückten Klassen vor ihr als selbstverständlich beansprucht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch uns gelingen; wie, das ist Sache der politischen Situation, die nicht wir, sondern unsere Gegner schaffen. Dann können wir den Gegnern sagen: nehmt euch in acht; ihr im 20. Jahrhundert solltet doch endlich aus der Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn ihr glaubt, gegen den Willen der großen Mehrheit der Nation herrschen zu können. Das glückt nicht. Do hat man nun vorgeschlagen, man müsse als letztes Mittel zum Generalstreik scheitern, der von den Anarchisten propagiert wird. Der Anarchismus ist im Grunde genommen ein konsequenter Anhänger des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus. (Sehr richtig!) Das kann man am klarsten aus dem Werk von Stirner „Der Einzige und sein Eigentum“ sehen, das im Jahre 1845 erschienen ist und nicht nur den Anarchismus, sondern auch den Anarcho-Sozialismus (Weiterleit!) bereits enthält. Daher denn auch liberal im Anarchismus diese ideologischen Anschauungen, wie sie der Liberalismus zutage fördert. Dieser Anarchismus sagt: Wir haben nicht mit dem Staat zu tun; ich bin ich selbst und alles andere ist mir nichts an. Der Staat ist ein Ungeheuer, ist die langentzerrte Macht, die mich unterdrückt, mir meine individuelle Freiheit raubt, ich kümmere mich nicht um ihn; entwickelt mal eure Individualität als Proletariat, ihr werdet dann sehen, wie weit ihr kommt. Aber darum handelt es sich ja gerade, daß die festesten individuellen Eigenschaften, die diese grobhartigen Kerne menschlicher Verbohrung, die in diesen unglücklichen Köpfen vorhanden sind, sich jetzt nicht entwickeln, daß es ein Zufall ist, wenn sie einmal bei

einem einzelnen zur Entfaltung kommen, daß die heutige Gesellschaft die Individualität verkrüppelt und daß es geradezu die Aufgabe des Staates ist, für diese Unterdrückung der Massen-Individualität zu sorgen. Diesen Staat nun, sagt Friedberg, sollen wir in Frieden lassen, um den sollen wir und nicht kümmern. (Friedberg: Habe ich nicht gesagt!) Das werde ich Ihnen noch weisen, wenn ich in Berlin mit Ihnen abrechne. Dort hat er dann ja die größte Redefreiheit, und ich hoffe, er wird dann abgeholt werden, wie er noch abgeholt worden ist. (Große Heiterkeit.) Also der Generalstreik soll das Allheilmittel sein; er führt die bürgerliche Gesellschaft — wie der Staat gestützt werden soll, darüber braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Wenn der Generalstreik gemacht wird, so schwebt der Staat in der Luft — als wenn er sich das gefallen ließe, in der Luft zu schweben! (Weiterleit und Zustimmung.) Der Generalstreik verhindert die Kriege, entwirft das Militär, erobert den Reichstag; Generalstreik hinten und Generalstreik vorn. Von alledem wird einseitig so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe herum! (Sehr gut!) Das Ende vom Liede ist eigentlich die Kurgewerkschafterei. (Sehr richtig!) Das will man nicht, aber es ist die logische Konsequenz. Denn man nimmt den Anhängern dieser Idee allmählich so völlig allen Glauben an die politischen Machtmittel und die Notwendigkeit des politischen Kampfes, daß sie ganz selbstverständlich darauf verzichten werden, in die politischen Organisationen einzutreten.

Die Generalstreikfrage hat uns bereits auf einer ganzen Reihe von internationalen Kongressen beschäftigt. Das erste Mal 1889 in Paris. Da meinte Kresson-Marselle, die Manifestation am 1. Mai werde wirkungslos bleiben, sie müsse durch einen Generalstreik unterstützt werden; der Kongress sollte als Anfang der sozialen Revolution den Generalstreik beschließen. Sein dahingehender Antrag wurde aber bei der Abstimmung mit sehr großer Mehrheit verworfen. Auf dem internationalen Kongress in Brüssel beauftragte dann Domela Nieuwenhuis, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten sollten mit einem Aufruf an das Volk zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der internationale Kongress in Zürich 1893 beauftragte eine Kommission mit der Erörterung des General- bzw. Weltstreiks. Diese Kommission schlug folgende Resolution vor, die aber nicht mehr zur Erörterung gelangte:

„In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht von vornherein festzustellen sind, in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung in verschiedenen Ländern unausführbar ist, von dem Moment ab, wo er ausführbar, nicht mehr nötig ist, in weiterer Erwägung, daß selbst ein auf ein Land sich beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, ausichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie treffen und zur Kapitulation zwingen würde, ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unerbittlich niedergeschlagen würde,

erklärt der Kongress, daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien mit Erfolg durchgeführt werden kann; ferner, daß Massenstreiks immerhin für diskutierbar hält und zwar unter der Bedingung, daß die Organisationen entsprechend weit gediehen sind. Ich finde, daß dieser Teil der Resolution eigentlich klarer ist als die Antierdamer Resolution. (Sehr richtig!)

Auch in London wurde 1906 auf dem internationalen Kongress über den Generalstreik verhandelt. In der Resolution über die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse — Berichterstatter war Rollenhagen — heißt es: „Der Kongress hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, stellt aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.“

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Todes-Anzeige.
Gierant gehen wir tiefbedrückt an, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Wähegeschmeider **Rudolf Hanig** im Alter von 64 Jahren nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist. 19100
Wir bitten um stille Beileid.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. September, nach 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshagen aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 23. d. M., morgens 8 Uhr, starb unser Geliebter **Richard Kosmann**, Lustigstr. 45.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof-Rixdorf, Pringelallee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht 249/10 Der Vorstand.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl.
Zentrale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege, Wähegeschmeider **Rudolf Hanig** am 20. September nach langer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Friedhof der Andreas-Gemeinde in Wilhelmshagen statt.
Die Erdbegrubung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 21. d. M., verstarb nach langen schweren Leiden unser Mitglied, der Schneider **Gustav Blieske** Kranzenstr. 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Rixdorf aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verein Berliner Musiker (E. V.)
Kaiser Wilhelmstr. 18 m. — Amt 3, No. 938.
Montag, den 23. September, abends 8^{1/2} Uhr hält Herr Paul Zimmer in unserer Vereinsstube, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, einen **öffentlichen Vortrag** über: „Die Notlage der deutschen Musikanten.“
Der Eintritt ist frei und jedermann gestattet.
19015 A. H. H. S. Kühne, I. Bert.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis Osten. Stabsbez. 1901.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 21. d. M., verstarb unser langjähriges Mitglied, der Wähegeschmeider **Rudolf Hanig**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen, Pringelallee, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 244/14 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. (Sektion der Putzer.)
Unseren Iohde den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hier, mit zur Kenntnis, daß unser Mitglied **August Kurzmann** plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 3^{1/2} Uhr, von dem Rixdorfer Krankenhaus aus nach dem neuen Friedhof-Rixdorf, Pringelallee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung J. A. H. Neumann.

Tauftragung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Formers 19025 **Wilhelm Lange** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere für die vielen Beweigungen des Herrn Restaurateurs Reichenbach, den Mitarbeitern der Firma H. Bösch, Tagel, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, den Genossen des 888. und 891. Bezirks des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises, den Formern und Kolonnenführern der Stettiner Oberwerke, den organisierten Kollegen Stettin, dem Lotterieverein „Nieler Bucht“, dem Danke der Berliner Lotterierei, dem Danke der Herrn Gieses und dem Personal der Firma Kaczevs Cohn unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Ernestine Lange geb. Hesse und Kinder.

Ueberzeugung macht wahr!
Nur bei **J. Grünberg** Jetzt **Chauseestraße 82** schrägüber der Lössenstraße. Anden Sie die **größte Auswahl** in **Abonnements- und Monats-Garderoben.** Beachten Sie meine Schaufenster und Prisen!
Mein Geschäft war bisher 26 Jahre Boyenstr. No. 44.

Wo? machen wir des Sonntags hin?
Nach **Pirschelwerder** zum **alten Freund!**
Größter Tanzsaal!

Ausverkauf
wegen Umbau und Vergrößerung meiner Geschäftsräume.
Hüte • Schirme • Mützen • Pelzwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 45790
Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.

Ziehung schon 27., 28., 29. u. 30. Septbr.
im Dienstgebäude der königlichen General-Lotteriedirektion
Wohlfahrts-Lotterie.
Nur Geldgewinne ohne Abzug.
Hauptgewinn: **75 000 Mk.**
Originallose 3,30 Mk. Porto und Liste 30 Pf. extra.
Hugo Rindemann, Berlin, Friedrichstraße 205
16. Berliner Lotterio a Los 1 Mk. Porto u. Liste 20 Pf.

Richard Eldner
am Donnerstagsvormittag 9^{1/2} Uhr nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Amnons-Rixdorphofes aus statt.
Die trauernden Eltern und Tante Heinrich Eldner und Frau geb. Patruschke, Pringelallee Nr. 2.

Achtung!!
Sumatra seltene Länge, ganz best und schneideweiß, dreifach, pr. Pfd. 1,20 M.
Hamburger Rohrtabak-Haus
Filtale Berlin N., Brunnenstr. 190. 208/17

Herzlichen Dank
allen lieben Kollegen für die schönen Kranzsenden, welche unserem verunglückten Sohne, dem Enkeltater **Friedrich Tilliger** guttelt wurden. 191/4
Friedrich Tilliger, 20. September 1905.
Die trauernde Familie Tilliger.

Bereine.
Habe noch Sonnabende und Sonntags Saal mit Bühne zu vergeben. 1*
Eberhs Reue Klubhaus, Kommandantenstr. 72. (Amt 1. 3551.)

Stuhlflecht-Dr. Simmel, Prinzen Str. 41. Spezialart für 29/14 rohr in vorzüglicher Qualität. **Haut- und Harnleiden.** Stuhlrehtiger Wallstr. 16. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Der internationale Kongress zu Paris 1900 hatte den Generalstreik als letzten Punkt auf der Tagesordnung. Der Verichterstatler Legien erklärte: „Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentieren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben...“

Sie sehen, daß diese Frage durchaus nicht ablehnend behandelt worden ist. Endlich haben wir den Beschluß des Amsterdamer Kongresses. (Nebst Verlust der Resolution.) Zwischen den Ausführungen, die Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften in Amsterdam gemacht hat und denen Legiens 1900 in Paris befolgt ein sehr erheblicher Unterschied. Legien sagte, wenn Ihre Italiener und Franzosen den Generalstreik weiter wollen, dann sorgt für eine entsprechende Organisation, dann wollen wir darüber diskutieren. Robert Schmidt dagegen in Amsterdam: die großen deutschen Gewerkschaften halten den Generalstreik für nicht diskutierbar. Allerdings erwähnt Schmidt bei dieser Gelegenheit den Massenstreik nicht. Interessant ist auch der Auspruch Legiens in Amsterdam, der den Massenstreik für notwendig erachtet, um die Wahlrechtsbeschneidung in Deutschland abzuwehren. Die Resolution wurde in Amsterdam schließlich mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen. Auch der Bremer Parteitag hat über die Frage verhandelt. Mehrere Redner, wie Frau Petzin, Viehstein, Knutsky, Bernstein sprachen sich zugunsten der Erörterung dieser Frage auf einem Parteitage aus. Schließlich kamen die Verhandlungen in Köln, dort nahm Römberg dieselbe Stellung wie Schmidt ein und wirkte gegen die Rhetoriker, die mangels praktischen Verständnisses derartige Fragen aufwerfen. Robert Schmidt verglich in Köln den Massenstreik mit einem Strich, den man der Arbeiterklasse um den Hals lege, während man der Bourgeoisie zurufe: Hebe zu! (Rufe: Sehr richtig!)

Nun, die Frage ist weiter erörtert worden, speziell vom Genossen Heine im September-Beit der „Monatshefte“. Er wendet sich darin in sehr scharfer Weise gegen die Schrift der Genossen Roland-Holt über den Generalstreik. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ihm dabei die Feder nicht so oft ausgeglitten wäre. Er hat gegen die Genossen Roland-Holt in einer Weise polemisiert, die ich lebhaft bedauere (sehr richtig!); er spricht von der hochmütigen Art, mit der sie Männer wie Jaurès ablangte. Er schreibt, solche Gedanken wären wertlose Käsegerichte. Man kann solche Ansichten ja haben und sie Freunden gegenüber aussprechen. Aber angesichts der Tatsache, daß wir über den guten Ton debattiert haben, hätte ich gewünscht, daß Heine bei seiner sozialen Stellung mit gutem Beispiele vorangegangen wäre. Ich selbst habe nicht ganz auf dem Boden der Frau Holt. Ich habe ihr Buch aber mit großem Interesse gelesen und kann die Vektüre jedem Genossen empfehlen. Die Schrift ist mit dem Herzblut der Genossen Holt geschrieben. Sie ist eine der ausgezeichnetsten Frauen, die ich jemals kennen gelernt habe. Als der Generalstreik in Holland ausgebrochen war, mit dem sie gar nicht einverstanden war, haben sie und ihr Mann weit über ihre Vermögensverhältnisse in die Tische gegriffen und haben so genaltige Opfer gebracht, daß sie ihre soziale Lage sehr geschwächt haben. Sie ist eine unermüdete Agitatoren und entfaltet unermüdeten Eifer, Dinge und Teilnahme. Deshalb ist es mir doppelt leid, daß sie so behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Heine wendet sich also in scharfster Weise gegen den Massenstreik. Eine ähnlich scharfe Kritik und auch eine ähnlich scharfe Bekämpfung eines Gedankens, wie er sie anwendet, ist mir noch nicht vorgekommen. Denn die Taktik Heines läuft darauf hinaus, aus seiner Kenntnis als Jurist heraus Paragraphen um Paragraphen des Strafgesetzbuchs anzuführen, die sich strenger bis zum Hoch- und Sonderverurteilparagrafen, bis zur Verbannung des großen Verlagerungszustandes, so daß jedem Genossen, der nicht ganz fest ist, ein über das andere Mal ein Gänsehaut über den Rücken laufen muß wegen der großen Gefahren, die die Anwendung des Massenstreiks in Deutschland mit sich bringen soll. Er weist dann darauf hin, welche ungeheure Urteile die Gerichte, namentlich die Militärgerichte, fällen werden, weil es nach seiner Meinung gar nicht möglich ist, eine so große und genaltige Bewegung in so ruhiger Weise durchzuführen, schon angesichts der Proklamation der Gegner. Als ich mit einem Parteigenossen über den Artikel sprach, sagte dieser: Heine hat, natürlich ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt ausgezeichnetes Material zu einer Rede geboten. Ich antwortete, so dumm ist kein Staatsanwalt; es sind ja nicht gerade die dummsten, die Staatsanwälte werden. (Rufe: Wenigstens so dumm sind sie nicht!) — Städtchen: Doch, die dummsten sind es. (Sehr richtig!) Ich bin ja überzeugt, Genosse Städtchen, daß Sie viel klüger sind, als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit.) Nein, so dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht, mit einem derartigen Referat würde er selbst vor einem Massengericht abblitzen.

Aber die ganze Grundlage der Heineschen Deduktion ist falsch. Ich bestritte entschieden, daß alle die Folgen eintreten müssen, die Heine bei einem Massenstreik voraussetzt. Was er hier als möglich und wahrscheinlich bei einem Massenstreik in Aussicht stellt, kann man im Grunde genommen von jedem großen Streik sagen. Hätte man Heine bei Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks um einen Mal gefragt, dann hätte er auf Grund derselben Erwägungen zum Urteilen kommen müssen. Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabung zum Einschreiten gegeben. Die Bergarbeiter haben einen großartigen Massenstreik geführt, der bedeutender war, als die Massenstreiks in allen anderen Ländern je gesehen sind, und zwar in bewundernswürdiger Ruhe. Ich fuhr damals aus Brüssel von einer Konferenz zurück und erkaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Meine Esse dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauchs schlößen muß. Das Rand war eine nackte Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnt kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterkategorie, die politisch und kulturell weit rückständiger ist als die übrige, ja, da muß man doch fragen, was müssen wir da nicht leisten können bei unferen weit größeren Mitteln und unserer weit entwickelteren Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Heine voraussetzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schanden fragen darf. Schiller sagt, „nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre“. Ja, nichtwürdig, erbärmlich ist die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfott behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wogte. (Stürmischer Beifall.) Da ist Rußland, da ist die Junikowitsch, da ist die Kommune! Bei den Namen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen bürgern, um eure höchsten Menschenehre zu verteidigen! (Stürmischer Beifall und Handklatschen.) Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn Ihr ihnen das nicht zu traut! (Erneuter Beifall.) Was hätte denn Heine in Wien gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort „geschlecht“ aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln auch

wir mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ebenso machen. (Sehr gut und Heiterkeit.) Wir provozieren nicht, wir verteidigen und nur. Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß. Heine hat gewiß nicht die Absicht, der Schrittmacher der Anarchosozialisten zu sein. (Heine: Nein!) Aber die Wirkung ist unaussprechlich, daß Friedeberg und seine Anhänger aus solchem Vorgehen Material schöpfen und rufen: Da steht ihr, wohin es mit der deutschen Sozialdemokratie gekommen ist. Da habt ihr die Angstmascherei en gros! (Friedeberg: Wir haben noch besseres Material!) Mit seinem Worte sagt Heine, wie wir und denn eigentlich verteidigen sollen, wenn man uns angreift. Er sagt nur, dies Mittel taugt nichts, aber er bringt kein anderes in Vorschlag. Sollen wir uns etwa kalten Blutes die Haut über die Ohren ziehen lassen?

Man sagt, der Massenstreik sei eine unbrauchbare Waffe. Aber 1801 hat der Massenstreik, den die Belgier anwandten, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, Erfolg gehabt, relativ mehr Erfolg, als der Bergarbeiterstreik, der eine verabsäumte Vergeltung brachte und auch ein politischer Streik war. In der Kammer haben unsere belgischen Genossen von 140 Mandaten 83 erobert. 1903 griffen sie noch einmal zum Massenstreik, um das allgemeine Wahlrecht ganz durchzusetzen. Da hatten sie allerdings keinen Erfolg. Ich will hier keine Diskussion über die Taktik der Belgier hervorheben, aber bedeutende Bedenken sind auch mir gekommen. 1902 haben die österreichischen Bergarbeiter einen Massenstreik in Kärnten und Oesterreich-Schlesien durchgeführt. Sie hatten Erfolg und eroberten den gesetzlichen Reunhunderttag, den wir noch nicht haben. Dann kam der sogenannte Sympathiestreik in Barcelona, ein rein anarchistischer Streik. Ja, bei uns in Deutschland denken weder die Gewerkschaften noch die Partei daran, einen sogenannten Sympathiestreik zu machen. Diese Art Streiks, das, um Forderungen einer bestimmten Arbeiterschaft durchzusetzen die gesamte Arbeiterschaft eines großen Industriebezirks in den Streik tritt, die müssen zugrunde gehen. Es kam weiter der schwedische Demonstrationstreik — auch den werden wir in Deutschland nicht machen, einen solchen Streik, bei dem man gleich sagt: wir machen einen Massenstreik auf drei Tage! Und gleichwohl war auch dieser Streik nicht resultatlos. Haben die Schweden es doch erreicht, daß die Kammer einen Beschluß faßte, wonach die Regierung beauftragt werde, in zwei Jahren einen neuen Wahlgesetzentwurf auszuarbeiten. Der alte, gegen den sich der Streik gewendet hatte, war eben unmöglich geworden. Also selbst da, wo der Massenstreik unter Bedingungen stattgefunden hat, wo ich ihn in Deutschland wahrscheinlich niemals gütlichen würde, hat er Erfolg gehabt. — Dann kam der Massenstreik der italienischen Arbeiter wegen der Erziehung von Arbeitern. Das war ein Massenstreik, der spanien aus den Massen herauskam, wo zirk 20 000 Arbeiter die Arbeit einstellten, zum großen Teil sogar unorganisiert, und die Regierung zwang zu erklären, sie werde künftig derartige Schließereien auf die Arbeiter zu vermeiden suchen. Freilich hat das nicht verhindert, daß in diesem Jahre abermals eine derartige Meuterei stattgefunden hat. Im übrigen aber hat dieser Streik ein Steigen unserer Stimmen bei den kurz darauf folgenden Wahlen von 185 000 auf 216 000 Stimmen zur Folge gehabt, hat also auch nach dieser Richtung keinen ungünstigen Eindruck bei den Massen hinterlassen, obgleich die ganzen bürgerlichen Parteien infolge dieses Massenstreiks im höchsten Maße aufgeregt waren und geschlossen gegen uns stimmten. — Endlich dann der Eisenbahnerstreik in diesem Frühjahr. Ich bin selbst Zeuge desselben in Norditalien gewesen. Er ist mißglückt, die Schuld liegt hauptsächlich unserer Reaktion zu, ich weiß nicht mit welchem Recht. — Aber an einen Streik hat noch niemand gedacht. Vor etwa 7 Jahren haben die Arbeiter und Beamten der schweizerischen Nord-Ostbahn in einer Nacht um 12 Uhr die gesamte Arbeit eingestellt in dem Maße, daß, als in einer Station der vorgelegte Beamte nach der nächsten Station rief: „Wo bleibt denn Zug 12?“ geantwortet wurde: „Der bleibt hier!“ (Heiterkeit.) Damit war die Sache entschieden; sie haben drei Tage gestreikt, die Direktion ist zu Kreuze gezogen und sie haben erreicht, was sie wollten, unterstützt allerdings durch das Bürgerium. Schließlich gedente ich noch der Massenstreiks in Rußland. Dort, wo unsere Parteigenossen gar keine politischen Rechte und Wahlmittel haben, werden Massenstreiks auf Massenstreiks drei- und viermal in demselben Ort mit einer Energie durchgeführt, die nur die höchste Bewunderung aller hervorgerufen muß. Indessen sind die Zustände in Rußland so abnorm, daß diese Streiks nicht für uns als Beispiel herangezogen werden können. — Es ist doch wahrhaftig kein Zufall, daß seit dem Jahre 1893 diese politischen Streiks, diese Massenstreiks erst in Anwendung kommen, zuerst in Belgien. Dann ruht die Frage bis 1902 und von da ab bis 1905 sind eine ganze Anzahl solcher Massenstreiks vorgekommen. Es ist also nicht wahr, wenn gesagt wird, die Massenstreiks sind alle verunglückt. Ich frage Euch Gewerkschaftler: wie viel Streiks sind Euch verunglückt, als Ihr noch keine großen Organisationen hattet? Unzählige, und heute noch gehen viele verloren. Hier aber sind mit ganz unzulänglichen Mitteln zum Teil von unorganisierten Arbeitern Massenstreiks inszeniert worden. Ja, Parteigenossen, das empfehle ich Euch nicht, das empfehle niemand, das wäre so Wahnsinn. Wenn man uns Deutschen nachrühmt, wir seien philosophisch angelegte Köpfe, wir liebten, wie Heine mit Recht sagt, das Politisieren — ja, dann haben wir aber auch die Tugend zu organisieren wie kaum eine andere Nation. (Sehr richtig!) Daß die deutsche Militärmacht, so sehr wir sie bekämpfen, organisatorisch ein Meisterwerk ist, das ist dieser deutsch-preussischen Eigenliebe zu verdanken. Auch unsere Verfassungsgesetzgebung ist, so viel wir an ihr zu tadeln haben, als Organisation eine Meisterleistung. Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung; es ist uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Massen selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du hast dein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht. Wir wollen nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben, das versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streik geben lassen werden. (Zuruf.) Heine fragt: Werdet Ihr sie im Zweifel haben? Das beweist nur, daß Sie (zu Heine) von den Gefühlen der Arbeitermasse in diesen Dingen — und das nehme ich Ihnen nicht übel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich — keine genaue Kenntnis haben. Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution, daß ich jetzt noch nicht genügend da, aber das kann geschafft werden. Wenn Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch betätigen müssen, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welche ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht u. V. hat, dann werden die Vorbereitungen für den Generalstreik geschaffen werden. Aber wenn man, wie Robert Schmidt, kalten Blutes sagt, den Anarchosozialismus werden die Gewerkschaften wohl nicht mehr los werden, wenn man in dieser Weise fatalistisch sich in die Dinge ergibt, was ist dann das Ende vom Liede? Doch allerdings dann die Gewerkschaften nur-Gewerkschaften werden. (Sehr richtig!) So sagt u. V. der Genosse Bringmann mit dem Hinweis auf eine Konferenz Kautskys in der „Neuen Zeit“ — von der ich mir allerdings auch

fragte, als ich sie las: das ist eine gefährliche Verurteilung, sie kann ganz falsch ausgenutzt werden — also Bringmann sagt in seiner Broschüre „Der V. Gewerkschaftskongress und der Klassenkampf in Deutschland“ indem er Kautsky zitiert: „Weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung etwas für das Proletariat zu erwarten. Dem Reichstage nimmt man alle Bedeutung, alles Leben“ und zieht dann folgende Schlussfolgerung daraus: „Genug, der Parlamentarismus in Deutschland verjüngt einfach. Der Dreimillionensieg unserer Partei von 1903 hat daran nicht nur nichts geändert, sondern er hat diesen Verjüngungsprozess des Parlamentarismus nur noch beschleunigt. Ich halte es darum auch für richtig, daß der V. Gewerkschaftskongress sich mit sozialpolitischen Angelegenheiten nicht weiter beschäftigt hat. Die Tatsache sieht fest: Eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage haben wir in absehbarer Zeit von der Gesetzgebung nicht zu erwarten. Wir sind, wenigstens für die nächste Zukunft, einzig und allein auf unsere Gewerkschaften angewiesen. Verbesserungen können wir unsere wirtschaftliche Lage nur durch unsere Organisation und vermittelst harter wirtschaftlicher Kämpfe.“ (Zustimmung.) Und dann auf Seite 12 der Broschüre heißt es: „Die ganze politische und ökonomische Situation weist die deutsche Arbeiterklasse auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Sie ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Klassenkampf der Gegenwart spielt auf wirtschaftlichem Gebiet; die Gewerkschaften sind die Träger dieses Klassenkampfes.“ Wenn er so die politische Tätigkeit als unbrauchbar hinstellt, da nützt es nichts, wenn er dann am Schluß seiner Rede dem gewiß sehr schönen Satz ausspricht: wenn aber einmal es sich darum handeln wird, politische Rechte zu verteidigen, „dann darf man sicher sein, daß solche Arbeiter auch dann festhalten werden, wenn es gilt, einen politischen Kampf zu wagen. Wenn die Situation danach anlangt ist, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ritterlich zu kämpfen wissen, menschlich zu siegen und eventuell auch wie Selben zu sterben verstehen.“ Sehr schön, gewiß, aber wenn in dieser Weise von einem Manne, der in seiner Gewerkschaft eine autoritäre Stellung einnimmt, gesagt wird: wir sind in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage, politisch etwas zu erreichen, dann bitte ich Euch — es soll nicht die Absicht Bringmanns sein — aber dann sagt sich doch der Gewerkschaftler: Ja, was soll ich denn da fernherhin noch meine Broschüren für die politische Partei geben (Sehr wahr!) und da sagen sich die jüngeren Gewerkschaftsmilitanten: da gehe ich doch erst gar nicht in die Parteiorganisation hinein! Dieser Quietismus greift notwendigerweise durch die völlig einseitige Tätigkeit unserer Gewerkschaftsführer immer mehr um sich und es kommen vielleicht ganz unfehlbar zum Anarchosozialismus. Weiter mache ich Sie darauf aufmerksam, daß, während der Kongress in Köln die Frage des Massenstreiks behandelte, in einer Konferenz, die wir mit den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaftskommission in Hamburg hatten, wo beraten werden sollte, was eventuell gegen die Wahlrechtsbeschneidungspläne des Hamburger Senats zu tun sei, — daß da von alten Parteigenossen und Gewerkschaftlern gesagt wurde: Ihr wißt ja gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die hängen ja über die Partei, (Hört! Hört!) über den Sozialismus, (Hört! Hört!) über den Zukunftsstaat. Die betreten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen. (Hört! Hört! Urube.) Werte Genossen, ich referiere ja nur, das hat gesagt wird und es waren alte, brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. Und es wurde dann von Redakteuren des „Echo“ bestätigt. Nachdem nun die Anschauungen Bringmanns sogar an dieser Stelle bei Legien Anklang gefunden haben, da muß ich denn doch sagen: seid auf dem Posten, überlegt Euch, was Ihr tut, Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende Ihr Euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen! (Sehr richtig!)

Schließlich kann davon nicht die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der Generalstreik ursprünglich über Nacht kommen müßte, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine so große demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Die muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir dann die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch, geistig in unsere Gewalt gebracht haben, ihre Begeisterung, ihr Vertrauen erreicht haben, damit wir ihnen sagen können: jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Kampf hinein, wenn Ihr eure Schuldigkeit tut — wir siegen! (Bravo!)

Und dann ein anderes: Wir kämpfen doch nicht um Illusionen, nicht um Forderungen des Zukunftsstaates. Wir glauben nicht, daß wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeiten für die Arbeiterklasse sind, wenn sie noch politisch leben und atmen will. Wenn die Frage der Befreiung des allgemeinen Wahlrechts auf die Tagesordnung kommt, dann ist es ganz sicher, daß es auch in den bürgerlichen Kreisen, so korrupt sie sein mögen, ein ganzes Teil Leute gibt, die sagen, so geht es nicht, den Arbeitern darf nicht ein Recht genommen werden, das sie nie gemißbraucht haben, und wir werden unweifellos auch in diesen Kreisen eine gewisse Sympathie haben. Außerdem habe ich eine gewaltige Macht, wenn ich ein Recht, das ich jahrhundertlang bestige, verteidige, als wenn ich ein neues Recht erobere will. (Sehr richtig!) Wenn ich sagen kann: bei euch ist nichts weiter als brutale Gewalt, ihr wollt uns das Recht nehmen, ihr seid Gewaltmenschen, ihr seid Tyrannen, — wenn ich all das sagen kann, was die Massen empören und aufpeitschen muß, dann müßte es doch mit zehntausend Teufeln zugehen, wenn wir da nicht die Massen in hellen Haufen gewinnen würden (Lebhafte Zustimmung), auch die christlichen Arbeiter. Ihr habt ganz recht, Ihr Gewerkschaftler, daß ihr gegen die christlichen Organisationen kämpft, aber als im Jahre 1900 im Reichstags die Jugendverordnungen zur Beratung stand, als die christlichen Arbeiter sahen, wie auch ihnen die Schlinge um den Hals gelegt werden sollte, da haben sie genau so wie wir gegen die Verlage Stellung genommen, und das Zentrum wurde gezwungen, in der Weise zu entscheiden, wie es durch den Mund von Wachen geschah. Was aber sagte Wachen? Er sagte nicht, das Zentrum ist die entscheidende Vertreterin des freien Koalitionsrechtes aus Prinzip, nein, er sagte — und das war sein Hauptgrund —, die katholischen Arbeiter sind empört über das Votum auf sie; wenn dies Votum durchgeführt würde, verlieren wir die katholischen Arbeiter bis auf den letzten Mann, sie laufen uns davon, und das können und dürfen wir nicht dulden. (Hört! Hört!) Man sollte uns mal das allgemeine Stimmrecht nehmen oder wieder einen Versuch zur Befreiung des Koalitionsrechtes wagen! Wie die katholischen Arbeiter beim Bergarbeiterstreik an der Seite der freien Gewerkschaften gekämpft haben, so wußten sie auch, wenn ihr Lebensinteresse für sie als Arbeiterklasse in Frage kommt, ihren Mann stellen. Schließlich ist ja der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der beste Wille. (Sehr richtig!)

Ist es weiter nicht der größte, unerhörteste Skandal, daß diejenige Partei, die auch bei den Landtagswahlen in Preußen die weitaus meisten Stimmen hatte, unter den 433 Mandaten lediglich drei elenden, erbärmlichen Dreiklassenwahlmännern auch nicht ein einziges inne hat? (Lebhafte Zustimmung.) Da immer ich mit Bernstein überein, da haben wir uns doch mal eines Tages zu fragen: Soll das so bleiben, wollen wir es uns dauernd gefallen lassen, daß Junker, Pfaffen und Bourgeois uns den Fuß auf den Hals legen, daß sie ihre Stellung gebrauchen, um die Gemeindegewalt zu verjüngen, um das Vereins- und Versammlungsrecht zu verächtlichen? Tent an die Rolle zum Vereinsrecht aus dem Jahre 1891 Tent an die Bergarbeiter-Revolle, tent an die Resolution für ein Junkerhausgesetz! Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Zustimmung vorhanden sein, und die Stimmung muß erst geschaffen werden. Es werden

Wahrscheinlich ein paar Gewaltstreiche von jener Seite kommen, die alles in Empörung versetzen. Aber die Frage muß auf die Tagesordnung kommen. Wir stehen ja in der Beziehung weit hinter dem Bürgertum der fünfziger Jahre zurück; das Bürgertum hat, als es entrechtet war, fortwährend gekämpft, wir aber stehen da — nun, ich will das Wort nicht gebrauchen — wie Leute, denen alles gleichgültig ist. (Sehr gut!) Und dabei bekommen wir einen Dieb nach dem anderen über den Rücken. Das geht auf die Dauer nicht. (Lebhafte Beifall.)

Während auf der einen Seite Seine sich als Gegner des Massenstreiks bekennet, gehen auf der anderen Seite die Anarchosozialisten über den jetzt von uns vertretenen Standpunkt hinaus und meinen, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Friedberg, der über diese Frage wiederholt ausführlich in Berlin gesprochen hat, hat die erste seiner Reden in Druck erscheinen lassen und auch mir ein Exemplar mit einer sehr schmeichelhaften Widmung verehrt. Man kann wohl sagen, daß das, was da steht, die Ansicht von Friedberg ist. Da heißt es auf Seite 3: „Die ökonomischen Vorteile, die durch den Parlamentarismus dem Massenstaat heute abgerungen werden, können durch Eigenständigkeit des Proletariats in seiner Gewerkschaftsbewegung, durch Ausbau seiner Konsum- und Produktionsaffiliationen reichlich ersetzt werden. Die idealen Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kräftiger durch die Generalstreiksidee, viel schneller, viel wichtiger durch Vertiefung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kraft zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden. Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfmethoden. Unser Kampf ist ein ökonomischer und ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein.“ Und auf Seite 15, wo er die Partei und ihre Tätigkeit kritisiert, heißt es: „Man vergah dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, solange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt sieht notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrücken voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört.“ Genau mit denselben Worten könnte auch ein bürgerlicher Ideologe fordern, daß das Innenleben des Proletariats gehoben wird, daß wir freireligiös werden. (Sehr richtig!) Dann meint Friedberg weiter, daß die Partei nicht instande gewesen wäre, Attentate zu verhindern und fährt fort: „Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zettelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen.“ Damit macht man dem Proletariat Mut zu kämpfen. (Sehr gut! und Beifall.) „Wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Träne nachweinen.“ (Lebhaftes Gähnen!) „Im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Takt bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat.“ Und auf Seite 19: „99 Hundertstel aller Dinge, die im Parlament verhandelt werden, sind Dinge, die uns gar nichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt.“ Ganz im Widerspruch zu dieser Auffassung befragt er auf Seite 10 die Klassenjustiz. Ja, die Klassenjustiz existiert, sie brandmarken aber, das können wir nur im Reichstag; in Versammlungen, da paßt uns der Staatsanwalt. (Sehr richtig!)

Wenn das allgemeine Wahlrecht flöten ist, dann ist auch das Vereins- und Versammlungswahlrecht flöten, dann ist das Koalitionsrecht flöten, dann sind alle die Rechte flöten, die wir brauchen. Denn wenn unsere Feinde uns einmal das allgemeine Wahlrecht nehmen, dann wären sie geradezu Loren, wenn sie uns die übrigen politischen Rechte, mögen sie noch so gering sein, liehen. (Sehr wahr!) Geht einmal, es sei ein Kampf beim Raub des allgemeinen Stimmrechts geführt, bei dem wir schließlich unterlegen sind! Da versteht es sich doch ganz von selbst, daß wir unausgesetzt in unseren Vereinen, in Versammlungen, in der Presse kämpfen, daß wir die Massen aufrütteln und dadurch den Gegnern un bequem werden. Haben sie uns das Hauptrecht genommen, dann müssen sie auch die anderen Rechte beseitigen. (Sehr richtig!) Da hängt ein am anderen. Würden sich die herrschenden Klassen, die der Arbeiterklasse alle Rechte nimmt, etwa einen Generalstreik zwecks Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie gefallen lassen? Wie solche Gedanken, solch Wirrwarr, solch Widerspruch sich vereinigen können in dem Kopf eines intelligenten Menschen und eines braven ausgeprägten Menschen, wie ich kaum einen zweiten kenne, das habe ich mir die ganzen Tage überlegt. Im Reenpalast spricht Friedberg — man muß es hören, um es zu glauben — von einem fünften Stand. (Zuruf: Ja er nicht gesagt!) Das ist allerdings so kolossal dumm, daß ich es auch nicht glauben kann. Er sagt, man müsse sich fragen, ob die Partei noch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Marx und Engels hätten durch ihre dogmatischen Lehren die ganze Bewegung verflumpfen lassen. Als ich das las, habe ich mich gefragt, hat denn Friedberg die ganze Literatur der Partei dergefallen, hat er nicht das kommunistische Manifest gelesen? An der Spitze des kommunistischen Manifestes steht der Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Das ist die Entdeckung von Marx und Engels, eine Entdeckung, die eine vollständige Umwälzung der ganzen Weltanschauung bedeutet. An einer anderen Stelle des kommunistischen Manifestes heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegenstände vereinfacht hat und die ganze Gesellschaft scheidet sich mehr und mehr in zwei feindliche Lager, in zwei große, direkt einander gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat.“ Es wird nachgewiesen, wie der Klassenstaat entstanden ist. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Hieran schließt sich der Nachweis, wie die Bourgeoisie den modernen Proletariat in immer größeren Massen schafft und diese zwingt zur Organisation als besondere Klasse. „Aber: diese Organisation der Proletariat als Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst.“

Kurz, man braucht nur das kommunistische Manifest zu lesen! Es steht einem einfach der Verstand still, wenn man hört, daß wir nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Sehr wahr!) Auch unser Programm, das doch bis heute noch gilt und das in diesen Sätzen von keiner Seite angegriffen ist, betont ausdrücklich unseren Charakter als Massenpartei. Weder verläßt die entsprechenden Stellen des Erfurter Programms, die mit den Worten lauten: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Überwiegenden der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bekommen, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“ Wie man angesichts dieser Äußerungen in den grundlegenden Schriften unserer Meister, angesichts unseres Programms und angesichts einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Schriften und Zeitungsartikeln den Massen vorreden kann: Die Partei hat ja den Boden des Klassenkampfes verlassen — das ist mir unmöglich zu fassen. Friedberg bezieht sich auf Liebknecht, aber er muß wissen, daß Liebknecht in den späteren Auflagen seiner Schrift über die politische Stellung der Sozialdemokratie mit dürren Worten erklärt hat, die darin vertretene Anschauung sei nur auf den norddeutschen Bund anwendbar. Er habe seit Gründung des deutschen Reichs seine Stellung geändert. Man mag ja darüber streiten, ob das richtig und logisch ist, aber nachdem Liebknecht in dieser trockenen Weise seine alte Anschauung demontiert und die Schrift nur noch als Aktenschild einer früheren

Periode herausgegeben hat, ist es im höchsten Grade unrecht, um nicht zu sagen, unloyal, gestützt auf die Autorität unseres Alten vor die Arbeiter zu treten und so sagen: Seht, Liebknecht ist ja mit mir einverstanden! (Lebhafte Beifall.) Diese ganze Kampfmethode ist geradezu ungeheuer. Noch ungeheurer aber ist es mir, daß in der Hauptstadt des deutschen Reichs, in der Stadt der Intelligenz, 8000 Arbeiter, darunter alle Parteigenossen, ein solches Nagouti von Widersprüchen der stärksten Art mit Jubel und Beifall aufnehmen. (Sehr wahr!) Wenn ich je gefragt habe, Donnerwetter, sind wir geistig verkommen, ist unsere politische Bildung zurückgegangen, dann an dem Tage, als ich das las. (Sehr richtig!) Nun, alles hat ja seine Erklärung. Ich bin ein alter Anabe, der 40 Jahre Parteileben durchgemacht hat, ich kenne die Sache. Behalich ging es unter dem Sozialistengesetz, wenn an einem Ort ein Krakeel ausbrach, und der eine oder andere mit den maßgebenden Genossen am Ort nicht einverstanden war. In Berlin sind es die Lokalfisten, die darüber verärgert sind, daß sie keine Fortschritte machen. Gegenüber den Zentralfisten können sie naturgemäß nichts erreichen, sie sind verärgert von den Gewerkschaften, verärgert von der Parteileitung, die sie dementsprechend nicht in Schach nimmt und ihnen Knäuel zwischen die Beine wirft. Na, so lange der alte Kehler lebte, der doch bei allen seinen Fehlern strenger Sozialdemokrat war, hielt er sie in den Grenzen, aber der alte Kehler ist gestorben, die Führung hat aufgehört und nun kommt Friedberg und macht Opposition gegen Partei und Gewerkschaften, und gleich heißt es, der Friedberg ist unser Mann. (Große Heiterkeit.) So ist die Psychologie. Nun haben sich freilich die Berliner Genossen hinterher gesagt: Halt, das riecht doch zu sehr nach Anarchismus; sie setzten sich zusammen, pflegten weisen Rats und gaben ihrer Resolution eine Interpretation, die selbstverständlich die Resolution nicht aus der Welt schaffen kann, sondern die Sache nur noch verwickelter macht. Ich gehe offen, ich lege der Sache keine große Bedeutung bei, wir haben ja schon viel dergleichen gehabt. In St. Gallen begann es bereits mit der Anarchisterei. Dann kam die „Volkstribüne“ mit ihrem Kampf speziell gegen die Fraktion. Dann wurden die Jungen geboren (Heiterkeit) und das Robert Schmidt so famos über sie zu reden wußte, kommt daher, daß er selbst zu ihnen gehörte. (Große Heiterkeit.) Ja, er ist wieder in den Saal zurückgekehrt. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine das nur im biblischen Sinne und im Himmel herrscht ja mehr Freude über einen reuigen Sünder, als über 100 Gerechte. (Andauernde Heiterkeit.) Die Bewegung der Jungen ist in kurzer Zeit zusammengebrochen und ich glaube, mit dem Anarchosozialismus wird's ebenso gehen. (Der Redner erklärt auf die Frage des Vorsitzenden Singer, daß er sein Referat in der Morgen Sitzung beenden und deshalb keine weiteren Ausführungen kurz fassen wolle.)

Meine weitere Polemik gegen Friedberg will ich vertagen und nur noch eine Bemerkung gegen ihn machen. 99 Hundertstel von dem im Reichstag behandelten Fragen sollen die Proletariat nichts angehen! Also die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Klassenjustiz, die Erziehungsfrage, der Strafprozeß, das Gefängniswesen, die Besteuerung, Flotten- und Militärfragen, die Kolonialpolitik, Zoll- und Handelspolitik, die Währungsfragen, die Weltpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Gewerkschaftsfreiheit, die Freizügigkeit, die Genossenschaftsfreiheit, die Volkshygiene — angesichts aller dieser Fragen und vieler anderer kommen diese Genossen und sagen: 99 Hundertstel aller im Reichstag behandelten Fragen haben für das Proletariat kein Interesse!

Ja, wenn dergleichen gesagt werden kann und dann auch noch Beifall bei Genossen findet, dann haben wir allerdings alle Ursache, auf dem Boden zu sein und uns zu fragen, ob wir nicht selbst einen großen Teil der Schuld daran tragen. (Sehr richtig!) Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer größere Verwirrung. (Lebhaftes Zustimmung.) Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt. Ja, wenn es sich um Genossen handelt, die eben erst in die Partei hineingeraten haben, so würde ich mich nicht wundern. Aber es sind zum Teil alte Genossen, die diesen Geist pflegen und so an der Korruption mitarbeiten, die in bezug auf die Grundanschauungen der Partei entsetzt. Daraus folgt, daß es unsere Aufgabe ist, von nun an viel energischer als bisher an der Schulung der Genossen zu arbeiten. (Beifall.) Man hat mir gestern wegen meiner Stellung zur Neutralität Vorwürfe gemacht und ich hoffe, daß Robert Schmidt in seinem geistigen Schlüsselwort die betreffenden Stellen aus meiner Broschüre bereits zitiert hat. Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genügend sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen. Die Gewerkschaftskämpfer und -Männer haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden. (Lebhaftes Zustimmung und Heiterkeit.) Das ist das Mittel, das ich die Art, wie agitiert werden muß. Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, dann wird es kein Reizartikel sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliedszahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften um mindestens 20 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir ein Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger, aber auch eigentlich selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie der Resolution zuzustimmen, in diesem Sinne wollen wir kämpfen, bis der Sieg toll und ganz unser ist. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Singer: Von Legien ist folgendes Amendement eingegangen: In der Resolution 151 den Absatz 8, der dem Massenstreik handelt, zu streichen und dem folgenden Absatz eine entsprechend veränderte Fassung zu geben.

Es ist ferner der Antrag eingegangen: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Rede Sebels zum Generalstreik als Broschüre verteilten zu lassen und gratis zur Massenverbreitung an die Parteiorganisationen Deutschlands heranzugucken. — Im Antrag Sebels ist bereits die Abfassung einer Broschüre gewünscht; diese beiden Anträge werden sich also gut verbinden lassen.

Ich habe noch mitzuteilen, daß von unserem gern gesehenen Gast Genossen August Bringmann dem Parteitag folgende Erklärung zugegangen ist:

„Ich erkläre hierdurch, daß ich nicht die Absicht habe, mich von den alldauernden Bahnen der Sozialdemokratie zu entfernen. Alle aus meinen Reden resp. Schriften gezogenen Schlüsse, die zu einer solchen Vermutung führen, sind irrig.“

August Bringmann.
Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung.
Schluß 1 Uhr.

Nachmittagsitzung, 3 Uhr.
Singer führt den Vorsitz und teilt mit, daß folgendes Telegramm aus Köln eingegangen ist: „Neuvenhuis noch in Haft nach § 361, 2, wird heute nachmittag Richter vorgeführt werden. Näheres folgt.“ Weiter ist folgende Mitteilung von dem Genossen Kaufholt eingegangen: „Anlässlich einer Lohnforderung von 800 Lagerarbeitern der A. E. G. wegen Ausbesserung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. sind am Vortage des Männerverbandes heute hier 6000 Arbeiter ausgesperrt. (Paul-Ruse.) Sechshundert elektrische Werke Berlin sollen folgen. Hier herrscht darüber große Erregung.“ (Unruhe.) Ich füge hinzu, daß nach Priesnachrichten 100 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen.

Hierauf wird die Diskussion über den Punkt „Generalstreik und Sozialdemokratie“ mit den dazu gestellten Anträgen eröffnet. Der Antrag 157 Nr. 2 ist zurückgezogen.

Berlin-Verlin:
Bebel hat meine Äußerungen über die zunehmende Ohnmacht des Reichstages für falsch erklärt. Durch alles, was ich im Reichstag gesehen habe, habe ich aber den Eindruck erhalten, daß in der Tat die Tendenz vorhanden ist, die Bedeutung des Reichstages immer mehr herabzudrücken. Schärfer hat sich in diesem Sinne ja bereits geäußert, mit dem Bebel mehr Unfals gehabt hätte sich auseinanderzusetzen. Bei der Beratung der wichtigsten Anträge sind die Bundesratsmitglieder leer. (Hoffmann-Berlin: Freuen wir drauf!) Sie müßten darauf pfeifen, es ist aber charakteristisch, denken Sie an den überhöhten Selbstschluß, aber den selbst bis tief in die bürgerlichen Parteien Entzweiung herrsche.

Das kann uns nicht gleichgültig sein, weil auch unsere Arbeit darunter leidet. Das Bestreben, das Interesse am Reichstag abzulumpfen und alles Wichtige in den Landtag zu leiten, kann nicht scharf genug bekämpft werden. Bebel hat von der Bourgeoisie gesprochen, als wäre sie eine einheitliche Masse. Aber neben dem Industrie- und Feudaladel, der mit dem Junkertum die Reaktion trägt, stehen noch breite Schichten des Bürgerturns, die mit dieser Reaktion nicht einverstanden sind. Sie sind zwar zerpalten, aber in gewissen Momenten ist auf sie zu rechnen. Ich erinnere an die Sympathieausdrückungen aus bürgerlichen Kreisen beim Vergarbeiterstreik. Gewiß ist die Macht der Arbeiterklasse, wie Bebel betont, groß, aber ich unterschreibe das nicht in bezug auf die auswärtige Politik. Beim Marokkohaandel, in unserem ganzen Verhältnis zum Orientum, wo wir gar nicht einmal wissen, was alles geschehen ist, zeigt es sich, daß wir eine Kabinetts- und keine Volkspolitik haben. Da haben wir keinen Einfluß, da liegen gewisse Grenzen unseres Einflusses. Ich bin der letzte, der die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Arbeiterklasse unterschätzt. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht nur ein Faktor im politischen Sinne, um die Ansichten der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, es ist auch ein großer ökonomischer Faktor. Bei allen Handlungen der Arbeiterklasse zeigt sich, daß wir Politik und Ökonomie gar nicht so trennen können, wie es von mancher Seite geschieht. Jeder große Streik wird zu einem politischen Ereignis. Nimmt man der Arbeiterklasse das Wahlrecht, so nimmt man ihr damit auch eine wichtige Waffe im ökonomischen Kampfe. Mit der Resolution Bebel, die sich in allen Punkten mit den Anschauungen deckt, die in der kleinen Broschüre, der Wiedergabe meiner Breslauer Rede, niedergelegt sind, bin ich von ganzem Herzen einverstanden.

Seine-Berlin III:
Daß die Bebel'sche Resolution und seine Rede im allergrößten Teil so ist, daß auch ich zustimmen kann, ist selbstverständlich. Die historischen Ausführungen, die Kritik der Gegner — alles unanfechtbar! Aber ich weiß noch immer nicht, ob wir nur auf Wahlrechtsverschlechterung mit dem Massenstreik antworten sollen. Einige Teile klingen als begeisterte Parolen zum Massenstreik und werden von Genossen und Gegnern sicher so aufgefaßt. An anderer Stelle wieder will Bebel aufeinander nicht unbedingt sich auf den Massenstreik festlegen. Die Resolution spricht von „geeigneten Mitteln“ und „gegebenenfalls“. Ich halte den Massenstreik jetzt nicht für geeignet und deshalb den „Fall nicht für gegeben“, andere denken anders. Also wird der Streit jetzt erst recht losgehen. Was wir brauchen, wäre aber eine klare, praktische Entscheidung. Wenn wir einen Entschluß fassen wollen, so müssen wir doch untersuchen: Kann die Sozialdemokratie in Deutschland auf einen Massenstreik rechnen? Wer kann mitgehen? Wer wird mitgehen?

Davon enthält Sebels Rede nicht ein Wort. Dies war umso wichtiger, als Roland-Holt nicht gerade glänzende Versprechungen in dieser Richtung eröffnet. Was Zempeters und ich darüber in den „Sozialistischen Monatsheften“ geschrieben haben, das hat Genosse Bebel nicht widerlegt.

Ferner müssen wir uns fragen: Können wir mit dem Massenstreik siegen? Denn siegen ist doch wohl der Zweck solcher Kämpfe? Was steht uns entgegen? Wie wird der Streit verlaufen? Ich stimme Wort für Wort mit dem überein, was Frau Felsin in Berlin gesagt hat. Sie sagte nach dem „Vorwärts“: „Wir können deshalb auch nicht sagen: wenn die bürgerliche Gesellschaft das und das tut, dann werden wir mit dem politischen Massenstreik antworten. Aber wenn er ausbricht, dann muß hinter ihm auch das Gespenst der Revolution stehen. Wenn das Proletariat einmal den politischen Massenstreik unter seine Kampfsmittel aufgenommen hat, dann darf es sich nicht blenden lassen durch das Wortchen Geselchtheit. Wenn die herrschenden Klassen den Boden der Geselchtheit zertrümmern, ist das Proletariat im Recht zu sagen: Ich stelle mich auf den granitnen Boden meiner Macht.“

Freilich das sittliche Recht zu solchem Tun, das kann uns dann niemand bestreiten, aber späterhin mit Marx wissen wir, daß man mit diesem Recht seinen Mund vom Hfen laßt. In der Politik ist Recht, was man kann. Darum spricht auch Frau Felsin von dem „granitnen Boden der Macht“, auf den wir uns stellen sollen. Ja, man zeige uns diese granitne unzerbrechliche Macht! Bebel hat uns beweisen wollen, daß wir Macht haben. Gewiß haben wir solche, namentlich geistige Macht, aber es fragt sich nur, haben wir die Macht, einen Generalstreik in nächster Zeit durchzuführen. Ich meine nein!

Als ich meine Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ schrieb, wußte ich, daß das vielen nicht angenehm klingen würde. Es schmeckt immer besser, sich an dem süßen Tranke des eigenen Machtgeföhls zu betrinken. Ich wußte auch, daß die Hinweise auf das Strafgesetz verstümmen würden. Gegen den illoyalen Vorwurf, ich hätte dem Staatsanwalt Material geliefert, hat mich schon Bebel verteidigt, doch der unwissendste Staatsanwalt schreit sich von mir keine Paragraphen sagen zu lassen. Darin sind die Herren sehr findig. Aber die Genossen, denen diese Bestimmungen des Strafgesetzes unbekannt sind, wolle ich warnen.

Übrigens, was den Hinweis auf den Staatsanwalt betrifft, so befinde ich mich da in guter Gesellschaft. Bebel hat gestern gegen Liebknecht und heute gegen Friedberg den gleichen Hinweis gemacht. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich den Genossen zu sagen, daß wir nicht die Macht haben, jetzt einen politischen Massenstreik zu beginnen. Auch Frau Roland-Holt betont, daß wir der brutalen Gewalt der Gegner jetzt nicht gewachsen sind. Deshalb will sie auch einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gedungert wird, aber gleich erklart wird, daß sonst nichts geschehen solle. Bei uns in Deutschland wäre ein solcher Streik wirkungslos, unsere Junker und Bureaucraten haben zu gute Kerren, als daß sie sich dadurch ins Vordhorn jagen liehen. — Meine Ausführungen in den Monatsheften, daß es zur Strafschlichtung kommen würde, hat Bebel auch nicht widerlegt, und daß wir in einem solchen Kampf nicht siegen würden, darüber sind wir uns auch einig. Mit Worten, mögen sie noch so edel gemeint sein, schlägt man keine Schlachten, und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten möchte ich nicht spekulieren; dazu bin ich nicht „etwas“ genug. Bebel hat von Angstreiterei gesprochen. Angst ist ein willkürs Gefühl der Sorge vor dem Unbekannten, aber einer bekannnten Gefahr klar ins Auge sehen und wenn man sie nicht beseitigen kann, ihr aus dem Wege gehen, das ist eine Pflicht der Klugheit, namentlich wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr wahr!) Wir ist das Wort des Volkes zu teuer, die Arbeiter sind es, die ihre Haut zu Marke tragen müssen. (Zuruf: Wir auch!) In erster Reihe die Arbeiter! Es heißt, Opfer erfordert mal jede Sache. Wohl, wenn die Sache dadurch gefördert würde. Hier aber würden die Opfer gebracht um einer sicheren Niederlage willen. Tustet man das Wahrheit an, wabesich ich! Erklären wir aber jetzt darauf mit dem Massenstreik antworten zu wollen, so ist das weit entfernt, die Gegner abzuschrecken. Es ist vielmehr das beste Mittel, sie zur Wahlentziehung anzureizen, denn sie wünschen ja nichts sehnlicher als daß wir das Volk vor ihre Gewehre und Kanonen führen sollen. Könnten wir uns nicht gegen eine Wahlentziehung wehren — gewiß, es wäre eine beschämende Niederlage. Machen wir aber unter den isionu

Umständen Generalstreik, so geht uns nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bürgerliche Recht dazu. Um wir also den Schicksal machern nicht diesen Gefallen. Schaffen wir vielmehr erst diesen granitnen Boden der Macht. Wie das zu machen ist, davon sagt die Resolution nichts, womit ich einverstanden bin. Ich stimme Bebel bei, daß wir unorganisierte Massen nicht blindlings in einen Massenstreik hineinzuwerfen dürfen. Ich rief ihm zu: „habt Ihr sie in Fägel“, worauf er mir das richtige Verwehrens abspach, aber mein Zwischenruf sollte doch nur das selbe sagen, was Bebel sagte: „daß nämlich die Massen noch nicht organisiert sind.“

Wo organisieren wir, vor allem werden wir, ziehen wir vor allem den leider immer noch größeren Teil des Volkes heran, der unserer Sache noch fernsteht. Die unangeführten Massen und die Leute, die man so verächtlich als Müllkinder abtat, denen man entgegengerufen hat: „wir mögen Euch gar nicht, wir wollen lieber eine kleine Partei,“ die sind auch Volk (sehr richtig!), ohne diese Reagen können wir auch in einem Massenstreik nicht siegen. Haben wir aber die einmal, so liegt es vielleicht anders. Was dann sein wird, darüber konnte man heute nur Worte machen. Ich denke: „Kommt Zeit, kommt Tat.“

Prohne - Hamburg:

Parteienossen! Die umfassenden und gründlichen Ausführungen Bebel's werden es vielen Parteigenossen erst ermöglichen, sich ein festes Urteil in der Frage des Generalstreiks zu bilden oder ihr Urteil wesentlich zu berichtigen. Es ist Ihnen ja allen bekannt, daß ich in dieser Frage eine Stellung eingenommen habe, die von der vieler Parteigenossen abweicht. Ich bin richtig, objektiv erwägend an sie heranzutreten und bin zu dem Schluss gekommen, daß es vollständig unabweisbar und höchst bedenklich sei, uns unter allen Umständen für bestimmte Zwecke auf den politischen Massenstreik festzulegen. Wir betreten damit durchaus den Boden rein taktischer Erwägungen und man sollte sich hüten, irgendwie das Prinzip als ausschlaggebend hineinspielen zu lassen. Darüber sind wir alle einig, daß das Vollstimmrecht unter Umständen bis zum äußersten zu gelten habe. Aber wie gesagt, wenn man der Angelegenheit unter taktischen und praktischen Gesichtspunkten näher tritt, so kann man allerdings zu erheblichen Anstellungen kommen. Die Diskussion dieser Frage habe ich niemals abgelehnt, bekämpfte ich nur die Art und Weise, wie man auf vielen Seiten die Diskussion geführt hat. Da ist man weit über das Ziel hinausgegangen, hat man ganz anders sich ausgelassen, als es heute Bebel in ruhiger, objektiver Weise getan hat. Man soll sich in solchen Fragen hüten vor Ueberfälligkeit, hüten vor allem vor Fanatismus. Wir haben es erlebt, daß in unseren eigenen Reihen sich eine bedenkliche Himmelfahrt zu rein anarchischen Auffassungen geltend gemacht hat. Bebel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gut Teil der Schuld daran, daß soviel Anarchismus und Verwirrung entstanden ist, wir selbst tragen. Ich möchte mir gestatten, Ihnen ein paar Sätze vorzulesen. „Nicht als Mittel, die kapitalistische Produktion stillzulegen, sie langsam auszuheilen und durch diesen Druck, diese oder jene Einzelforderung durchzusetzen oder irgend einen politischen Anschlag abzuwehren, ist der politische Massenstreik aufzuführen, ein solcher Massenstreik als untergeordnete Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten politischen Zweckes gedacht, ist von vornherein ausfallslos. Er darf nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und die Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Instinkt sich ihm anschließt, wo es sich um die ganze politische Macht und deren Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag richtig, muß bereit sein, im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen, und die Masse muß damit einverstanden sein, daß sie für den Sturz der Klassenherrschaft, um die Diktatur des Proletariats kämpft.“

Es mögen nun wohl annehmen, daß diese Worte in einem anerkannt anarchischen Blatte gestanden haben. Nein, das ist wirklich enthalten in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 18. März 1904. Wie unterscheiden sich davon noch Ausführungen von anarchistischer Seite. Wie Genosse Bebel heute die Sache dargestellt hat, gewinnt sie unter rein taktischen Gesichtspunkten ein ganz anderes Aussehen. Ich halte mich an die Tendenz der Resolution des Genossen Bebel und an die allgemeine Tendenz seiner Ausführungen. Dieser werden wir alle zustimmen können, wenn auch mit den Worten „alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden“ recht eigentlich auch die Anerkennung des politischen Generalstreiks schon enthalten ist. Jedenfalls sollten wir dafür sorgen, daß die Diskussion über diese Frage sich in den richtigen Grenzen hält; stelle man es nicht so hin, als wenn diejenigen, die nicht gleich in die vorgezeichnete Kerbe hauen, Verräter an der Partei, am Prinzip wären. Ich halte diejenigen, die mit Vorsicht an die Behandlung dieser Frage gehen, für ebenso gewissenhaft und den Parteinteressen dienend, wie alle anderen. Auf dem Amsterdamer Kongress hat die Genossin Roland Polst erklärt: An die Türen zum Generalstreik stellen wir die Wächter: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin. Es versteht sich doch in der Tat von selbst, daß wir keine Ursache haben, die Massen in eine blutige Hingabe, in ihr überflüssigste Hoffnungen zu erwidern, die unter Umständen nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschlüsse für die ganze Sache des Volkes mit sich führen. Wenn man sich für den politischen Massenstreik gegebenenfalls entscheidet, dann muß man wissen, daß man eine schwere Verantwortung übernimmt. Wir müssen uns klar machen, daß wir sehr viele Vorkämpfe zu bestehen haben werden, zu denen die Gegner und provozieren werden, um unsere Kraft zu schwächen. Es wird daher gelten, zunächst unsere Kraft zu stärken, unsere Organisationen auszubauen. Denn bisher haben wir von 11-12 Millionen Arbeitern erst 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisiert. Und mit der Organisation allein ist nicht genug getan, es muß Aufklärung geschafft, Licht in die Köpfe gebracht werden. An die Parteigenossen möchte ich dabei die Aufforderung richten, sich auch selbst der Gewerkschaftspropaganda etwas mehr zu widmen. Kommen wir zu einer solchen Macht, so können wir es unter Umständen erleben, daß unsere Gegner angeht dieser unserer Einigkeit und Entschlossenheit, es bis zum äußersten kommen zu lassen, es selbst nicht wagen, die Rechte des Volkes so zu vergewaltigen, wie sie es wollten. (Bravo!)

Robert Schmidt-Berlin:

Bebel hat im Laufe seines Referats auch eine Bemerkung über meinen politischen Werdegang gemacht. Es ist richtig, daß ich vor fünfzehn Jahren Bewegung zur unabhängigen Bewegung gehabt und das lähne Unterfangen gehabt habe, dem Genossen Bebel mehr revolutionäre Gefinnung beizubringen. (Heiterkeit.) Ich bin über den Einspruch, den ich damals ausgeübt habe, heute mehr als befriedigt. (Große Heiterkeit.) Ich bin im Gegenteil zu den Vorrednern der Meinung, daß die Resolution Bebel sehr klar ist. Sie bringt uns in eine ganz neue Situation. Bebel stellt einen ganz bestimmten Fall hin, den Kampf des allgemeinen Wahlrechts, und sagt für diesen Fall den politischen Massenstreik an. Wenn aber der Massenstreik ein Mittel ist, um den Angriff der Gegner abzuwehren, dann sehe ich nicht ein, weshalb man nicht weiterhin sagen soll: er ist überhaupt ein so vorzügliches Mittel, daß wir uns vollständig seiner bedienen wollen. Und da gebe ich Friedberg recht: Die Halbheit hat in diesen Dingen keinen Zweck. Wenn der Massenstreik das Koalitionsrecht, das Wahlrecht schützen kann, warum soll er dann nicht in der Lage sein, die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben? Bei diesen Fragen handelt es sich unter Umständen um Sein oder Nichtsein der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat Friedberg durchaus konsequent diesen Weg und diese theoretische Auffassung weitergedacht als Bebel. Nach dem Bremer Parteitage war Bebel noch anderer Ansicht. Damals schrieb er in der „Neuen Zeit“: „Das geplante oder beabsichtigte Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstande einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen darf. ... Die Art der Abwehr richtet sich nach der Art des Angriffs. Erst wenn dieser klar vorliegt, kann man die Gegenmaßnahmen treffen. Es ist ganz unmöglich, die Massen ins Feuer

zu bringen gegen einen Feind, den sie noch nicht sehen. ... Ein Attentat auf das Reichstagswahlrecht, für das unzweifelhaft in weiten Kreisen Neigung besteht, kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. ... Um einen solchen Kampf aufzunehmen und zu führen, bedarf es von unserer Seite keiner langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen, den können wir, wenn es sein muß, jeden Tag beginnen.“ Damit ist auch zugleich eine Antwort auf die Frage Bebel's gegeben, was wir denn machen wollten, wenn uns das Wahlrecht genommen werden sollte und wir keinen Massenstreik machen. Die Situation ist heute nicht erst als zur Zeit des Umsturzes und der Justizhausvorlage. Deshalb dem nun auf einmal dies neue Kampfmittel? Ich schätze den Genossen Bebel sehr als den brillantesten Reitergeneral auf dem Paradesfeld der politischen Partei, aber seine brillante Reiterartade wird im Ernstfalle in tausend Atome aufgehen, und das ist das Gefährliche. Die Arbeiter haben keine Disziplin wie ein preussisches Regiment, und die Mannen werden im Ernstfalle auch fragen: Herr Kommandeur, wo gehen wir hin? Und wenn du uns in den Hinterhalt führst, so weigern wir den Gehorsam! — In zwei Tagen kann solch ein Generalstreik ja nicht durchgeführt werden, wenigstens in Deutschland nicht. Wenn das in Holland möglich war, so ist das für uns gleichgültig. Ueber den belgischen Generalstreik hat Vandervelde gesagt: „Was vermochten die Tausende von Manifestanten bei all' ihrem Rute gegen die Gewehre der Gendarmen und der Zivilgarde auszurichten?“ So wie es da lag, wird es überall liegen.

Man sagt, wir haben ja auch in Deutschland schon politische Streiks gehabt. Das ist richtig. Wir haben sie bei sozialpolitischen Forderungen gehabt und da ist er möglich. O ja, da ist es schon denkbar, daß der Bourgeois kommt und sagt: für die Bergarbeiter ist der Achtstundentag durchaus berechtigt. Aber, lieber Genosse Bebel, wenn es sich um die Nachfrage handelt, dann ist die Bourgeoisie einig und nicht nur das, sondern wir werden auch Abstrümpfe bekommen. Ueberall, wo bisher Massenstreiks versucht worden sind, ist sehr schnell ein ungeheurer Aufschlag auf alle Preise erfolgt. Genosse Bebel aber hat in seinen vorzüglichen und weit ausgreifenden Ausführungen eine Frage nicht berührt, nämlich die der Durchführbarkeit. Sie (zu Bebel) sagen: wir wollen 14 Tage hungern. Das ist ja ein Wort, das schon klingt, aber die praktische Durchführung macht doch kein Mensch mit. So liegen die Dinge. Daß wir uns heute noch darüber unterhalten müssen, ob wir Gewalt anwenden wollen oder nicht, ist bedauerlich. Und darum dreht es sich. Dagegen, daß wir unser Leben einsetzen, sagt niemand etwas, aber daß wir politischen Selbstmord begehen, dagegen erhebe ich Widerspruch. Einen Verzweigungskampf zu beginnen im Vertrauen darauf, daß das preussische Militär nicht schiefen wird, das ist eine Vertrauensseligkeit, die ich einfach nicht verstehe. Wir bekommen dann russische Zustände und sogar schlimmere, weil wir ein ganz anderes Verwaltungssystem haben und eine viel langwierigere Militärmacht. Bei uns würde es daher für die Bourgeoisie eine Kleinigkeit sein, uns zu Paaren zu treiben. Denen, die hier damit operieren, daß wir unser Leben einsetzen wollen, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten, die Liebknecht in Halle sprach: „Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des gemeinen Rechts gestellt, da mühten wir entweder uns feig bücken ... oder wir mühten tun, was wir getan haben — erklären: Wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir nicht existieren, wir existieren aber und wollen existieren und deshalb müssen wir das Gesetz brechen und das können wir doch nicht „gesetzlich“, das heißt auf dem Boden dieses Gesetzes. So liegen die Dinge auch heute noch: wir können nicht vernichtet werden. Darüber mag sich die Bourgeoisie keinen Zweifeln hingeben, daß wir, wenn sie von neuem gegen uns mit Gewalt vorgehen sollte, dann weiter wählen würden, wie wir es unter dem Sozialistengesetz getan haben. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Sarenthin-Berlin:

Ich teile nicht die Ansichten Robert Schmidts. In Arbeiterkreisen wird ganz anders über den Massenstreik geurteilt, als die Personen es tun, die nicht mehr an der Gabelstange oder am Schraubstock stehen. (Sehr richtig!) Wir müssen doch wissen, was wir zu tun haben, wenn uns das Wahlrecht genommen wird. Da gilt es die Massen zu prüfen. Mit dem allgemeinen Wahlrecht würde auch das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden, und deshalb ist es auch Pflicht, in den Gewerkschaftsversammlungen den Massenstreik zu diskutieren. Bömelsberg sagte in Köln: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, dann müssen wir zu den anderen Mitteln greifen. Ja, welche Mittel sind denn das? (Sehr gut!) Es ist notwendig, dies Problem zu unteruchen und wir werden finden, daß uns dann nichts als der politische Massenstreik übrig bleibt. In Belgien, in Italien sind Erfolge erzielt worden. In Italien haben sich nach dem Generalstreik die Stimmen verdoppelt. Im Generalstreik liegt ein revolutionäres Moment. In allen Wahlvereinsversammlungen muß der politische Massenstreik diskutiert werden. Die Köpfe der Parteigenossen müssen revolutioniert werden. Ist unsere politische und gewerkschaftliche Organisation gestärkt, dann werden die Anschläge unserer Gegner zerfallen. (Bravo!)

Rosa Luxemburg:

Wenn man die bisherigen Reden in der Debatte zur Frage des politischen Massenstreiks hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? (Sehr richtig!) Sie lesen tagtäglich in den Zeitungen die Berichte von der Revolution, Sie lesen die Depeschen, aber es scheint, daß Sie keine Augen haben zu sehen und keine Ohren zu hören. Da verlangt man, daß wir sagen, wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Kommt ihr es auf euer Gewissen nehmen, daß Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf und das Blut der Massen gebrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Fragen stellen. Schmidt sagt, warum sollen wir auf einmal unsere alte bewährte Taktik dem Generalstreik zu Liebe aufgeben, warum sollen wir auf einmal diesen politischen Selbstmord begehen? Ja, stellt denn Robert Schmidt nicht, daß die Zeit gekommen ist, die unsere Grobmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution und wir wären Tölpel, wenn wir daraus nicht lernten. Da stellt sich keiner hin und fragt Bebel, ja haben Sie auch darüber nachgedacht, daß im Falle des Generalstreiks nicht nur unsere wohl organisierten Kräfte, sondern auch die unorganisierten Massen auf dem Plan zu erscheinen haben, und haben Sie auch diese Massen im Fägel? Aus diesem einem Wort geht die ganze bürgerliche Auffassung von Heine hervor, daß es eine Schande für einen Sozialdemokraten. (Unruhe.) Schmidt hat sich auf das belgische Experiment und auf den Aufbruch von Vandervelde bezogen; ich glaube, wenn irgend etwas gereizt hat, daß man eine grobartige spontane revolutionäre Wahlbewegung durch Kleinigkeiterei bewirken kann, so war es dieser Streik, und Vandervelde konnte meiner Kritik gegenüber nicht eine einzige Tatsache anführen, sondern suchte sich durch allgemeine Redensarten herauszureden, als ich ihm nachwies, warum diese ganze grobartige Massenwahlbewegung zugrunde gegangen war. (Versteinen: Unruhe.) Ah, was verstehen Sie davon? (Große Unruhe.) Heine hat das rote blutige Gesicht heraufbeschworen, und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als — das war der Sinn seiner Worte — dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige ruhige Heine, aber wir leben doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes

gemacht sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo sie zum erstenmal ihr Blut für ihre eigene Klasse lassen sollen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, mein, dies Blut ist uns zu teuer. (Große Unruhe, in der die nächsten Worte der Rednerin verloren gehen.) Es handelt sich augenblicklich nicht darum, Revolutionen zu proklamieren, es handelt sich nicht einmal darum, den Massenstreik zu proklamieren. Und wenn uns Heine, Schmidt und Frohme zurufen, organisiert die Massen und kauft sie auf, so werden wir ihnen antworten, das tun wir, aber wir wollen es nicht in Eurem Sinne! (Ruf: Ach! ach!) nicht in dem Sinne der Verkleinerung und Vertuschung der Gegensätze, wie es alle diese Genossen seit Jahr und Tag tun. Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger. Erwinnern Sie sich an die Zeit des Sozialistengesetzes! Man hat unsere Gewerkschaften zertrümmert, und sie sind wie Pöbner aus der Höhe entporgestiegen. Ebenso wird es mit dem politischen Rechte sein. Es gilt vor allem, die Massen aufzuklären und da brauchen wir gar nicht so vorsichtig zu sein wie die Gewerkschaftsführer in Köln die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, keine Spur von Organisation, und sie setzten jetzt Schritt für Schritt ihre Organisationen durch den Kampf. Die Organisation wird im Kampf geboren, zusammen mit der Klärung der Situation. Gegenüber der ganzen Kleinigkeiterei müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des kommunistischen Manifestes nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es ein blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Beifall und Widerspruch.)

Legien:

Aus meinen Ausführungen auf dem internationalen Kongress in Paris hat Bebel einen falschen Schluss gezogen, er zitiert noch dem Protokoll, aber das Protokoll ist völlig unzureichend, mein halbstündiges Referat ist in 30 Zeilen zusammengefaßt. Ich siehe noch genau auf dem damaligen Standpunkt, ich habe die Resolution von 1903 in London und auch die von 1900 in Paris ausgearbeitet; ich lasse die Frage, ob es zu einem Generalstreik kommt, ob er wohltätig oder nützlich ist, ganz offen. Bei den internationalen Vereinbarungen dreht es sich um etwas ganz anderes, wir haben da mit Nationen zu tun, die das Mittel des Generalstreiks seit langen Jahren anwenden. Dort in der Kommission sah auch Briand, der Vater des Generalstreikgebahrens und erklärte, wir brauchen in Frankreich die Generalstreiksätze zur Propaganda für die Organisation. Ich halte diese Art der Propaganda für durchaus falsch. Aber das ist nicht unsere Sache. Die Vorkämpfer können ihre Taktik so einrichten, wie sie es für geboten halten. Dagegen aber verwahren wir uns, daß die von ihnen beliebten Propagandamittel anderer Nationen beizubringen versucht werden, die sie nicht haben wollen. Es ist eine durchaus falsche Schlussfolgerung von Bebel, daß ich damals besonders in Paris, mich der Generalstreiksätze genähert hätte. Weiter zitiert Bebel aus der Broschüre von Bringsmann. Aber es handelt sich da nicht um eine Schrift zur Massenverbreitung, sondern um das Protokoll einer Versammlung. Bebel zog aus den Worten von Bringsmann den Schluss, als wolle dieser von der parlamentarischen Aktion abraten. Solche Zitate wirken ja, aber die ganze Bitterkeit hat verdammt wenig Zweck. Es kommt einfach auf die Tatsache im gegebenen Moment an. In dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit z. B. finden sich am Schluss ganz ähnliche Gedanken wie bei Bringsmann. Es fällt mir aber gar nicht ein, irgendwelche Schlüsse auf die Stellung der Fraktion daraus zu ziehen. Die Streichung des Satzes vom Massenstreik habe ich deshalb beantragt, weil ich ihn für überflüssig halte, denn es heißt in dem vorhergehenden Satz, daß in solcher Situation die Arbeiterklasse jedes geeignete Mittel anwenden wird. Im übrigen stimme ich der Resolution Bebel vollständig zu. Ich würde in einer anderen Situation vielleicht auch jenem Satz zustimmen, nicht aber in der gegenwärtigen, denn in der gegebenen Situation ist dieser Satz nichts anderes, als ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus. (Zustimmung und Widerspruch.) Dieser Anarchosozialismus beschränkt sich und wird sich dauernd beschränken auf eine kleine Gruppe von Leuten. Er ist nicht hervorgerufen durch die Rede von Friedberg, sondern Friedberg hat nur die in diesen isolistischen Organisationen seit ihrem Verfehlen vorhandene Tendenz in Worte gefeilt. (Sehr richtig!) Der Anarchosozialismus wird auf die kleine Gruppe beschränkt bleiben, sofern ihm nicht Hilfe wird aus dem Kreise der Parteigenossen. Der Satz würde eine Unterstützung des Anarchosozialismus bedeuten und dies Zugeständnis dürfen wir nicht machen. Aus diesem Grunde bitte ich Bebel den Satz zurückzuziehen. Im übrigen schließe ich mich im großen ganzen Robert Schmidt an. Nur noch ein Wort: Kommt der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Geben die Massen einmal auf die Straßen, dann gibts kein „Jurid“ mehr. Dann heißt es: Wiegen oder brechen. Man sucht eben in der Partei nach neuen Kampfsmitteln, weil man fälschlicherweise die Idee des gewaltsamen Widerstandes preisgegeben hat. Ich habe die Auffassung, daß Revolutionen im alten Sinne heute nicht mehr möglich sind, nie geteilt. Ich bin überzeugt: Wenn unsere Macht so gemacht ist, daß wir der Bourgeoisie gefährlich werden, dann legt sie das Spiel auf eine Karte. Dann wird sie uns vor die Bajonette treiben. (Sehr richtig!) Aber kommt dieser Zeitpunkt, dann verlegen die Bajonette, dann verlagst das Machtmittel, aber das die Bourgeoisie verfügt. (Ruf: Das ist die Frage!) Ist nicht der größte Teil unserer Leute Soldaten gewesen? Wissen sie nicht, mit den Gewehren umzugehen? Ich sage also: kommt es einmal zur Massentation, dann stehen wir tatsächlich vor der Revolution. Dann gibt es kein „Jurid“ mehr. Man darf die Generalstreikfrage nicht so wie Heine einfach von der Jubilatur abhängig machen. (Sehr wahr!) Ebenso wenig trifft das zu, was Liebknecht gestern sagte: Die Polizei werde die Gewerkschaften schon zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zwingen. So schäme ich unsere deutsche Arbeiterklasse nicht ein. Ich denke höher von ihr. Ich bin überzeugt, die Arbeiter sind aus Erkenntnis der Dinge zu uns gekommen. (Sehr gut!) In gewisser Beziehung halte ich die Propagierung der Idee des politischen Massenstreiks für gefährlich. Ziehen Sie nicht die nötige Schlussfolgerung, daß der Massenstreik der Anfang der Revolution ist, denn dann müten Sie der Arbeiterklasse etwas zu, was ich ihr unter keinen Umständen zumuten möchte. Sollen sie nicht Widerstand leisten, wenn auf ihnen herumgeprügelt wird, dann müten Sie ihnen nicht zu, auf die Straße zu gehen, denn sobald die Massen auf die Straßen gehen, wird auf sie eingekauft, und ich müte ihnen nicht zu, daß sie sich das gefallen lassen. Soweit müssen wir die Arbeiter erziehen, daß sie in dem Moment, wo auf sie eingekauft wird, auch wieder hauen. (Beifall.) Es läuft ein genügend unterstützter Antrag ein, über die Resolution Bebel a m e n t l i c h abzustimmen.

(Schluß im Hauptblatt.)

Aus der Frauenbewegung.

Der gewerkschaftliche Frauenverein Berlin und Umgegend hält am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, eine Vereinsversammlung in dem Lokal von W. Damm, Schützenstr. 18/19, ab, in welcher Genosse W. Verndt einen Vortrag halten wird. Gäste sind willkommen.

Soziales.

Kaufmannsgericht.

(Verhandlung vom 22. September.)

Erkrankung an Syphilis ein Grund zur sofortigen Entlassung.
Wegen die Firma Albrecht klagte ein Kommiss, weil er angeblich zu Unrecht ohne Kündigung entlassen worden sei. Von dem beklagten Chef wurde geltend gemacht, daß der junge Mann laut eigenem Geständnis geschlechtskrank gewesen ist; infolgedessen habe er ihn sofort entlassen müssen, da die Krankheit ansteckend sei und das Verhalten des Erkrankten mit den Waren zweifellos eine Ansteckungsgefahr für die Kunden in sich birge, ganz abgesehen von dem Geld, den das übrige Geschäftspersonal bei der Verührung mit dem Kläger empfunden habe. Die Klage wurde abgewiesen, da nur unverschuldete ansteckende Krankheiten oder Unfälle nicht zur sofortigen Entlassung berechtigen. Selbstverschuldete ansteckende Krankheiten aber, zu denen auch die Syphilis gezählt werde, geben dem Arbeitgeber jedoch das Recht zur sofortigen Entlassung. Die Aufhebung des Gerichts, daß es sich um eine selbstverschuldete Krankheit handelt, müßte doch erst durch Beweiserhebung geführt werden.

Auf die Lehrlingsverziehung im Kaufmannsberuf warf eine gestrige Verhandlung ein eigenartiges Schlaglicht. Ein unterer Ministerialbeamter klagte gegen das Deutsche Kolonialhaus Antelmann, wofür selbst sein als Lehrling tätiger Sohn plötzlich entlassen worden war, auf Zahlung des Lehrlingslohns für mehrere Monate. Der Chef wandte ein, er habe im Interesse seiner Autorität als Lehrling den jungen Mann berechnigtweise wegen Ungehorsams entlassen müssen. Dem Lehrling sei nämlich der Auftrag geworden, eine Kiste mit einer bestimmten Sorte Macaroni einzupacken. Aus Bequemlichkeit habe er jedoch eine andere Sorte, die ihm näher zur Hand war, verpackt. Um nun dem Lehrling das Unrecht fühlbar zu Gemüte zu führen und auch gleichzeitig einen Betrag für das eventuelle spätere Zeugnis in Händen zu haben, habe er dem Jüngling befohlen, selbst eine Erklärung niederzuschreiben, worin dieser behaupten sollte, daß er die Verwechslung der Macaroni aus Faulheit vorgenommen habe. Auf Anraten des Vaters verteidigte der Lehrling jedoch dieses schriftliche Sündenbekenntnis in der verlangten Form; deshalb die Entlassung. Die Frage drehte sich nun darum, ob der Lehrling berechtigt sei, ein derartiges Ansehen an den Lehrling zu stellen oder nicht. Es kam jedoch zu keiner gerichtlichen Entscheidung dieser Frage, da auf dringendes Anraten des Vorsitzenden sich beide Parteien dahin einigten, daß der junge Mann wieder in das Geschäft eintreten solle. Bei dem Hin und Her über die Vergleichsmodalitäten wurde aber noch zur Sprache gebracht, daß der Lehrling zeitweilig bis 10, 11, ja bei Inventuraufnahmen sogar bis 2 Uhr nachts beschäftigt worden war und trotzdem am anderen Morgen wieder um 8 Uhr im Geschäft sein mußte.

Von 7 Uhr morgens bis 11 Uhr abends hatte der Kommiss eines kleinen Destillationsgeschäfts von Virtholz in der Reinickendorferstraße täglich arbeiten müssen, was der Geschäftsinhaber auch nicht bestritt. Diese überlange Arbeitszeit wurde konstatiert bei einer Schadenersatzklage, die der Kommiss gegen V. anstregte, weil dem Kläger im Geschäft ein Paar Stiefel abhanden gekommen waren, für die er jetzt 13 M. von dem Beklagten verlangte. Das Gericht erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Sache an das Gewerbegericht, weil es den Betrieb nicht als einen kaufmännischen ansah.

Erhebungen über Arbeitsverhältnisse.

München, 21. September. Die bayerischen Fabrikinspektorate wurden angewiesen, über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in der bayerischen Maschinen-Industrie Erhebungen zu pflegen. Die Erhebungen sind wohl die Folgen der im heurigen Frühjahr erfolgten allgemeinen Aussperrung der Metallarbeiter Bayerns.

Internationaler Arbeiterversicherungs-Kongress.

Über die Sitzung am Mittwoch, deren stürmisches Ende wir telegraphisch gemeldet haben, berichtet die „Sozialpolitische Rundschau“:

Der weitaus wichtigste Programmpunkt war die Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Dementsprechend konzentrierte sich das Hauptinteresse auf die Kongreßverhandlungen vom 20. September. Dazu hatten eine ganze Reihe von hochleutlichen Referate angemeldet. Neben den in Deutschland bekannten Bühler und Freund sprach Prof. Wenzel von der Wiener Unversität sowie Ingenieur Bellom-Paris, letzterer speziell über die Beziehung der Invalidenversicherung zu den anderen Zweigen der Arbeiterversicherung. Auffallend erscheint es, daß kein Vertreter der Krankenkassen ein Referat angemeldet hatte. Jedem der Referenten wurde eine Sprechzeit von 20 Minuten eingeräumt; es vergingen aber gut drei Stunden, bis die eigentliche Diskussion beginnen konnte. Die Referenten haben bei den Kongressen einen doppelten Vorteil, erstens wird ihnen die Möglichkeit gewährt, in Form von gedruckten Berichten ihre Ansichten niederzulegen, und zweitens können sie sich noch über diese Referate in längeren Nebenverhandlungen. Im Gegensatz dazu hatten die Diskussionsredner einen schweren Stand. Bevor sie sich richtig bei der Versammlung eingeführt haben, ist meistens ihre Zeit abgelaufen. Auf dem Wiener Kongreß machte sich dieser Uebelstand besonders fühlbar. Denn die Vertreter der Krankenkassen, das heißt die Vertreter der Versicherten, kamen überhaupt kaum zum Wort. Nur der Reichsrats-Abgeordnete Fröhlich konnte in 10 Minuten für die Versicherten sprechen. Er betonte, daß die von Dr. Freund, dem Vorsitzenden der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, geforderte

paritätische Verwaltung der Krankenkassen (begl. bei einer Zusammenlegung der Arbeiterversicherung der neuen Versicherungsämter) zu verworfen sei. Das Prinzip, gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem unparteilichen Vorsitzenden sei wohl bei der Rechtsprechung, nicht aber bei der Verwaltung zu billigen. Wie auch der zweite Diskussionsredner, Reichsrats-Abgeordneter Dr. Verlaup, betonte, kommen bei der Verwaltung ganz andere Aufgaben in Betracht, als bei der Rechtsprechung. Die richterlichen Verfügungen aus Arbeiter- und Unternehmerkreisen haben im wesentlichen nur auf Grund der bestehenden Versicherungsgesetze Recht zu sprechen, während die in der Verwaltung stehenden Beamten aus dem Bereiche selbst, speziell bei den Krankenkassen, für den sozialpolitischen Fortschritt wichtige Neuerungen herausfinden müssen. Ist ein von der Regierung ernannter Verwaltungsbeamter an der Spitze der Krankenkasse, so gibt es nach Fröhlichs Ansicht keine Selbstverwaltung mehr, und ohne Selbstverwaltung keine soziale Reform. Nachdem Verlaup und Fröhlich gesprochen hatten, kam es zu einer äußerst dramatischen Szene. Der Vorsitzende, Geheimrat Werner, wollte Dr. Verlaup das Wort entziehen, nachdem die für die einzelnen Redner bestimmte Zeit — es waren insgesamt 21 gemeldet — abgelaufen war. Verlaup protestierte gegen die Entziehung des Wortes und appellierte an den Kongreß. Ein allgemeiner Tumult erhob sich; die anwesenden Vertreter der Krankenkassen protestierten unter lauten Zurufen gegen die Beschränkung der Redezeit des ihnen nachstehenden Verlaup, letzterer verließ schließlich die Rednerbühne und Werner mußte den Kongreß vorzeitig schließen, da eine allgemeine Verwirrung entstand und aus dem friedlichen Arbeiterversicherungs-Kongreß ein polnischer Reichstag wurde. Der Kongreßleitung ist der Vorwurf zu machen, daß sie für kein Referat eines Rassenbeamten gesorgt hat, sondern nur Verwaltungsbeamte als Referenten einsetzte. Nachdem dieser Fehler begangen worden war, hätte wenigstens bei einer paritätischen Behandlung der Fragen ein Vertreter der versicherten Arbeiter zu einem längeren Referat das Wort erhalten müssen. Es ist zu bedauern, daß Werner, der sonst mit Umsicht und Energie die Verhandlungen leitete, nicht diesen Weg aus dem Dilemma fand, sondern bei den ersten lebhaften Protesten von Seiten der Versammlung einfach die Kongreßverhandlungen abbrach. Dazu lag absolut keine Veranlassung vor. Es wurden damit die Referate über Invaliden- und Altersversicherung, über internationale Unfallversicherung, über Unfallversicherung und Berufskrankheiten usw., die noch auf dem Programm des Kongresses standen, noch mehr zusammengebrängt, sehr zum Schaden der Sozialpolitik, die aus unerschöpflichen Debatten, welche durch politische Gegensätze noch verstärkt werden, keinerlei Gewinn ziehen kann.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik in der Wäschebranche. Bei der Firma Gebr. Vorchardt, Wäscheabrik, haben am Sonnabend, den 18. September circa 80 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern freie Lieferung von Garn und Nadeln. Alle Einigungsverhandlungen wurden von den Inhabern der Firma brüsk abgelehnt. Selbst das von der Arbeiterschaft angenommene Einigungsamt wurde ignoriert. Die Arbeiterinnen wollen nur ihren verdienten Lohn haben, sie wollen nicht länger einen Teil des Rohmaterials den Fabrikanten bezahlen, finden aber bei denselben kein Gehör.

Geradezu als Verhöhnung muß man es betrachten, daß die Unternehmer den Arbeiterinnen einen halben Pfennig zulegen wollen. Es wird nun von Seiten der Arbeitgeber alles versucht, um die Ausständigen von ihrer gerechten Sache abzubringen. Selbst in eigener Person suchen die Chefs andere Arbeiter in ihrer Wohnung auf, um dieselben für ihre Fabrik als Zusatzeider zu gewinnen. Aber die Ausständigen weichen, daß die Angeworbenen noch frühzeitig unterrichtet werden, wie die Verhältnisse bei der Firma liegen, worauf die meisten darauf verzichten, in Arbeit zu treten.

Es sind ja nun einige der dort Beschäftigten abgefallen. Trotzdem sieht der Streik für die Ausständigen sehr günstig. Sie hoffen auch, daß auch die noch Arbeitenden zu ihnen kommen werden. Solange die Arbeiterinnen geduldi waren, ging es, jetzt wo sie ihr gutes Recht verlangen, wird ihnen von den Chfs vorgeworfen, sie seien keine anständigen Mädchen mehr. Bei dieser Gelegenheit kann man wieder sehen, in welcher Weise die Polizei dem Unternehmer zur Verfügung steht. So man bisher in diesem Viertel der Neuen Königstraße selten einen Schutzmann, so patrouillieren jetzt Leutnant, Wachtmeister und Schutleute auf und ab, und hindern die Streikposten an der Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes. Es ist den Streikposten verboten worden, die Neue Königstraße zwischen Linien- und Meyerbeerstraße zu betreten, widrigenfalls sie verhaftet werden. Wurde doch am Montagabend ein junger Mann, der ganz unbeteiligt an dem Streik ist, aber einen Freund erwartete, kurzweg verhaftet.

Halten die Ausständigen treu zusammen, so müssen sie ihre gerechten Forderungen durchbringen trotz des Vorgehens der Behörde.

Tarifbewegung des Malerverbandes. Kürzlich beschloß die Zentralorganisation der Maler, der jetzigen Tarif für Berlin und Umgegend zu kündigen und beauftragte die Organisationsleitung, einen neuen Tarifentwurf auszuarbeiten, der als Grundlage zu den Verhandlungen mit den Arbeitgebern dienen solle. Am Donnerstag nahm nun eine stark besuchte Versammlung der Maler, Lackierer usw. in Kellers Saal Stellung zu dem neuen Entwurf. Derselbe sieht zunächst vor, daß der eventuelle neue Vertrag nicht wie bisher

zwischen dem Gehälfausschuß und den Innungen abgeschlossen werden soll, sondern von Organisation zu Organisation; also zwischen den Malerinnungen zu Berlin, Rixdorf, Charlottenburg, Groß-Lichterfelde und Lichtenberg-Rummelsburg einerseits, und der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, Filiale Berlin, andererseits. Die Arbeitszeit soll vom 1. April bis 1. Oktober 6 1/2 (jezt 9) Stunden betragen und in den Wintermonaten auf 6 1/2 Stunden bemessen werden. Als Minimumalllohn wird gefordert für Malergehilfen 70 Pf. (jezt 55 Pf.) und für Anstreicher 65 Pf. (jezt 50 Pf.) pro Stunde. Für Arbeiten an Lichtschächten, Türmen, Bahnhofshallen oder ähnlichen lebensgefährlichen Arbeiten auf Steh- und Hängegerüsten wird ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gefordert. Der Ueberstundenzuschlag soll ein Drittel des Stundenlohnes, bei Nacht- und Sonntagsarbeit den doppelten Stundenlohn betragen. Außerdem sind neue Fahrgeldbestimmungen und eine paritätische Tarifkommission vorgelesen. Der Vertrag soll vom 1. April 1908 bis 1. April 1907 Gültigkeit haben und außer Berlin noch für folgende Orte gelten: Adlershof, Baumshuldenweg, Borkow, Bries, Charlottenburg, Köpenick, Dahlem, Dalldorf, Friedebau, Friedrichsberg, Rixdorf, Rudow, Friedrichshagen, Groß-Lichterfelde, Grünau, Grunewald, Haselhorst, Heinerdorf, Hohen-Schönhausen, Johannistal, Jungfernheide, Karlshorst, Kottbus, Lichtenberg, Mariendorf, Marienfelde, Rieders-Schöneweide, Pantow, Pläthensee, Reinickendorf, Rixdorf, Rudow, Rummelsburg, Schmargendorf, Schöneberg, Schönholz, Steglitz, Stralau, Südbende, Tegel, Tempelhofer, Treptow, Weihensee, Wilmersdorf, Westend, Wannsee und Zehlendorf.

Nach lebhafter Debatte wurde dieser Tarifentwurf in seinen Hauptpunkten angenommen, und soll den bestehenden Innungsverbänden zwecks Verhandlung darüber zugestellt werden.

Au die organisierte Arbeiterschaft Berlin und der Umgegend! Da die Arbeitgeber behaupten, die Arbeiterschaft achtet nicht mehr auf die Kontrollkarte, so versucht ein Teil der Arbeitgeber, die gemachten Bewilligungen zurückzuziehen. Es ist daher dringend notwendig, daß man bei Inanspruchnahme von Barbiergehäften darauf achtet, daß die weisgrüne Kontrollkarte am Spiegel steht. Dieselbe wird nur an denjenigen Gehälfausschüssen ausgehändigt, der zu den von der Organisation aufgestellten Bedingungen beschäftigt wird und organisiert ist.

Verband der Feiseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

Die Hilfsarbeiter des Baugeschäfts Wäsel hielten am Mittwoch eine Sitzung ab, in der folgender Antrag angenommen wurde: Der Zweigvereins-Vorstand des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter wird beauftragt, der Firma Wäsel folgende Forderungen zu unterbreiten: Der Lohn beträgt für alle beim Wäselbau beschäftigten Hilfsarbeiter vom 1. Oktober d. J. ab pro Stunde 65 Pf. und vom 1. April nächsten Jahres ab 68 Pf. Die Arbeitszeit beträgt wie bei den Maurern 9 Stunden täglich mit der üblichen Verletzung in den Wintermonaten. Die Kollegen wünschen bis Montag, den 25. d. M., von der Firma eine Antwort. — Am Mittwoch, den 27. d. M. findet eine Versammlung statt, in der die Antwort der Firma entgegengenommen wird.

Nach dem Versammlungsbericht des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins im gestrigen „Vorwärts“, ist der Bau Unterverträge im Einverständnis mit dem Vorstand des Zweigvereins Berlin, Zentralverband der Maurer, gesperrt. Wir erklären dazu, daß dies nicht zutrifft.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Weber in Reichenbach in Schlesien. In einem Schreiben hatten die vereinigten Textilbarone die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen verlangt; die Streikenden lehnten diese Forderung in geheimer Abstimmung mit 862 gegen 2 Stimmen ab.

Die „Christlichen“ bewahren sich auch hier als Streikbrecheragenten; der „christliche“ Arbeitersekretär Müller-Waldenburg rät in Versammlungen seinen Schülern zum Weiterarbeiten. Das verächtliche Verhalten der „Christlichen“ kann an dem günstigen Stand des Streiks nichts ändern.

Die holländischen Arbeiter in Färth l. O. haben an die beiden Kollegien eine Eingabe gerichtet, in der sie verlangen, daß an Stelle der bereits für vier Betriebe bestehenden Arbeitsordnungen eine allgemeine Arbeitsordnung eingeführt werde auf folgenden Grundlage: 54 stündige Arbeitszeit, Minimallohn von 4 M. für qualifizierte Arbeiter, von 3,50 M. für Helfer usw. und von 3 M. für Tagelöhner. Die Löhne sollen zehn Jahre lang jedes Jahr um 10 Pf. pro Tag erhöht werden. Nach dreijähriger Dienstzeit ist ein Urlaub von einer Woche zu gewähren, für Schichtarbeiter des Gas- und Wasserwerks schon nach einjähriger Dienstzeit; Errichtung eines Arbeiterausschusses für sämtliche Betriebe; Errichtung eines Arbeitsnachweises für die holländischen Arbeiter; Bezahlung der Ueberstunden mit 3 1/2 Proz., der Nachtarbeit mit 50 Proz. und der Feiertags- und Sonntagsarbeit mit 75 Proz. Zuschlag. Für die Laternenwärter wird ein Mindestlohn von 60 M. monatlich verlangt, der jährlich um 3 M. bis zum Höchstbetrage von 75 M. steigen soll.

Die Tabakarbeiter in Neumünster beschloßen, von ihren Unternehmern eine Lohnerhöhung von 50 Pf. pro Wille zu fordern. Die Forderung soll sofort eingeleitet werden mit dem Erfuchen, bis zum 1. Oktober Antwort zu erteilen.

Bei der elektrischen Straßenbahn in Augsburg sind Differenzen ausgebrochen. Seitens des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes ist über den gesamten Betrieb die Sperre verhängt.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8004.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaisstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schleisichen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Seefische — Volksnahrung!

Wir notieren die billigsten Tagespreise

für

Schellfische in allen Größen, Cabliau, Seelachs,

sowie für die übrigen Sorten Seefische.

Ferner sehr empfehlenswert: Unsere Marinaden aus eigener Marinier-Anstalt (Fischkoteletten, Bratenfleisch etc.) sehr preiswert!

Mein Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft, bisher Vinetaplatz 2, befindet sich jetzt Brunnenstraße 68 Ecke Demminerstraße.

Elegante Maanfertiigung! * Großes Stofflager! Solide streng feste Preise. Hermann Bendit.

Die Stichwahl in Essen.

Die Parteien treffen ihre Vorbereitungen. Dem Essener sozialdemokratischen Wahlbureau ist aus Jena folgendes Telegramm zugegangen:

„Kurza den Kämpfern, Parteitag sendet Gruß und Anerkennung. Bebel hilft in der Stichwahl. Antwort kann und soll sein.“

Auch die Reaktion rührt sich natürlich. „Kölnische Zeitung“, „Hann. Courier“, „National-Zeitung“, „Kreuz-Zeitung“ und „Köln“ fordern die nationalliberalen Wähler auf, in der Stichwahl für das Zentrum zu stimmen.

Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ jammert: „Die Sozialdemokraten erhielten vor zwei Jahren in der Stichwahl einen Zuwachs von rund 10 000 Stimmen, die im ersten Wahlgange offenbar größtenteils für den „nationalen“ Kandidaten Superintendent Klingemann abgegeben waren. Es liegt daher im Interesse der Nationalliberalen, wenn sich jetzt etwas ähnliches wiederholen sollte.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ kommt denn auch schon mit dem Bruderschnitz und fordert zur Wahl des Zentrums-kandidaten auf:

„Die Wähler des Dr. Niemeyer tragen für ihre Organisation den Namen einer nationalen Partei — es kann, trotz aller Kränkungen und Beleidigungen, denen sie ausgesetzt waren, bei der Stichwahl nur einen Weg geben. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag rühmten sich die Genossen wiederum ihrer Vaterlandslosigkeit — für sie existiere keine nationale Frage! Eine solche antinationale Partei darf nicht zum Siege gelangen!“

Unsere Genossen sind also ganz auf sich selbst angewiesen. — Der Kampf wird als reiner Klassenkampf zu Ende geführt.

Bürgerliche Briefstimmen

geben mir noch folgende:

„National-Zeitung“:

„Ein Erfolg, wie ihn die Sozialdemokratie nach so viel Niederlagen bei Erziehungswahlen jetzt in Essen zu verzeichnen hat, wird sie erst recht in dem Entschluß bestärken, auf dem revolutionären Wege nach dem Endziel zu beharren und den Auslieferungspolitikern im eigenen Lager sich zu verschließen. Dem gegenüber müssen die monarchischen und die wirtschaftliche Ordnung verteidigenden Kräfte im Staate ebenso geschlossen zusammenstehen. Dies in dem Riesenwahlkreis Essen um so mehr, als die nahezu 50 000 Stimmen, die für das Zentrum und die nationalen Parteien abgegeben sind, ganz überwiegend dem Arbeiterstande angehören. Diese staatsstreuen Massen von Arbeitern haben allen Anspruch an die Führer, denen sie bisher gefolgt sind, in einer klaren und scharfen Kampfesstellung gegen die Unstetigkeit zu erhalten zu werden, wie der Staat denselben Anspruch an dieselben Führer erheben darf, daß sie so große Massen nicht-sozialdemokratischer Arbeiter in gar keiner Weise mit der Sozialdemokratie in Verbindung kommen lassen.“

Also Scharfmacherpolitik in aller Form lediglich aus But darüber, daß in Essen die Nationalliberalen so jämmerlich ausgefallen sind.

„Köln. Zeitung“:

„Der Sozialdemokratie wird das Ergebnis gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo sie eine Bilanz ihrer Entwicklung aufnimmt, höchst willkommen sein, ist doch der seit Dresden bei jeder Reichswahl programmäßig eintretende Rückgang ihrer Stimmen diesmal von einem statischen Stimmengewinn abgelöst worden. Der Grund liegt aber keineswegs in einer allgemeinen Milderung unserer Parteistellung, sondern allein in den besonderen Verhältnissen des Essener Wahlkreises. Diese Verhältnisse sind allerdings von allgemeiner politischer Bedeutung. Wenn der Kreis in so bedenklicher Weise radikal geworden ist, so kann die Schuld hierfür nur in dem großen Bergarbeiterstreik dieses Frühjahres

und in seiner geschichtlichen Ausnutzung durch die Sozialdemokratie gefunden werden. Diese Ausnutzung hätte nicht mit solcher politischer Wirkung, wie sie die gestrige Wahlschlacht gezeigt hat, getrieben werden können, wenn die von uns feinerzeit gerügten Fehler gegenüber den Ausständigen nicht begangen worden wären.“

Im Gegensatz dazu führte viel verständiger nach demselben Blatt der Abgeordnete Wasser mann aus:

„Wir wollen uns keinen Täuschungen hingeben über den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei den bisherigen Nachwahlen. Nachwahlen pflegen nicht überall die richtige Stimmung im Lande zu geben. Es ist nicht überall wie hier in Essen, wo das politische Interesse so hochgepannt ist. Wir müssen damit rechnen, daß bei den nächsten Hauptwahlen den Sozialdemokraten wieder ein Stimmengewinn zufließt.“

Ueber die politische Bedeutung des Wahlausfalles

sagt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Es ist oft gesagt worden, daß in demselben Augenblick, wo das Zentrum mehrere bis dahin sichere Wahlkreise an die Sozialdemokratie verliert, es bereit ist zur Verrückung des allgemeinen Wahlrechts. Das ist auch ganz und gar nicht ausgeschlossen, denn für die Zentrumspartei bedeutet das bestehende Wahlrecht nicht etwa ein Mittel, um die Massen zum Wort kommen zu lassen, wie für die Sozialdemokratie, sondern im Gegenteil, um ihnen den Mund zu stopfen, um die Klassenherrschaft noch fester zu begründen. Verliert dieses Mittel, beginnen die katholischen Arbeiter sich von der Bevormundung des Zentrums zu befreien, so hat der Merkantilismus jedes Interesse am allgemeinen Wahlrecht verloren, und ist bereit, im Verein mit den Reant- und Schlotjunker Olig- und Westelbiers zur politischen Vererbung der deutschen Arbeiterklasse zu konspirieren. Daß unsere gegenwärtigen und zukünftigen Erfolge in den Merkantil Bezirken des Ruhrgebietes derartige Konsequenzen zeitigen werden, versteht sich von selbst, und es ist gut, wenn man sich auch in unseren Reihen darüber klar wird.“

Aus der Partei.

Dolzellisches, Gerichtliches usw.

Die Auflösung einer Versammlung kann auch durch die Worte des überwachenden Beamten: „Ich schlicke die Versammlung“, ausgesprochen werden. So hat das Kammergericht in einem Strafverfahren wider Lübbing entschieden. Der überwachende Beamte hatte eine Maurerverammlung, in der Lübbing referierte, für „geschlossen“ erklärt, weil ihm die Kritik nicht gefiel, welche L. an der Hauptpolizei in Kottbusen übte. L. war dann auf Grund der §§ 6 und 16 des Vereinsgesetzes verurteilt worden, weil er nicht sofort den Saal verlassen habe. Das Kammergericht verwarf am 18. September die hiergegen eingelegte Revision und führte aus: Die Worte „Ich schlicke die Versammlung“ dokumentierten genügend die Auflösung im Sinne des Vereinsgesetzes. Dieses habe in keiner Weise ausgedrückt, durch welche Worte die Auflösung einer Versammlung ausgesprochen werden müsse. Unerheblich wäre, ob die Auflösung berechtigt gewesen sei oder nicht. Ohne Rücksicht darauf müsse nach Auflösung einer Versammlung jeder Teilnehmer alsbald den Saal verlassen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach O. 34. Es ist wohl angebracht, daß Sie über die geschändeten Zustände Ihre Gemerkschaft unterrichten. — Friedmann. Keine Berichte mit Beilagen schreiben. — Frau W. Richten Sie eine Beschwerde an die Eisenbahndirektion.

Juristischer Teil.

Die juristische Beschwerdekunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

§. 26. 1. 1/2. 2. In je 2 Jahren müssen mindestens 40 Markten geleistet sein. §. 2a. — G. L., Weikensee. 1. Rein. 2. Sie können

einen Antrag an die Versicherungsanstalt richten. Sie ist berechtigt, nicht verpflichtet dem Antrage zu entsprechen. §. 2a. vorausgesetzt, daß wohl nachträglich Invalidität eintritt. 4. 300 Markten müssen geleistet sein. — §. in §. 2. Verjährung liegt nicht vor. — R. B. 100. Die Polizei hat sich um die Privatsache nicht zu kümmern. Im übrigen entscheidet der Inhalt des nicht mitgeteilten Vertrages. — Kräh. Denunziationen sollte ein Verein unterlassen. — §. 40. 1. und 2. Die Höhe der Unterstufung hängt von einer Anzahl stets zu prüfender Umstände des Einzelfalles ab. Eventuell ist Beschwerde einzulegen. §. 2. Rein. — §. 2. 10. Alles, was als unerheblich erachtet wird. — G. V. 6. Ob Sie zu zahlen haben oder nicht, hängt schließlich von dem Gutachten des Sachverständigen ab, dessen Inhalt wir nicht vorausnehmen können. — Krobberg. Ihre Fragen sind zu bejahen. — R. W. Ihre Fragen sind ohne Kenntnis der Verträge nicht zu beantworten. — R. B. 100. 1. Rein. 2. und 3. Ja, wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. — Marke 18. Es ist ganz zutreffend gestellt. — R. G. 72. Ihr Bruder kann mit Rücksicht auf Erfolg auf Herausgabe der Urkunde klagen. — Jiegrimm 1905. 1. und 2. Das geht nicht an. 2. Rein. — §. Ohne Rücksicht in Ihren Vertrag ist Ihre Frage, welches Recht oder welche Pflicht für Sie aus seinem Inhalt folgt, unmöglich zu beantworten. — Friedrichshagen. Lassen Sie sich Abschrift des Protokolls geben oder erlauben Sie sich auf der Geschäftsleiter nach der Lage der Sache. — Architekt G. und 300 Pöschkestraße. Schließen Sie notariell vor der Ehe einen Vertrag ab, wie Sie ihn Seite 222 Nr. 25 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers vorfinden. Kosten etwa 20 M. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — C. R. 40. Sie können Vändung und eventuell Lohnbefreiung verlangen. — R. A. 78. Rein. — U. S. 19. Charlottenburg. Sie müssen zahlen. — Hildorf 100. Hinterlegen Sie die Miete. — Wendi. Den Antrag müßte Ihr Vater an die Versicherungsanstalt richten. — 253. Sie müssen beim Amtsgericht auf Anerkennung der Ungültigkeit des Vertrages und auf Schadenersatz klagen. — 100. 6 bis 20 Mark für die Einbindung, 50 Pfennig bis 3 Mark für einen Besuch können als angemessen erachtet werden. — Schaumburg. Werden Sie als Zeuge nach Strafen befragt, so haben Sie alle Strafen, auch die 20 Jahre zurückliegenden, anzugeben. Wollen Sie, daß Sie danach sicher nicht befragt werden, so richten Sie vor dem Termin ein davor gehendes Gesuch an das Gericht. — C. P. 53. Rein. — §. 2. 99. Sie brauchen nur an das Polizeipräsidium das Gesuch zu richten, wieder in den Staatsverband aufgenommen zu werden. — R. B. 100. Rein. — V. R. 1. 1. Rein. 2. In den Akten betreffend Kirchenpenden. — B. 53. Wenden Sie sich an die Staatsanwaltschaft. — §. 10. Soweit ersichtlich, liegt eine Pflicht zur Erhaltung auf Ihrer Seite nicht vor. — Louis Lechner. Rein. — Jungnickl. Interessiert Sie die Frage, ob und wann ein Schuttmann trinken darf, so eruchen Sie um Aufklärung einen Schuttmann. — §. G. 24. Wenn ein Verschulden vorliegt: ja. — G. R. 10. W. 2. 3. C. R. 1. Ja. — R. R. 1. Sie müssen vorher ein Gesuch einreichen. 2. 5 Jahre. — R. Jenner. Die juristische Sachkunde steht jedem Abonnenten frei. Schriftliche Antworten wird grundsätzlich nicht erteilt. — B. 0001. Zwei Jahre. — Mainz R. 20. Die Verfolgung von Unterschlagung verjährt in der Regel in 5 Jahren. Bevor Sie etwa einen Strafantrag stellen, sollten Sie sich überzeugen, ob ein solcher für die Organisation in der That einen Zweck hat. —

Wetterüberblick vom 22. September 1905, morgens 8 Uhr.

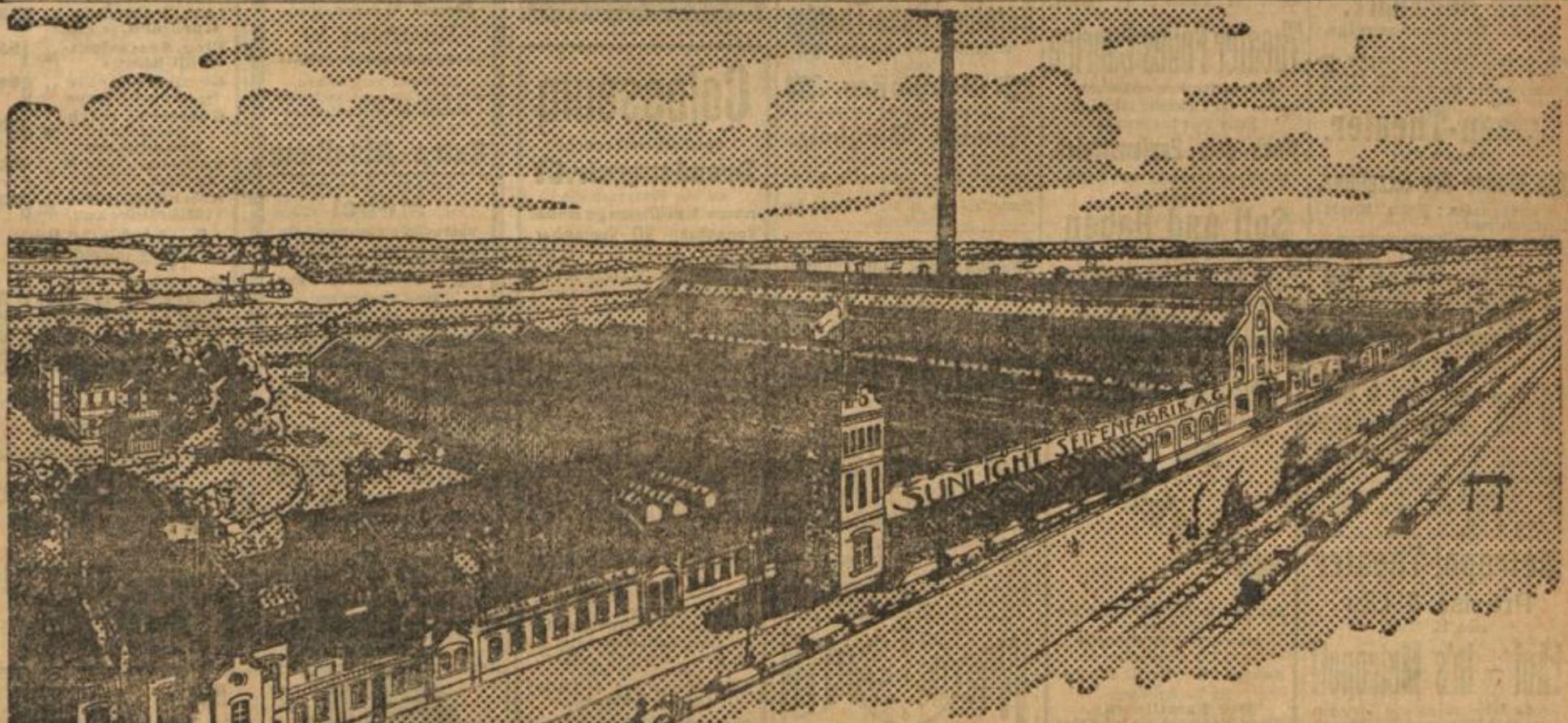
Table with weather data for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetter-Drugsiele für Sonnabend, den 23. September 1905.

Rühl, vielfach heiter, zeitweise wolfig bei mäßigen östlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 21. September. Elbe bei Ruffig + 0,08 Meter, bei Dresden + 1,43 Meter, bei Magdeburg + 1,10 Meter. — Unruh bei Straußfurt + 1,20 Meter. — Ober bei Naibor + 0,90 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,87 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1,72 Meter, bei Frankfurt + 1,14 Meter. — Weichsel bei Braunsbach + 1,14 Meter. — Warthe bei Posen + 1,14 Meter. — Neys bei Wlch + 1,14 Meter.



In dieser imposanten, in Mannheim, Baden, gelegenen Fabrik-anlage wird die weltberühmte

Sunlight Seife

hergestellt; ihre Fabrikation geschieht auf Grund der höchsten Errungenschaften der chemischen und technischen Wissenschaft. Der beste Beweis für die unanfechtbare Güte bleibt der unerreicht hohe Absatz über die ganze Welt. In allen zivilisierten Ländern, auf dem ganzen Erdrund bringt sie Reinlichkeit, Gesundheit und Glück in Millionen von Haushaltungen, in den Palast wie in die Hütte. Sunlight Seife ist die Vorkämpferin der Zivilisation. Die Marke „Sunlight“ kann sich des größten Absatzes von irgend einer Seife der Welt rühmen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 28. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Das Fest auf Soltau.
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Walden. Der Dornbusch.
Nachmittags 3 Uhr: Wolf dem, der liegt.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Leibarzt.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Ein Wintermärchen.
Leitung. Die Beziehung zur Ehe. Die süßste Verbindung.
Reinhold. Die Geliebte.
Kleines. Othello.
Reichshallen. Die Höhle des Löwen.
Urania. Das Ende der Liebe.
Thalia. Was fröhlich sein heißt!
Carl Weiß. Kabale und Liebe.
Walden-Milanez. Der Mann der Lullien.
Zulien. Die Kinder der Erzgebirge.
Deutsch-Schweizerisches. Über Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf - in's Metropol!
Ursula. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tangel. - Von Hochzeitsabend. - Spezialitäten.
Gertraud. Die Meyerhains.
Wintergarten. Lise Fuller. Spezialitäten.
Hofes Caprice. Soll und Haben.
Nach dem Hofenstreich.
Passage. Goldi Kapuzin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Landestrache 48/49.
Im Lande der Mitternachtssonne. Invalidenstr. 57/62.
Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Der Familientag.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Sonntag u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Kleines Theater.

Heute abend 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug.
Vorher:
Die Laune des Verliebten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore.
Montag: Angele. Abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Vorher: Die Laune des Verliebten.
Montag: Nachtschl.
Dienstag zum 1. Male: Othello.

Kasino-Theater

Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.
Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.
Original-Komiker-Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Sardan.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonntag nachm.: Fiesco. Abends:
Luisenkindel.
Montag: Der jüngste Reutnant.

Apollo-Theater.

Täglich:
10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Ringel-Tangel
Vorher: Hochzeitsabend, Spezialitäten.
Sonntag, den 1. Oktober: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Ringel-Tangel u. Lustspiel Origoletti zu bedeutend ermäßigten Preisen!
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr
zum 15. Male:
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollander.
Dirigiert Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x. Clifford a. D.

Bender x Giampietro
Joseph x Massary x Frid-Frid
Stiedl x Lilly Walter.
Rauchen in all Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Luftspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr:
Der Familientag.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CA. TAN'S PANOPTILUM
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationsaal:
„D'Koehelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:
Erste Grande Soirée High Lite.
Gala-Programm. U. a.:
Reiz und wirklich phänomenal:
Vor- und Rückwärts-Saltomortale
mit dem Zweirad, ausgeführt von **John u. Louis Keller.**
Neu! **40 Original-Russen** a. d. Wandspurei in ihren ausgezeichneten Leistungen.
Die beliebte jugendliche Schauspielerin **Hel. Dora Schumann** auf dem Rollstuhl (mit 10. Dummig a. d. Hofor).
Neu! **Mil. Alice. Les Romanis.**
Mit Cashmore, Sim Bom, Pope Jeromo.
Sensationell! Noch nie gesehen!
Einen halben

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Prunk- und Parade-Abend.
Zum 3. Male:
Mexiko.
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben.
Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Fontik. Tänze vom italienischen Hofballmetr. Ottavi. Musik vom Kapellmetr. Taubert.
Zum 1. Male in Europa:
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur in ihren milit. Infanterie-Exerzition.
Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado.
Vier Soeurs Athletes.
Avis! Morgen Sonntag in beiden Vorstellungen: **Japaner 4 Soeurs Athletes.** - Abends 7 1/2 Uhr: **Mexiko.**

Saltomortale schlagendes Pferd.

Noch nie dagewesen:
12 Engländerinnen u. Amerikanerinnen
Damen-Ringkampf in d. Luft
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Th. Hofstr.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das brillante September-Programm.
Les Miltons
Rockpantomime
Fred Stem
Ueberzirkus
Per Rohrpost
u. a. m. Schwank
Familienkarten sind in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarren-geschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorst. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. u. Sohest. 5 Uhr.
Poldi Augustin
die feishe Soubrette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende
September-Programm.

Bernhard Rose-Theater

Geländebrennen, Badstraße 58.
Heute:
Geschlossen.
Morgen Sonntag, 24. September:
Familie Buchholz.
Rollspiel in 4 Akten v. Leon Trepion.
Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Sonntag
Vorverkauf von 10 bis 11 Uhr an der Theaterkasse.

Deutsch-Amerikan. Theater.

Köpenickerstraße 67/68.
Jed. Abend 8 Uhr, Gastp. Ab. 9 Uhr.
Der erste Schläger
der Saison
Aber Herr Herzog.
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Gr. Theater- u. Spezialit.-Vorstellung.
Sonntag, den 21. September:
Gr. Vorstellung.
Neue Spielfolge - Neue Kunststücke.
Nach der Vorstellung: **Großer Tanz.**
Eröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Uhr. 40 Pf.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Lockens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobattinnen.
Kapitän Woodward dress. Sechunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur amerikanische Exzentriker.
Die mysteriösen Hussaren.
Die Trombetta's italien. Duett.
Paul Spadoni Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Ciomonia Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Sum 153. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-12 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Erbkauf-Komödie von Anton und Donat Herrnfeld.

Sanssouci

Kottbusstr. 4a. Direkt. W. Reimer.
Sonnt. Mont. Donnerst.:
Im glänzend renov. und elektr. beleucht. Etablissem.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 8 Uhr, mochtags 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch:
Löwe-Entführung.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater):
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Duppelheim).
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-Str.)

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.
XI. Berliner Saison.

Zirkus Mexiko.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Prunk- und Parade-Abend.
Zum 3. Male:
Mexiko.
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben.
Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Fontik. Tänze vom italienischen Hofballmetr. Ottavi. Musik vom Kapellmetr. Taubert.
Zum 1. Male in Europa:
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur in ihren milit. Infanterie-Exerzition.
Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado.
Vier Soeurs Athletes.
Avis! Morgen Sonntag in beiden Vorstellungen: **Japaner 4 Soeurs Athletes.** - Abends 7 1/2 Uhr: **Mexiko.**

Belle-Alliance-Theater.

Das Eröffnungs-Programm ist die
Sensation
Berlins.
16 Debuts
internationaler Künstler
Premiere
Sonnabend, 30. September,
abends 8 Uhr.

Colosseum

Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 67
an der Prinzenstraße.
Eröffnung:
Sonnabend, 30. September,
Entree 50 Pf., Parkett 1,00 M., Loge 2,50 M. Anfang 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.
PROGRAMM:
Armany, Violin-Virtuosin.
Thiessen, mit seinem Wunderhund „Schlemihl“.
Ein de Pianque, Humorist.
Gobson, der elegante Kopfläufer.
Mr. Bob, Niggermandant.
Eviwette & Fontaine, musik. elektr. Akt.
LA PERLE, das Tanzpoem.
Der urkomische Bendix.
LITKE CARLSSEN, die groteske Berliner Eleganz.
Hugo Croesens Velograph, beste lob. Photographien u. a.

Colosseum (Konzertsaal).

Die berühmten
„Urwolfer Schrammeln“
mit ihren Naturklängen und die ungarische Kapelle „Elsön“.
Entree 15 Pf.
Konzertdauer von 8-1 Uhr!
Sonntags 2 Konzerte.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 55.
Neues Programm.
Kolossaler Erfolg von
Eine Berliner Range.
Posse mit Gesang.
10 Spezialitäten-Nummern.

Otto Pritzkows Berliner

Abnormalitäten-Theater
Münzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man,
der Mensch mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni???
Entree 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Regelbahn noch frei.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 38 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Weltbekannt!

110 Leipzigerstr. 110
Anerkannt billigster Verkauf von
Herren- und Knaben-Garderobe.
Anzüge und Paletots von 11 Mark an.
Vorrätig für jede Figur.
Einsegnungs-Anzüge.
110 Leipzigerstr. 110
Hof geradezu.

Möbel-Halle

Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 4800 L.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur Spezial-Möbel-Geschäft.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II.
Eingang Straußberger Platz.

Nur neueste Moden.

Vielte Kiste, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 9.90. in großer Auswahl.
Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Strasse 43, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 2.-, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.-, beste Qualität 4.50.
Sonntags geöffnet. 41562*

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in bräunlichen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Rücken umfängt. Die Hose
bei Aufnahme von 4 Mt. 50
6 Stück 30 Mt.

Randhose-Dose Barle Cambrinus

brunne, Juchante . . . 5 R. 50
Gefütter. Knautz-Jacke 14,50 8,75
Schlaues Kontour-Jacke 1 R. 90
Schlaues Kontour-Jose . . . 1 R. 50
Schlaues Kontour-Jacke
Prima Körper-Gewebe . . . 2 R. 50
Schlaues Kontour-Jose
Prima Körper-Gewebe . . . 2 R. 10
Weiße Färbung-Jacke 3,50, 2 R. 75
Ronditor-Jacke, weißig . . . 4 R. 50
Walden-Kittel . . . 3.-, 2,50, 2 R. 25
Walden-Kittel (braun) 3.-, 2 R. 40
Weiße Leder-Jacke, weißig
7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 R. 60
Kleiderreiner-Anzüge, blau,
nach Vorwahl 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a/25, Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 2. Haupt-Preisbuch 1905 wird
kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Hundeweite und die Schnittlänge, bei
Jacken und Kitteln die Brustweite
anzugeben. 36152*
- Versand von 20 R. an franco. -
Nachdruck verboten!

Gelegenheits-Parade

Gardinen
abgepaßte Fenster,
weiß und crème
Shawlänge pro M. 2,50
3 Mtr. Patr. M. 3,35
Shawlänge pro M. 3,35
3,20 Mtr. Patr. M. 5,85
imit. Point-lace-
Gardinen, pr. Patr. M. 1,85
Eleg. Sezessions-
Tüll-Stores M. 1,85
Gestickte echte
Spachtel-Stores M. 6,00
Goldfarb. reich-
gestickte
Band-Stores M. 4,85
Tüllbett- 180/220 M. 2,35
decken cm
Reichgest. Erbs-
tüllbettdecken M. 6,35
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Gardinen-
Katal. m. ca. 600 Abbildungen
gratis und franko.

Zigarren!

Billigste Bezugsquelle für Händler! ab Mk. 18.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.
bei Einrückungen.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flug-Platzverteilung statt. Die Genossen werden aufgefordert, zu ihrer Beteiligung vollständig bei Weichnachts, Grünstraße 21, und Seiler, Neue Friedrichstraße 20, zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Späte Einsicht des Freijünners?

Die Teilung des Unterrichts in den achten Klassen der Berliner Gemeindefschulen ist, so steht in der „Freien Deutschen Presse“ zu lesen, „den Rektoren gestattet, wenn sich an einer Schule sogenannte Unterrichtsänderungen ergeben, das heißt wenn die Lehrer und Lehrerinnen mehr Unterrichtsstunden erteilen müssen, als nach dem Lehrplan herauskommen. Gegenüber dem Hinweis auf die hohen Besuchszahlen in den achten Klassen wurde vom Magistrat gewöhnlich darauf hingewiesen, daß durch die Einrichtung der geteilten Klassen der Mangel an Lehrkräften gemildert werden sei. Jetzt sind zum erstenmal die betreffenden Zahlen veröffentlicht worden. Danach erstreckt sich die Teilung im laufenden Halbjahr auf 178 Klassen mit 727 Stunden.“ Diese Notiz, der wir auch in der „Vossischen Zeitung“ begegneten, ist entnommen der „Pädagogischen Zeitung“ vom 14. September. Daß sie den Weg in die „Freie Deutsche Presse“ finden konnte, hat uns einigermaßen überrascht.

Die „Freie Deutsche Presse“, früher „Freisinnige Zeitung“ genannt, hat noch im vorigen Herbst dieselbe Ausrufede, deren Gebrauch da dem Magistrat vorgehalten wird, gegenüber dem „Vorwärts“ gebraucht, als wir wieder mal die hohe Frequenz achter Klassen unserer Gemeindefschulen besprachen. Damals hatten wir das Blatt, und doch angegeben, in wie vielen Klassen denn die Teilung tatsächlich durchgeführt werde. Die Antwort blieb zunächst aus. Für den diesjährigen Sommer kamen wir dann durch die Frequenzübersicht, die der Magistrat halbjährlich veröffentlicht, endlich zum erstenmal in die Lage, selber die Antwort zu geben. Sie lautet, wie oben: In nur 178 Klassen und für nur 727 Stunden! Diese Zahlen veröffentlichte der „Vorwärts“ im Juni, aber vergeblich warteten wir darauf, daß die „Fr. D. Pr.“ sich dazu äußern sollte. Erst im September, drei Monate später, plagt der Teufel die Redaktion der „Pädag. Ztg.“, nun gleichfalls noch diese Zahlen mitzuteilen. Und von dort aus gelangt dann die Nachricht in die kommunalfreisinnige Presse Berlins.

Hierbei ist jedoch die Vorsicht gebrauch worden, ein paar nicht ganz kommunalfreie Sätze, die die „Pädag. Ztg.“ mit veröffentlicht hatte, zu unterdrücken. Dort heißt es z. B.: „Erst dem wiederholten Drängen einzelner Stadtverordneter ist es gelungen, daß jetzt zum erstenmal die betreffenden Zahlen veröffentlicht worden sind.“ Die „einzelnen“ Stadtverordneten sind, nebenbei bemerkt, sozialdemokratische Stadtverordnete, die wiederholt diese Aufforderung an den Magistrat gerichtet haben. In der „Fr. D. Pr.“ steht natürlich kein Wort davon, daß der Magistrat erst durch Stadtverordnete dazu gedrängt werden mußte, die Tatsachen mitzuteilen. Dafür spricht aber das Freijünnersblatt dem Lehrerblatt die folgenden Ausführungen nach: „Berlin hat 663 achte Klassen. Diese können im Deutsch- und Rechnenunterricht geteilt werden, das ist in zwölf Wochenstunden. Im ganzen ergibt das 7968 Stunden in der Woche, so daß also erst mit einem bescheidenen Bruchteil der Anfang gemacht worden ist.“

Offen gestanden, so weit wir selbst wir unsere Wünsche nicht zu erstrecken. Es gibt nämlich neben den achten Klassen mit Frequenzen von 60, 60 und mehr Kindern auch eine Anzahl achter Klassen, die aus äußeren Gründen, z. B. wenn sie in den erbärmlichen kleinen Räumen genieteter Schulhäuser untergebracht sind, eine so niedrige Frequenz (unter 40 und gelegentlich sogar unter 30) haben, daß man uns wahrscheinlich für „geradezu verrückt“ erklärt hätte, wenn wir für alle achten Klassen Teilung verlangt hätten. Daß man nun sogar in der „Fr. D. Pr.“ diesem Gedanken begegnen muß, das ist der Humor von der Sache. Will das kommunalfreisinnige Organ endlich zur Einsicht kommen, oder hat das verspätete Ruducken aus Lehrerkreisen nur infolge eines Versehens Aufnahme im Freijünnersblatt gefunden?

Wolle und die Milchzentrale. Der Geheimvertrag zwischen der Milchzentrale und der Meierei Wolle sowie die bisher immer mit Erfolg bestrittene Verpflichtung dieser Firma, Auskunft über den Inhalt des Vertrages zu geben, bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor dem 5. Zivilsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Cöing. Seitens des Herrn Dr. Wolle, Mitinhabers der Meierei, war die Zeugnisverweigerung im Verlaufe eines jener Prozesse ausgesprochen worden, die bekanntlich zwischen der Milchzentrale und einzelnen Untergenossenschaften bäuerlicher Milchproduzenten schweben. In dem nur zur Entscheidung dieses „Zwischenstreites“ angefügten Termin wurde zunächst die Sachlage von dem Referenten vorgetragen. Demnach erklärte der Zeuge, daß er seine Weigerung mit Rücksicht auf die seiner Firma durch einen § 8 des Geheimvertrages mit der Milchzentrale auferlegte Pflicht, den Vertragsinhalt vor jedem Dritten geheim zu halten, nachdrücklich wiederholen müsse. Namens der beklagten bäuerlichen Genossenschaft verlangte Rechtsanwalt Dr. Flatau von dem Zeugen eine bestimmte Erklärung, ob die Meierei Wolle, unabhängig von dieser Vertragspflicht gegenüber der Milchzentrale, ein eigenes gewerbliches Interesse an der Geheimhaltung dieser Abmachungen habe. Der Zeuge gab hierauf zu, daß allerdings zurzeit nicht die Meierei Wolle, sondern ausschließlich die Milchzentrale ein geschäftliches Interesse an der Geheimhaltung habe; für ihn sei trotzdem die vertragliche Pflicht gegen die Milchzentrale entscheidend. — Mit Rücksicht auf dieses Zugeständnis beantragte Dr. Flatau, die Zeugnisverweigerung für unbegründet zu erklären, da nicht ein eigenes Gewerbegeheimnis des Zeugen, sondern höchstens das Geschäftsgeheimnis seines Gegenkontrahenten, nämlich der Milchzentrale, also einer dritten Person in Frage stehe. Auf eine Anregung des Präsidenten an den Rechtsanwalt Eschenbach, der die Rechte der Milchzentrale vertritt, ob diese nicht ihren Widerspruch gegen die Zeugnisablegung durch Herrn Dr. Wolle fallen lassen wolle, erklärte dieser, Mangels Aufweisung seiner Mandantin auf der richterlichen Entscheidung bestehen zu müssen. Das Urteil des Senats erging dann dahin, daß die Zeugnisverweigerung für unbegründet zu erachten, da nach der gesetzlichen Vorschrift nur ein eigenes Geschäftsgeheimnis den Zeugen zur Verweigerung der Auskunft berechtigen würde, ein solches hier aber nicht vorliege. Die vertragliche Verpflichtung des Zeugen gegenüber der Milchzentrale sei kein ausreichender Grund. Die beteiligten Kreise erwarten hiernach demnach den Inhalt des so viel erwähnten Geheimvertrages zu erfahren.

Der Sommer, den der Meteorologe und auch der Hygieniker, abweichend von den Vorschriften des Kalenders, vom 1. Juni bis zum 1. September zählt, hat in Berlin diesmal mit einer höheren Zahl von Sterbefällen abgeschlossen, als im vorigen Jahre. Aus den Monaten Juni, Juli, August waren im Jahre 1904 rund 9100 Sterbefälle gemeldet worden, im Jahre 1905 aber haben diese drei Monate und rund 9700 Sterbefälle gebracht. Das Mehr von 600 Sterbefällen gegenüber dem Vorjahre bedeutet eine Zunahme um 6 1/2 v. H., während die Zunahme der Bevölkerungszahl sich auf höchstens 1/2 v. H. stellt. Uebrigens war auch im Frühjahr und im Winter die Sterblichkeit schon beträchtlich größer gewesen, als im vorhergehenden Jahre. Aus den fünf Monaten Januar bis Mai

waren im vorigen Jahre nur rund 13 600 Sterbefälle gemeldet worden, in diesem Jahre dagegen wurden 14 400 gemeldet. Das Mehr gegenüber dem Vorjahre beträgt hier 800 Fälle. In den ersten acht Monaten von 1905 sind mithin bereits 1400 Sterbefälle mehr vorgekommen als in demselben Zeitraum von 1904. Die Vergleichung mit der durchschnittlichen Bevölkerungszahl jedes Monats ergibt, daß in diesem Jahre fast sämtliche Monate, mit alleiniger Ausnahme des März, eine höhere Sterblichkeitsziffer als im vorigen Jahre hatten.

Die Demunziationsspezi. Anonyme Anzeigen gegen Beamte sind in letzter Zeit bei der hiesigen Eisenbahndirektion in größerer Anzahl eingegangen. Die Direktion hat infolgedessen sämtlichen Dienststellen folgende Verfügung zugehen lassen: „In der letzten Zeit ist zu unserem Bedauern ein auffallend starker Eingang anonymer Anzeigen gegen Beamte festgestellt worden. Wir vermuten, daß häufig Angestellte der eigenen Verwaltung die Urheber der Anzeigen sind, und sehen uns deshalb veranlaßt, an dieser Stelle unserer Verurteilung einer derartigen Handlungsweise Ausdruck zu geben. Die Verdächtigungen anderer Personen aus dem Hinterhalt, ohne mit dem eigenen Namen für die aufgestellten Behauptungen einzutreten zu wollen, verrät eine derartig niedrige und verwerfliche Gesinnung, daß solche Anschuldigungen auf Verächtlichmachung keinerlei Anspruch erheben können. Wir weisen deshalb erneut darauf hin, daß anonyme Eingaben ohne irgendwelche Behandlung der Vernichtung anheimfallen.“ Öffentlich handeln auch andere Behörden mehr und mehr nach diesem löbllichen Grundsatz.

Empfänger Hausbesitzer. Ein Nistravensbotum gegen einen Stadtverordneten ist im Grundbesitzer-Verein Frankfurter Torbezirk beschloffen worden. Gegen den in der II. Abteilung des 12. Kommunalwahlbezirks gewählten Stadtverordneten Rechtsanwalt Galland wurden in der Versammlung heftige Angriffe gerichtet, weil er für die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Vekuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert gestimmt haben soll. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Verein ist der Ueberzeugung, daß ein Eintreten seiner Mitglieder für die Wiederwahl des bisherigen Vertreters, Rechtsanwalt Galland, infolge seines Verhaltens gegenüber den berechtigten Interessen der Hausbesitzer ausgeschlossen ist.“ Wie kann man auch nur!

Kaplan Dabach. Der in vielen Kreisen mit so großer Spannung erwartete Veseidigungsprozess, den der Reichs- und Landtagsabgeordnete Kaplan Dabach aus Trier gegen den Schriftsteller Adolf Brandt und den Redakteur Karl Schneidert anstrengt hat und für deren Hauptverhandlung nach mancherlei Verzögerungen Termin am 27. d. M. anstand, ist durch außergerichtlichen Vergleich erledigt worden. Herr Brandt hatte bekanntlich Herrn Dabach gewisser unmaßlicher Reigungen z. verdächtigt, Herr Schneidert hatte nur auf Grund der Brandtischen Publikationen in Schrift und Wort Reflexionen in der Presse veröffentlicht, welche ihm gleichfalls die Anklage zuzogen. Nun hatte Brandt den Beweis der Wahrheit angetreten und eine Anzahl junger Leute laden lassen; auf Grund der Vernehmungen dieser Zeugen hatte er sich indessen überzeugt, daß er seine Behauptungen nicht werde beweisen können. Namentlich verlagte ein Reiner Bohl, den Herr Dabach schon in Köln wegen Erpressung hat bestrafen lassen. Brandt hat darauf sich zu Erklärungen verstanden, welche Herrn Dabach befriedigten, so daß dieser die Strafverfolgung zurückgezogen hat. Herr Schneidert hatte bereits im Einverständnis mit Brandt in der „F. A. M.“ vom 4. September, da er aus eigener Wissenschaft nichts bezeugen konnte, reboziert und so ist die Angelegenheit begraben worden.

Ein Varietetheater größeren Stils soll in der Luisenstadt und zwar im Hause Deobenerstraße 97 errichtet werden. Leiter sind die Herren Alfred Berg und Emil Rivi; das Theater erhält den Namen Kolosseum.

Doch ein Cholerafall? In der Choleraabarde des Moabiters Krankenhaus ist gestern morgen der Schiffer Wilhelm Lehmann gestorben, und zwar unter Umständen, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß er der Cholera erlegen ist. Lehmann war vor zwei Tagen auf seinem im Urbanhafen ankernden Kahn erkrankt und wurde als Choleraverdächtig nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht. Mehrere Personen, die auf dem Lehmannischen Kahne beschäftigt waren, sind zur Beobachtung im städtischen Krankenhaus eingeliefert worden. Darunter befinden sich die Frau Lehmanns, die Kinder des Ehepaares und der Bootsmann und dessen Familie. Diese Leute erfreuen sich vorläufig des besten Wohls. Die Behörden haben alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um jede etwaige Ansteckungsgefahr im Keime zu ersticken und eine Verschärfung der Ueberwachung der Schiffer auf der Spree und ihren Zuflüssen in die Wege geleitet.

Mit Rücksicht auf die Gefahr der Einschleppung der Cholera ist die Meldepflicht der Schiffer durch eine soeben veröffentlichte Landespolizeiverordnung, welche heute in Kraft tritt, dahin erweitert worden, daß jeder Schiffer oder Fährer, der bis zu sechs Tagen vor seiner Ankunft im Landespolizeibezirk Berlin sich an Ostseehäfen oder in Bezirken aufhalten hat, in denen Cholerafälle vorgekommen sind, sich, falls er länger als 24 Stunden hier sich aufhalten will, binnen sechs Stunden nach seiner Ankunft polizeilich melden muß. Für die Berliner und Hildesheimer Gewässer hat diese Meldung auf dem Polizeischiffsbüreau, Profisstr. 8, für die Charlottenburger Gewässer beim dortigen Schiffsbüreau, Berlinerstr. 92, zu erfolgen. Uebertritte dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder entsprechender Haft bestraft.

Zu dem Zeuthener Morde wird gemeldet, daß zwei Personen verhaftet wurden, die der Tat, welche sich als verurteilter Lustmord herausgestellt hat, dringend verdächtig sind. Die eine ist der Geistesranke, der, wie von und berichtet, einen Eubarn töten wollte und am Nordtore unweit der Nordstraße gesehen wurde. Es ist der 26 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Stöpper, den ein Berliner Kriminalkommissar in Senftenberg ermittelte. Da Stöpper in Tobstakt verfallen war, mußte er vorläufig in die Irrenanstalt zu Neu-Hippin gebracht werden. Der andere Verhaftete ist der 31 Jahre alte Fleischer Rudolf Zeidmann, der nach der Ermordung der Schiffersfrau Orshnid monatelang in Untersuchungshaft war, aber freigelassen werden mußte. Auch Zeidmann war zur Zeit des Mordes unweit von Wusterhausen gesehen worden. Er war tags darauf mit sechsden Kleiden in Nordtore gesehen worden und wurde jetzt von dem Kriminalkommissar in einer Fabrik in Köpenick ermittelt. Die Farbe seiner Haare soll mit der des Gauchhühners, den man in der Hand der Ermordeten fand, übereinstimmen. Auffallend erscheint, daß Zeidmann seine bis dahin langen Haare zwei Tage nach dem Morde kurz schneiden ließ, und daß er einen verunglückten Alibibeweis unternahm. Er befindet sich im Amtsgerichtsgefängnis zu Wusterhausen. Manche Zeugenangaben, die Zeidmann schwer belasteten, steht der Kommissar sehr ungläubig gegenüber.

Der plötzliche Tod eines russischen Arztes beschäftigt die hiesigen Behörden. Ein Arzt namens Maschin aus Moskau begleitete einen seiner Kranken, der hiesige Aerzte konsultieren will, nach Berlin und wollte sich noch einige Zeit hier aufhalten. Donnerstag nachmittag erkrankte er in seiner Wohnung in der Friedrichstraße plötzlich selbst unter Anzeichen der schwersten Gelbfucht und ließ sich nach einer Privatambulanz bringen. Dort starb er alsbald nach der Aufnahme. Nach dem Gutachten der Aerzte der Klinik ist es wahrscheinlich, daß er sich die Krankheit durch den Genuß von irgend welchen giftigen Speisen zugezogen hat. Gewißheit kann darüber jedoch erst die Leichenschauung bringen. Die Revierpolizei beschlagnahmte daher die Leiche und ließ sie nach dem Schauhause überführen.

Straßensperrung. Die Brombergerstraße von der Rüdersdorfer bis zur Remelerstraße wird wegen Neupflasterung vom 25. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Unter dem Verdachte des Kautionschwinds wurde ein Kaufmann Wilhelm Lege in Sonnenburg von der Kriminalpolizei festgenommen. Der Mann ist wegen Kautionschwinds und Unterschlagung schon oft vorbestraft. Zuletzt betrieb er in Moabit eine Fabrik unter der Firma „Oxydationsapparat zur Reinigung, Entfäulung, Alterung und Bereidung von Wein, Bier, Oelen und Spirituosen“. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint sich aber der Betrieb im wesentlichen darauf beschränkt zu haben, daß Lege Leute suchte und fand, denen er in irgend einer Form Würgschaften und Einlagen abnahm.

Leim Waschen ertrank ist der 40 Jahre alte Arbeiter Fritz Dänigkeit aus der Hochmeisterstr. 28. Der unverheiratete Mann half als Stundenarbeiter beim Verladen von Heu auf Röhren und Böden. Wenn er morgens früh zu tun hatte, so ging er abends nicht erst nach seiner vom Humboldthafen und dem Schiffbauerdamm weit entfernten Wohnung, sondern blieb auf seiner Arbeitsstelle und übernachtete auf einem Heuboden. Morgens wusch er sich dann am Ufer. Bei einer solchen Gelegenheit fiel er in der vergangenen Woche ins Wasser und ertrank. Vorgefunden wurde seine Leiche am Hölsteiner Ufer geflanzt. Gerade vor dem Unglücks-morgen hatte er erzählt, wie sehr er sich auf die bevorstehende Einsegnung seiner Nichte freue.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern Abend vor dem Schöneberger Rathaus ereignet. Als dort der 61 Jahre alte Küstler Joseph Brumke aus der Subenerstr. 19 den Fahrdamm überqueren wollte, kam von beiden Seiten her ein Straßenbahnwagen und ein Automobil herangefahren. Auf beiden Gefährten wurden Warnungssignale gegeben und hierdurch wurde B. so verwirrt, daß er blindlings in das Automobil hineinstieg. Er wurde zu Boden gerissen, überfahren und noch eine Strecke mitgeschleift. Auf der nahen Unfallstation in der Herberstraße, wo dem Verunglückten die erste Hilfe zuteil ward, wurde außer schweren inneren Verletzungen ein doppelter Rippenbruch und eine Zerschütterung des Daumens festgestellt.

Straßenunfall. Im Hauskur des Grundstückes Köpenickerstraße 8a wurde der 6 jährige Walter Reinhold von einem Mörkelwagen der Firma Hermann Wundenhagen überfahren. Es wurde ihm der rechte Fuß zerquetscht. Er wurde nach der Unfallstation Gölitzer Bahnhof und von dort nach Bethanien gebracht. Der Fuß wird jedenfalls amputiert werden müssen.

Die Feuerwehr als Mädchen für alles. Zwei verunglückte Pferde hatte die Wehr am gestrigen Tage zu retten, und zwar am Ufer an der Waldemarstraße 32. Am schwierigsten gestaltete sich das Rettungsversuchen an der ersten Stelle. Dort war ein Pferd über die Quaimauer hinweg in den Hafen gestürzt und konnte trotz der größten Anstrengungen nicht herausgeholt werden. Schon war das Tier dem Verenden nahe, als die Feuerwehr eintraf. Sie umgürte im Wasser das Pferd und zog es schließlich mit Hängeseilen aus den Fluten — eine Arbeit, die viel Mühe machte. Im zweiten Falle handelte es sich um einen in eine Grube gefallenen Gaul. Wenn es auch hier gelang, das Tier schnell herauszuholen, so verwendete es doch bald darauf.

Zirkus Wusch ist Donnerstagabend schon mit einer Ausstattungs-pantomime herausgekommen; nur acht Tage hat dort die dramatische Zeit gedauert. „Mezilo“ heißt das neue Stück. Es ist das schöne an den Freludramen, daß die Handlung gleich in dem Namen liegt und die Phantasie nie fehlt, wenn sie sich ein Nordpolstüd mit Eisbären, ein Stück, das Matharina II. heißt, mit russischen Wajaren, ein Stück namens Mezilo aber mit Indianern besetzt vorstellt. Gleich am Beginn treten die Rothäute in die Erscheinung, darunter einer mit schauerlich wildem Augenblickern. Das ist der Hauptling der Kommande, der es auf die schöne Tochter eines reichen Pflanzers abgesehen hat. Die „große Schlange“ wird der unheimliche Hauptling genannt und das mit vollem Recht, denn er ist ein sehr gefährlicher Kerl. Aber die bedächtigende Wirkung, die er mit seinen Klumpen ausübt, wird gemildert durch den weiblichen Anhang, den die Rothäute mit in die Kanoe bringen. Diese Indianerinnen sind liebevoll und unerschrocken mit den Ursprüngen einer gewissen Kultur befaßt, denn sie tanzen Ballett nach europäischem Muster. Das Jddl, das sich nun beim frohlichen Pindid entwickelt, dauert leider nicht lange, die Freundschaft zwischen Blauhäutern und Rothäuten geht in die Brüche; es erfolgt ein Ueberfall mit Tomahawks und anderen indianischen Objekten, und am Schluß des ersten Aktes wird der Postwagen, worin die schöne Pflanzertochter sitzt, von den Indianern erobert und mit Hurra einen steilen Berg hinaufgezogen. Das läßt der Pflanzers als Vester riesiger Ranchos — man behalte diese spanischen Namen — sich natürlich nicht gefallen; es kommt zum mörderischen Kampf, und zwar nach alter Zirkusgewohnheit im Wasser. Aufregend sieht es aus, wenn den steilen Abhang Ranchos und Marine der Indianer, untermischt mit riesigen Grizzabären, hinabrutschen; noch aufregender macht sich aber der Kampf zwischen Weissen und Rothäuten, der zu Pferde im Wasser ausgefochten wird und damit endet, daß Don Ricardo mit seiner gefährlichen Rancheta den Indianerhauptling mitten ins Herz trifft. So hat das Publikum ein an Aufregungen und Kostümparaden reiches Bild genossen und ist durch diesen Anschauungsunterricht über die wahren Sitten und Gebräuche des wilden Westens mindestens ebenso gewissenhaft aufgeklärt worden als durch Karl Mays berühmte Indianerbücher. Das glanzvoll ausgestattete Stück wird bei Alt und Jung gebührende Bewunderung finden und dem Zirkus Wusch ungezählte neue Freunde werben.

Das Winterhalbjahr der städtischen Kochschule in der Dunderstraße 65/66 beginnt am 11. Oktober 1905. Das Schulgeld beträgt für 1/2 Jahr 4 M. Rabere Auskunft wird erteilt und Anmeldungen werden bis zum 29. September Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 2—3 Uhr in der Dunderstr. 65/66 entgegen genommen.

Theater. Im Trianon-Theater findet die Erstaufführung von „Madame Torera“ Freitag, den 29. d. M., statt. — In dem dramatischen Märchen „Der Traum ein Leben“ von Franz Grillparzer, das am Montag neuinstudiert auf der Bühne des Schiller-Theaters O. (Wallner-Theater) erscheint, wird Georg Varsche den Rustan, Franz Nolan den Janga, Gusti Weder die Kirza spielen. Den König gibt Max Vategg, die Gismare Paula Sitten, den Mann vom Heilen Heinz Vernecker. Die Regie des Stückes führt Wily Wertmann. — Im Carl Weich-Theater bringt die Spielleitung Max-Regn als dritte Vorstellung im Volks- und Schauspielhaus „Kabale und Liebe“. Als Gäste wirken: Frau Dir. Cornet als Lady Milford und Fr. Paula Klär als Luise.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Magistrat ersucht uns, folgendes mitzuteilen: Am heutigen Tage eröffnete die Stadt Charlottenburg ihre zweite kostenlose Stellenvermittlung für weibliches Hauspersonal. Die Geschäftsstelle, welche werktäglich von 9—12 und 3—7 Uhr geöffnet ist, befindet sich Wittenberg Platz 4 (Ecke Bahnhofsstraße) an einem Hauptverkehrsstraßen von Berlin W., dessen größter Teil zum Gemeindebezirk Charlottenburg gehört. Die Räume, welche sich im Erdgesch. des genannten Hauses befinden, sind zweckentsprechend und freundlich eingerichtet. Es ist ein An-

meldezimmer vorhanden, an welches sich zwei Vorderzimmer, für Stellungsgeber und Stellungsfinder getrennt, sowie ein Garderobezimmer anschließen. Durch die Einrichtung besonderer kleinerer Besprechungszimmer ist die Möglichkeit geboten, daß Unterhandlungen von Dienstvermittlern mit Stellungsfindern an Ort und Stelle und ungestört stattfinden können. — Fernsprechanschluß und zwar Amt Charlottenburg Nr. 3598 ist gleichfalls vorhanden.

Schöneberg.

Der Stadtverordnetenbeschuß gegen die Fleischsteuerung wird auch in Schöneberg, wie in anderen Gemeinden, recht in die Länge gezogen. Nachdem am 4. September die bekannten Resolutionen in Sachen der Fleischnot als dringliche behandelt und in der Sitzung auch als solche ohne weiteres angenommen wurden, steht jetzt am 25. September, also nach drei Wochen, endlich die Wahl der gemischten Deputation auf der Tagesordnung, nachdem bereits am 8. September der Magistrat dem „dringlichen“ Beschlusse beigetreten war. Man kann danach ersehen, wie es in jenen Kreisen um die so oft betonte Arbeiterfreundlichkeit aussieht.

Der Besetzung der zweiten Bürgermeister- und der Kammererstelle ist der Magistrat, nachdem die Stadtverordnetenversammlung eine Ausschreibung beider Ämter, entgegen der Absicht des ersten durchgeföhrt hatte, beigetreten. Nach Einholung der Genehmigung durch den Bezirksausschuß dürfte jedenfalls die Ausschreibung bald erfolgen. — Mit den „vorbereitenden“ Schritten zur Stadtratswahl — es sollen noch zwei unbefolgte der Magistrat verstärken — scheint man in gewissen Kreisen noch keine Einnahme erzielt zu haben.

Abgesehen hat der hierzu eingesetzte Ausschuß das Verlangen des Stadtverordneten Polenz, ihm sogenannte Reservatrechte für sein Grundstück in der Magienstraße zu gewähren. Seinen bürgerlichen Freunden selbst schien eine solche Forderung, womit bezeichneterweise sogar schon der Magistrat einverstanden war, zu weit zu gehen. Herr Polenz dürfte dadurch freilich ein schönes Geschäft entgangen sein.

Wilmerdorf.

Am Mittwoch tagte eine gut besuchte außerordentliche Versammlung des Wahlvereins in Wilmerdorf. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem in Alenburg verstorbenen Genossen Hilpert einen warm empfundenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Hiernach wurde die Diskussion der Lokalfrage fortgesetzt. Wie bereits die Lokalfrage ist, geht daraus hervor, daß 40 Wähler an der Diskussion teilnahmen.

Eine Resolution, die besagt, daß der Vorstand des Wahlvereins beauftragt wird, da der Partei am Ort nur ein veraltetes, ungeeignetes Lokal zur Verfügung steht, die Erlangung eines den jetzigen Anforderungen entsprechenden Lokales herbeizuföhren, fand einstimmige Annahme.

Sämtliche Vereine und Gewerkschaften unseres Ortes sowie die gesamte arbeitende Bevölkerung werden verpflichtet, den Kampf in wirksamer Weise zu unterstützen. Je energischer und geschlossener ein Kampf, desto schneller und sicherer der Sieg. Im Interesse einer schleunigen Durchführung dieses Beschlusses muß der Kampf gegen das Lokal „Louiserpark“ mit Nachdruck geführt werden. Nach Zustimmung des Vorstandes werden die nötigen Maßnahmen eingeleitet werden.

Hiernach gaben die Delegierten einen Bericht über die Generalversammlung, an den sich eine rege Debatte knüpfte.

Ferner wurde beschlossen, falls ein Mitglied des Vereins außerhalb des Ortes stirbt, ist der Vorstand verpflichtet, am Begräbnis offiziell durch Delegation teilzunehmen.

Friedrichshagen.

In der letzten Monatsversammlung des Wahlvereins von Friedrichshagen und Umgebung hielt Dr. Bruno Wille einen Vortrag über das Thema: „Hat Christus gelebt?“ Der Vortrag fand großen Beifall. Ohne Diskussion wurde in der Tagesordnung fortgesetzt. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden die Genossen Mühl, Werkmann, Köhler, Korfing und Schulze gewählt.

Unter Vorsitzendes erfolgte auf Anregung des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates eine Aussprache über das Verhalten der hiesigen Barbierherren gegen ihre Gehilfen, welche wegen Lohnerhöhung bei den Barbierherren vorstellig wurden.

Friedenan.

Am Dienstag hielt der Wahlverein seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Genossen Thiele über die Kreisgeneralversammlung leitete Genosse Thiele den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes mit der Aufforderung ein, sich zur Erhebung der im verflochtenen Jahr verstorbenen drei Genossen Brunzel, Hejn und Richter von den Plätzen zu erheben. Sodann gab er einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung des Vereins. Der Bericht lang in den Appell aus, die Genossen von Friedenau möchten im neuen Vereinsjahr unter Jurisdiktion aller persönlichen Streitigkeiten ihre Pflicht dem Verein und der Partei gegenüber voll erfüllen und dadurch wirksam an der Erreichung unseres hohen Zieles mitarbeiten.

Sodann erstatteten alle anderen Funktionäre mit Ausnahme des Kassierers Bericht über ihre Tätigkeit. Der Kassierer wird, da das Geschäftsjahr erst mit dem 30. September abläuft, den Bericht in der Oktoberversammlung geben. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: Als erster Vorsitzender wurde gewählt: Thiele, als zweiter Vorsitzender Warowich, als Schriftführer Altmann, als Kassierer Döring, als Beisitzer Emil Schulz, als Bezirksführer für den 1. Bezirk Bant und Träder, für den 2. Bezirk Wudro und Angermüller, für den 3. Bezirk Köhler und Westphal, für den 4. Bezirk Lipp und Hille, als Revisoren Angermüller, Hiep und Clement, als Bibliothekar Westphal und als Stellvertreter des jetzt kranken Bibliothekars Tisch Wälde. Die Beratung des Statutenentwurfs für die Zentralisation der Wahlvereine von Groß-Berlin wurde bis zur Oktoberversammlung zurückgestellt.

Nowawes.

Einen wichtigen Beschuß des Gemeindevorstandes in Bezug auf die zukünftigen Gemeindevorwahlen teilte der Amtsvorsteher in der am Mittwoch abgehaltenen Gemeindevorstandssitzung mit. Danach soll in Zukunft die Wahl der Vertreter der dritten Klasse in Nowawes nicht mehr wie bisher in einem Bezirk, sondern in zwei Bezirken stattfinden, und zwar soll die Mitte der Priesterstraße die Trennungslinie für beide Bezirke bilden. Der Amtsvorsteher begründete dies damit, daß bei der letzten Wahl der Änderung der Wähler und ihr Verhalten derart gewesen wären, daß es ihm nur unter großen Schwierigkeiten möglich gewesen wäre, die Wahl zu leiten. Außerdem soll die Zahl der Vertreter von 15 auf 18, die der Schöffen von 4 auf 5 erhöht werden. In der Diskussion hierüber erklärte Genosse Hähnen, daß sich die Schwierigkeiten bei der vorigen Vertreterwahl hauptsächlich daraus ergeben hätten, daß der Wahltag nicht am Eingange zum Wahllokal und in der Nähe des Wählens stattfand. Bei einer besseren Placierung des Wahlbureaus wäre die Wahlhandlung ohne Störung verlaufen. — Wegen Erweiterung des Schulhauses wurde die Numerierung der Schulnummer von 284 auf 300 M. pro Jahr erhöht. — Einem Antrage des Amtsvorstehers auf Beschlußfassung wegen Uebernahme der Mittelwies-Rändereien in den Amtsbezirk Nowawes-Neuendorf gab die Vertretung ihre Zustimmung. Diese Rändereien, welche über 80 Morgen groß und hinter dem Bahnhof Dreinig gelegen sind, gehören dem Fiskus und sind anfangs der fünfziger Jahre vorigen Jahrhunderts zur Bewirtschaftung durch die Nowaweser Gemeindeglieder gegen eine mäßige Pacht freigegeben worden. Die Verpachtung geschieht durch die Gemeindevorstellung, jedoch stand der Gemeinde resp. Amtshörde bisher keine Verfügung über den Mittelwies, sondern dem Fiskus in Potsdam, so daß es gar nicht zur Kenntnis des Amtes

vorsteher kam, wenn von den Pächtern rechtswidrige Handlungen auf den Grundstücken begangen wurden, sondern alle Anzeigen an den Fiskusmeister in Potsdam gingen. Dies führte zu vielen Unannehmlichkeiten, die durch den erwähnten Beschuß beseitigt werden sollen. Natürlich ist hierzu außer der Zustimmung der anderen Gemeinden des Amtsbezirks, denen dieser Antrag demnächst zugehen wird, auch das Einverständnis der Regierung nötig. — In der nicht-öffentlichen Sitzung kam u. a. folgende Sache zur Verhandlung: Vor zirka zwei Jahren beantragte ein Gemeindebeamter eine Gehalts-erhöhung. Da nun die Gehälter durch Statut geregelt sind, konnte die Vertretung diese Forderung nicht bewilligen, ohne die übrigen Beamten zurückschicken. In Anbetracht, daß es sich um einen tüchtigen Beamten handelte, der eine fünfköpfige Familie zu ernähren hatte, beschloß die Vertretung, diesen Beamten zum Sekretär zu ernennen, obwohl er noch lange nicht die nötige Anzahl Dienstjahre hinter sich hatte. Man will ihm dadurch eine Gehalts-erhöhung zu- kommen lassen, da sein Gehalt 300 M. weniger als das der vollberechtigten Sekretäre betrug. Trotzdem der Beamte sich damals damit zufrieden erklärt hat, hat er jetzt gegen die Gemeinde eine Klage auf Zahlung des vollen Sekretärgehalts vom 1. April ab anhängig gemacht. Da die Gemeinde bei dieser Klage zweifellos der verlierende Teil sein würde, gab die Vertretung ihre Zustimmung zur Zahlung des vollen Sekretärgehalts für diesen Beamten.

Rüpenitz.

Zur Lohnbewegung der Freizeugehilfen ist zu berichten, daß der Stand derselben unverändert ist. Der Innungsoberricht bemächtigt sich nach wie vor, seinen Einfluß auf die Innungsmitglieder dahingehend geltend zu machen, daß sie die Forderungen nicht anerkennen. Der Kampf der Freizeugehilfen ist unter diesen Umständen ein äußerst schwieriger, die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft daher erforderlich. Die bewilligten Besätze sind kenntlich durch ein rotes mit weißem Kreuz versehenes Plakat. Die Gehilfen müssen im Besitz einer weißgrünen Kontrollkarte sein. Die Karte ist nur gültig, wenn sie laufend gestempelt ist. Alle anderen Plakate sind täuschende Nachahmungen. Bewilligt haben die Arbeitgeber: Kater, Grünauerstraße; Schwarz, Müggelheimerstraße; Kerber, Müdderstraße; Mühsch, Kallieria Auguste Viktoriastraße, und Weisner, Hohenollerplatz. Von neuem bewilligt haben die Arbeitgeber: Pohl, Müggelheimerstraße; Häbde, Elisabethstraße.

Die Lohnkommission der Freizeugehilfen.

Sichtenberg.

Unsere Parteigenossen haben wiederholt angeregt, den Landstreifen an der Frankfurter Chaussee und der Ostbahnbrücke, der mit sonst am Orte so spärlich verteilten gärtnerischen Anlagen versehen ist, in den Besitz der Gemeinde zu bringen. Ein spekulativer Kopf hat nun diesen Streifen Landes an sich gebracht, und — nun genehmigte die Gemeindevorstellung die Aufnahme dieses Streifen Landes als öffentlichen Platz in den Bebauungsplan. Die Gemeindevorstellung beschloß die Aufnahme zweier Anließer für Zwecke der Kanalisation auf Rechnung des Zweckverbandes im Betrage von 86 000 und 1 1/2 Millionen Mark. Die Pflasterung der Zufahrtsstraße zu dem Krankenhausbauplatz an der Frankfurter Chaussee wurde beschloßen, ohne daß die Frage des Krankenhausbaues überhaupt Erwähnung fand. Ein Änderungsantrag zu einem erteilten Pflasterkonsens erfuhr Ablehnung.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm in ihrer Sitzung am 18. September zunächst den beifällig aufgenommenen Bericht des Genossen Karl Liejegang über die Kreisversammlung entgegen. Eine Debatte wurde nicht beliebt. — Zu der im Oktober stattfindenden Kreisversammlung wurden dann durch Zuruf die Genossen Linke, Kopenhagen, Lieve, Bachhuh, Zimmermann, Häfner, Schulze, Otto Liejegang, Liebermann, Redle und als Ergänzung Hagel gewählt.

Genosse Seidel brachte den Entwurf zu einer Parteiorganisation über Groß-Berlin zur Verlesung.

In der außerordentlich lebhaft geführten Debatte machten die Genossen Well, Lieve, Köhler und Liebermann einige Vorschläge geltend, erklärten sich aber mit der Tendenz des Entwurfs einverstanden. Die Genossen O. Grauer und K. Liejegang bemähten sich, die gemachten Vorschläge zu zerlegen und traten für unveränderte Annahme des Entwurfs ein. Wegen nur wenige Stimmen erklärte sich die gut besuchte Versammlung unter Ablehnung der Änderungsanträge für den Entwurf. — Der Genosse Karl Liejegang wurde zum Abteilungsleiter (6. Abt.) und Genosse Alf. Basse zum Bezirksführer gewählt.

Der Bibliothekskommission wurden debattelos 150 M. bewilligt, um die Bibliothek mit neueren Erscheinungen der Parteiliteratur auszustatten. Ebenso fand ein Antrag Annahme, den sozialdemokratischen Gemeindevorstellern die „Kommunale Praxis“ auf Kosten des Wahlvereins zu liefern.

Genosse Grauer gab den Wortlaut der Anträge an die Gemeindevorstellung in Sachen der Fleischnot und der Errichtung eines Neonaleszentenheimes auf dem Wittergute Tordorf bekannt. Die Veranstaltung eines Kunstabends am 21. Oktober fand die Zustimmung der Versammlung. — Der Wunsch des Genossen B., daß die Vertretung entscheiden möge, ob er der geeignete Vorsitzende des Wahlvereins sei, wurde auf Antrag Grauer durch Uebergang zur Tagesordnung debattelos erledigt. — Die Reuwaschler der Vereinsfunktionäre sollen nach Beschluß der Versammlung nicht im Oktober vorgenommen werden, sondern erst im Anschluß an die bevorstehende Organisationsänderung stattfinden.

Französisch-Buchholz.

In einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Adolf Stern-Berlin am Dienstag über die Entstehung der Bibel. Der Lehrer König trat dem Referenten entgegen, doch wählten die Genossen Stern und Sonntag dem Herrn gebührend zu antworten. Am 17. Oktober ist die Generalversammlung des Bezirks Französisch-Buchholz. Nachdem die Aufforderung zum Abonnement auf den „Vorwärts“ ergangen war und die Versammlung mehrere Mitglieder aufgenommen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Gerichts-Zeitung.

Einen Expressionsfeldzug unternahm der Monteur Karl Grundmann, welcher sich gestern unter der Anklage der fortgeschrittenen bedürftigen Erpressung vor der Strafkammer verantworten mußte. Der bisher unbescholtene G. wurde beschuldigt, eine Anzahl Briefe an das Korps „Normannia“ gerichtet zu haben, in welchen er die Zahlung der Summe von 2000 M. forderte. In diese Forderung knüpfte er Drohungen, daß er Mitglieder des Korps bloßstellen würde. Am 5. Mai ging in dem Heim der Verbindung in der Großen Hamburgerstraße wiederum ein Expressbrief ein, in welchem er 2000 M. binnen drei Tagen verlangte. Andernfalls würde es bald zu einem „großen Krach“ kommen, da ja verschiedene Mitglieder der Verbindung wissen mühten, welche Beziehungen sie zu der Frau eines Vektors unterhielten. Auch würden durch seine „Entstellungen“ verschiedene junge Damen, die mit Mitgliedern der Verbindung in Beziehungen stehen, arg kompromittiert; er selbst löse auch nicht gern junge Ehen. Diese Briefe wurden von der „Normannia“ der Staatsanwaltschaft übergeben, die das jetzige Strafverfahren anhängig machte. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß ihm von einem Fräulein Jonas, die wohl gewisse Erfahrungen mit den „Normannen“ gemacht habe, verschiedene heisse Dinge über das Korps erzählt worden seien, die er sich selbst zunutze machen wollte. Mit dem Gelde beabsichtigte er, sich ein Geschäft zu kaufen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in freiwilliger Weise infolge der Klage auf einer jungen Dame Parteigläubiger auszulagen suchte, eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

Einen verwiderten Rechtsfall stellte eine Anklage wegen fahrlässigen Falles dar, welche den Privatier F. aus Wilmerdorf gegen die Strafkammer des Landgerichts II führte. Die 20-jährige Tochter des F. hatte für ihren Vater, der Hausbesitzer ist, als Vertreterin einen Interdiktionsprozeß geführt und verloren. Sie hatte infolgedessen Gerichtskosten in Höhe von 38 M. zu zahlen. Die Zahlung wurde indessen verweigert. Die Kosten sollten deshalb durch die Gerichtskasse auf dem Zwangswege beigetrieben werden. Eine Pfändung blieb bei Fräulein F. fruchtlos. Nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung wurde nunmehr der Angeklagte als zur Ablehnung des Offenbarungseides geladen. F. leistete auch für seine Tochter den Offenbarungseid. Hierbei soll er unterlassen haben, anzugeben, daß seine Tochter eine Lebensversicherungspolice der „Victoria“ über 200 M. besitzt. Die Folge war die vorliegende Anklage wegen Verletzung der Offenbarungspflicht. Vor Gericht behauptete F., daß seine Tochter gar nicht Vertreterin der Police sei, obwohl diese auf ihren Namen lautete. Seine Frau habe ohne Wissen der Tochter die Versicherung aufgenommen und auch die Prämie bezahlt. Rechtsanwalt Dr. Verhauer erklärte dies damit, daß es in den weitesten Volkstreffen üblich sei, daß die Eltern sich eine Sparbüchse aneignen, indem sie für mitunter gar nicht existierende Kinder Lebensversicherungen und Sparbüchsen aufnehmen. Der Gerichtshof hielt für festgelegt, daß jene Lebensversicherung tatsächlich nicht zu den Vermögensständen der Tochter gehörte, der Angeklagte also den Offenbarungseid für seine Tochter richtig geleistet hatte. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis beantragt.

Vermischtes.

Karl Baumbach, ein Liebling der deutschen Bildungs-Philister, ist am Donnerstag in Weiningen kurz vor seinem 65. Geburtstag gestorben. Bekannt wurde er durch sein Pros „Platarog“, das einer florentinischen Apenlage sein Entstehen verdankt. Baumbach lebte damals als Lehrer in Trief. In den nächsten Jahren erschienen mehrere Piedererzählungen. Die leichteren, launigen Sachen, die von Wein und Wandern erzählten, gefielen besonders den Jungbürgern. Das Lied von der Lindenwirtin wird heute noch gesungen. Auch Erzählungen, Heldensagen, Märchen hat Baumbach geschrieben. Seine Bücher erlebten sehr hohe Auflagen. Der Naturalismus machte dann der Spielerei ein Ende. Baumbach ist als Hofrat gestorben.

Eisenbahnunfall. Aus St. Wendel (Rheinprovinz) wird amtlich gemeldet: Am 20. d. M., 9 Uhr 32 Min. nachmittags, fuhr ein auf dem Bahnhof Martinstein infolge Ueberfahrens des Einfahrtssignals zwei Güterzüge aufeinander. Entgleist sind sieben Güterwagen, davon wurden drei stark beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen an der Unfallsstelle aufrecht erhalten.

Auf der Station Wischoffen (Ostpreußen) fuhr gestern früh, wie aus Heilsberg gemeldet wird, aus noch nicht aufklärter Ursache ein Personenzug in ein Ladegleis, auf dem einige Güterwagen standen. Bei dem Anprall wurde der erste Wagen aus den Schienen gehoben. Ein Händler aus Allenstein wurde leicht verletzt.

Und der alten neuen Welt. „Regen-ins-Gesicht“, der letzte der großen Siouxkämpfer, die Mitte der sechziger Jahre ihre Stämme zum letzten Verzweiflungskampfe gegen die Truppen der Vereinigten Staaten führten, ist in der Indianerreservation in Suddakota im Alter von 82 Jahren gestorben. Er war ein reinblütiger Sioux, eine typische Rothhaut, wie Cooper sie zu schildern liebte. Bis zu seinem letzten Atemzuge bewachte er seinen unverwundlichen Hox und seine Berachtung gegen die Weißen, und kein Gold konnte ihn verlocken, sich, wie es sein Kampfgenosse Sitting Bull getan hatte, der Wildweidhau Buffalo Bills anzuschließen, da er dies mit der Würde eines indianischen Haxpflings für unvereinbar erachtete. „Regen-ins-Gesicht“ war der Führer bei dem großen Gemetzel im Jahre 1876 in den Black Hills, wo General Custer mit 300 Soldaten bis auf den letzten Mann niedergemacht wurden. Er schnitt mit eigener Hand dem General das Herz aus dem Leibe. Er war im Westen seinerzeit der gefürchtetste Pferdedieb und Schlafriger, und wenn er auch in den letzten Jahren in Suddakota das Entgegenkommen der Unionsregierung nicht mehr zurückwies und sogar die Uniform der Indianerpolizei trug, so hat er sich doch niemals völlig mit ihr ausgesöhnt. Er hatte sieben Frauen und behauptete immer nur, daß seine Mittel ihm seinen größeren Aufwand in dieser Beziehung gestatteten. Um für seine jüngste Frau Platz zu schaffen, soll er die älteste umgebracht haben. Man fand sie eines Tages mit durchschnittenen Adern im Zelt liegen, jedoch konnte „Regen-ins-Gesicht“ niemals etwas beweisen werden.

Ein ganze Stadt verschüttet? Aus Rom wird gemeldet: Infolge ausgedehnten Schneefallberaubens unter dem San Paolo-Verge bei Sutura (Lazio) stürzte heute der Berg in sich zusammen, wobei er die an seinem Fuße liegende Stadt unter sich begrub. Eine große Anzahl Menschen sollen umgekommen sein, doch soll es der Mehrzahl der Einwohner gelungen sein, sich unter Juridikation ihrer Hebeligkeiten zu retten. Von Palermo aus ist eine Hilfsaktion eingeleitet worden.

Von der Cholera. In den letzten 24 Stunden ist nur ein choleraverdächtigter Fall im Bremer Bezirk gemeldet worden; ein Gefangenener, der in der Glasschütte in Uch arbeitete, ist erkrankt. Bei einer choleraverdächtig erkrankten Person in Harlsdorf ist Cholera festgestellt worden, bezüglichen bei der unter Beobachtung stehenden Arbeiterin in Grading. Der Verdacht, daß Cholera die Ursache bei dem in Wlowsky verstorbenen Fleischmeister Rumpel gewesen sei, hat sich nicht bestätigt. Zwei Krätze haben vielmehr Veranlassung als Todesursache festgestellt. Auch bei in Deuthen vorgenommenen bakteriologischen Untersuchungen wurden Bakterien nicht vorgefunden.

Ueber einen Aufsehen erregenden Raubmord wird aus Heidelberg gemeldet: Unter dem Verdachte, den seit dem 30. Juli vermissten und kürzlich mit einer Schußwunde am Kopfe verhaftet aufgefundenen Engländer ermordet zu haben, wurden ein Hausbesitzer des Gasthofes „Rheingold“ und der Wirt vom „Bierfelder Hof“ verhaftet. Der Ermordete, der 42 Jahre alte Engländer Thomas Reich aus Paisley, wohnte zuletzt im „Rheingold“. Er unternahm von da einen Ausflug, von dem er nicht mehr zurückkehrte. Der Bruder des Ermordeten war mit zwei Geheimknechten von England nach Heidelberg gekommen, um die Nachforschungen selbst zu leiten.

Selbstmord. Der polnische Vandalen, ehemalige Referendar Dr. jur. Karol, bekannt aus dem polnischen akademischen Geheimbundprozeß, der infolgedessen aus dem Justizdienst entlassen wurde, ist gestern bei Posen vom Breslau-Polener Frühzuge überfahren und getötet worden. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor.

Essentielle Bibliothek und Pechalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Wagnersstraße 28. Besitzt täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Pechallen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Wirkung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Sept., vorm. 10 1/2 Uhr, in der großen Pechalle, Kopenick 29: „Kier der Jugendweiser“ (Konfirmation). Die Predigt hält Hr. Ida Altman. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Nach Brüssel reisende Genossen! Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Versammlung am 14. Tage Montag, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Leison du peuple, Rue Josef Stevens. Unterstützung, Beistand durch Rat und Tat, reichhaltige Pechalle, französischer Unterricht. Nächste Tag abends von 8—10 abendabst. Referenten, welche durchlesen oder einen Vortrags nach Beifall machen wollen, sind sehr willkommen.

Achtung!

Arbeiter

Achtung!

der Elektrizitäts-Gesellschaften!

Am Sonntag, den 24. September cr., vormittags 11 Uhr:

14 Versammlungen

aller Arbeiter und Arbeiterinnen nachstehender Fabriken und Werke:

I. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft:

Kabelwerk Ober-Schöneweide,	Werk Ackerstraße,
Elektrizitätswerk " "	" Brunnenstraße,
Automobilbau " "	" Schlegelstraße,
Abteil. Z., Schiffbauerdamm,	Berliner Elektrizitätswerke.

II. Siemens & Halske und Siemens-Schuckert-Werke:

Werk Franklinstraße,	Kabelwerk Nonnendamm,
Glühlampenwerk Helmholzstr.	Gießerei Pankow,
Wernerwerk Nonnendamm,	Versandt-Abt. Schönebergerstr.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung!

Die Versammlungslokale sind nachstehende:

Germaniasäle, Chausseestr. 103; Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23; Ballschmieders Salon, Badstr. 16; Wernau, Schwedterstr. 23; Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48; Peters Gesellschaftshaus, Wielestr. 24; Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17; Buggenhagen, Oranienstr. 147; Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21; Sanssouci, Kottbusserstr. 4a; Victoria-Brauerei, Lützowstr. 112; Kirdorf: Thiel, Bergstr. 152; Ober-Schöneweide: Restaurant Wilhelminenhof; Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Kollegen und Mitarbeiter!

Da es sich um die Aussperrung von circa 30 000 Arbeitern und Arbeiterinnen handelt, welche durch ein Nachtgebot der Unternehmer brotlos gemacht werden sollen und kein einziger von Euch weiß, ob er noch morgen in den Betrieb hineinkommt, und da die Sache der Aussperrten Eure eigene Sache ist, ist es unabweisbare Pflicht, daß auch kein einziger und keine einzige der in genannten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fehle.

Die Bewaltungen vom

Deutschen Metallarbeiter-Verband; Gewerkverein der Metallarbeiter und Maschinenbauer; Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft; Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter; Verband der Handels- und Transportarbeiter; Deutscher Holzarbeiter-Verband; Verband der Maler und Lackierer.

Der Einberafer: H. Cohen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branchen der Musikinstrumentenarbeiter.

Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

Branchen-Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers M. G. Baerz über: Die Entstehung und Abkämpfung des Menschen. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Die Vertrauensmänner haben in ihren Betrieben auf diese Versammlung die Kollegen noch besonders aufmerksam zu machen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste willkommen.

Die Branchenkommission.

Möbelpolierer.

Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt Kasino, Alexander- und Holzmarktstraße:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen G. Wösch: „Partei und Gewerkschaft.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, die Adressen von Heimarbeitern und Heimarbeiterrinnen dem Kollegen A. Niese, Landsberger Allee 151, mitzutellen.

Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Kommissionssitzung

bei Kubat, Blumenstr. 38.

Sonnabend, den 30. September:

Großes Herbst-Vergnügen

im Lokale Königshaus, Gr. Frankfurterstr. 117:

Großes Konzert.

Konzerten von Komikern und Humoristen unter der artistischen Leitung des Herrn Schulte vom Schwelbergarten.

Nach dem Konzert: Großer BALL.

Herrn, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billets a 25 Pf. sind bei den Kollegen G. Schulz, Jorndorfer-Str. 57, und A. Niese, Landsberger Allee 151, zu haben. Für regen Betrieb der Billets haben die Kollegen zu sorgen.

Der Obmann.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Spandau.

Zu der am Montag, den 2. Oktober d. J., abends 8 Uhr,

im Victoria-Garten stattfindenden

General-Versammlung

werden die Herren Vertreter hierdurch eingeladen.

Tages-Ordnung:

Beschlußfassung über die Wahl eines neuen Kassensatzes und Festsetzung der neuen Beamten-Verhältnisse.

Bericht über die Verschmelzung der hiesigen Orts-Krankenkasse.

Bericht über den Krankenkassen-Kongress in Dresden.

Verschiedenes.

Der Vorstand. 275/2

H. Kleinert, Vorsitzender.

In H. Voge v. Wittenberg

bürg. Restaurant

bei 8-10 000 M. Anz. zu ver-

kaufen. Haus u. Inventar tabel-

los, 10 Jahre im Besitz, goldsch.

Geschäft, nur eine Hypothek.

Brauerei-Interst. sicher. Bier-

umsatz 210 Hll., viel and. Getr.

Carl Brinck, Dossau l. Anh.

Greift zu! dem Besten

Monats-Anzüge . . . 8,50 Bk. an

Abonnements-Anzüge . . . 9,50 . .

Monats-Palotots . . . 9 . . .

Joppen . . . 5 . . .

Partie-Anzüge, teils mit

unmerklichen Fehlern . . . 10,50 . .

Anzüge, Ersatz für Wsch. . . 20 . . .

Stamm-Ob- od. Jacketts . . . 8 . . .

Geeignete Kleidungsstücke von Ka-



W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Landsbergerstr. 60, 1 Trepp

rechts.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.

Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 8353.

Sonntag, 24. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV:

Allgemeine Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Stand unserer Bewegung und Bericht der Schlichtungs-

kommission. 2. Diskussion.

Kollegen! Indem wir nun in der dritten Woche seit Inkrafttreten des

Tarifs sind, ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen, um uns mit-

teilen, wo noch nicht bewilligt ist.

Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen,

Moritzplatz, Oranienstr. 147 (großer Saal):

Allgemeine Schlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Eduard Bernstein über:

„Tarifgemeinschaften und Klassenkampf.“ 2. Bericht über die ein-

gelassenen Fragebogen. 3. Wahl der Branchenkommission und des

Branchenvertreter. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Montag, 25. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause,

Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Versammlung

der Metallformer und Gießereiarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung.“ Referent:

Genosse H. Ritter. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchen-

Achtung! Vereine! Gewerkschaften!

Hiermit zur Kenntnis, daß der Gastwirt Herr G. Peters,

Wobitzer Gesellschaftshaus, Wielestr. 24, einer von uns zu-

gesandten Kommission gegenüber erklärt hat, Müller unserer Organi-

sation zu beschäftigen, nachträglich aber kein Wort zurückgezogen hat.

Die dort beschäftigten Müller gehören keiner Arbeiterorganisation an.

Wir bitten, daß die vereinigten Vereine etc. im Bedarfsfalle Müller

bei unserem Nachweil, Brunnenstr. 188, Rest. Wike, bestellen. 60/1

Vorsenzeit 11-1 Uhr.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands (Ortsverw. Berlin).

Wohlfahrts-

Geld-Lotterie.

Ziehung:

27.-30. Septbr.

12.977 Geldgewinne bar

ohne jeden Abzug zahlbar von Mk

490 000

75 000

Originallose à Mk. 3.30.

Für Porto und Liste 30 Pf. extra

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. Bank-Gesellschaft

Berlin W., Friedrichstr. 181

und Andreasstraße 46a.

Köpenick.

Einer werten Einwohnerschaft zeige

hierdurch ganz ergebenst an, daß ich

auch nach dort übertragen zu wollen.

Bestellungen per Post oder per

Fernsprecher werden pünktlich nach

Sunsh frei ins Haus gebracht.

Hochachtungsvoll

Gustav Walter,

Kunst- und Handelsgärtner.

Fernsprecher: Amt Köpenick Nr. 116.

Eine Mark

wird ca. 1/2 Teilzahlung liefert

eleg. fertige Herren-Moden

Bestellung n. Maß, tabel-

lose Ausführung

in eigener Werkstatt.

Spezialgeschäft für

Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg,

An d. Jannowitzbrücke 1, I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Weidenweg 12 frei H. Wohn. d. Serv. I. Et.

